

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2015/2016: Im Konjunkturaufschwung
- *Robert Lehmann, Jannik A. Nauwerth, Joachim Ragnitz und Michael Weber*
ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2015/2016: Anhaltende Expansion der ostdeutschen Wirtschaft
- *Steffen R. Henzel, Robert Lehmann und Klaus Wohlrabe*
Die Machbarkeit von Kurzfristprognosen für den Freistaat Sachsen
- *Christian Ilchmann, Felix Rösel und Johannes Steinbrecher*
Steuerwettbewerb im Kleinen – Ein Blick auf den Fall Monheim

Im Blickpunkt

- *Carolin Fritzsche und Michael Weber*
Zuviel Konsum auf Pump? Überschuldung im regionalen Vergleich

Daten und Prognosen

- Vierteljährliche Entwicklung für Sachsen
- Regionalisierung des ifo Konjunkturtests
- Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen

22. Jahrgang (2015)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 4/2015

Aktuelle Forschungsergebnisse

Deutschlandprognose 2015/2016: Im Konjunkturaufschwung

3

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Die deutsche Wirtschaft befindet sich derzeit in einem kräftigen Aufschwung. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich um 1,9% expandieren und im kommenden Jahr um 1,8%. Der private Konsum bleibt die Stütze des Aufschwungs, da die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte aufgrund der sich weiter verbessernden Arbeitsmarktlage gut sind. Die Unternehmensinvestitionen werden in einem extrem günstigen Finanzierungsumfeld weiter expandieren. Zudem setzt sich der Bauboom fort. Die Abwertung des Euro regt die Exporte noch bis in die zweite Jahreshälfte dieses Jahres an. Im Verlauf des kommenden Jahres kühlt sich die Weltkonjunktur dann leicht ab und dämpft den Zuwachs der Exporte. Die Importe werden aufgrund der hohen binnenwirtschaftlichen Dynamik noch etwas schneller zunehmen als die Exporte. Insgesamt dürften wie schon im Vorjahr die nachfrageseitigen Impulse von der Binnenwirtschaft kommen.

ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2015/2016: Anhaltende Expansion der ostdeutschen Wirtschaft

12

Robert Lehmann, Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz und Michael Weber

Die ostdeutsche Wirtschaft wird im Jahr 2015 voraussichtlich um 1,8% und im Jahr 2016 um 1,6% kräftig wachsen. In Sachsen dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt mit 2,0% bzw. 1,8% noch etwas stärker expandieren. Dabei bleibt der private Konsum der Konjunkturmotor, gestützt von einer guten Arbeitsmarktlage, niedrigen Zinsen, und einem im Prognosezeitraum abnehmenden Sondereffekt, der aus den niedrigen Kraftstoff- und Heizölpreisen zu Jahresbeginn resultierte. Im Rahmen der allgemein positiven konjunkturellen Entwicklung werden zudem die Investitionsgüterproduzenten von der anziehenden Investitionsgüternachfrage der Unternehmen profitieren. Im Jahr 2016 wird sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik bei insgesamt etwas nachlassender Weltkonjunktur geringfügig abschwächen.

Die Machbarkeit von Kurzfristprognosen für den Freistaat Sachsen

21

Steffen R. Henzel, Robert Lehmann und Klaus Wohlrabe

Die Kurzfristprognose für das Bruttoinlandsprodukt, also die Prognose des laufenden und folgenden Quartals, nimmt eine gewichtige Stellung in der Erstellung längerfristiger Vorhersagen ein. Regionale Kurzfristprognosen sind aber bis dato kein Bestandteil der wissenschaftlichen Literatur. Im vorliegenden Artikel untersuchen wir, ob regionale Indikatoren in der Lage sind, die Treffsicherheit einer Prognose für das sächsische Bruttoinlandsprodukt in der kurzen Frist zu erhöhen. Insgesamt sind die Ergebnisse für die regionalen Indikatoren sehr heterogen. Wir finden sächsische Indikatoren sowohl am oberen als auch am unteren Ende der Prognosefehlerverteilung. Wesentliche Indikatoren sind der Auslandsumsatz der Industrie, die sächsischen Befragungsindikatoren des IFO INSTITUTS, aber auch der Auftragseingang aus dem sächsischen Fahrzeugbau.

Steuerwettbewerb im Kleinen – Ein Blick auf den Fall Monheim

26

Christian Ilchmann, Felix Rösel und Johannes Steinbrecher

Im Jahr 2012 erfolgte die radikalste Gewerbesteuersenkung einer Kommune in Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten: Die Stadt Monheim am Rhein reduzierte den Hebesatz der Gewerbesteuer um insgesamt mehr als ein Drittel. Dies brachte der Stadt den Vorwurf ein, den Steuerwettbewerb deutlich verschärft, Unternehmen aus der Umgebung abgeworben und hierdurch „Wirtschaftskannibalismus an den Nachbarstädten“ betrieben zu haben. In diesem Beitrag wird empirisch untersucht, ob und inwiefern die Hebe-

satzentscheidung Monheims tatsächlich Auswirkungen auf die Steuerpolitik anderer Gemeinden hatte – gegeben der geographische Distanz zur Stadt Monheim. Die vorgelegten Ergebnisse liefern dabei Hinweise, dass die extreme Hebesatzpolitik der Stadt Monheim am Rhein einen Einfluss auf die Hebesatzpolitik der anderen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen gehabt haben könnte. Um diese Schlussfolgerung zu verifizieren, bedarf es jedoch weiterführender Analysen, die in weiteren Arbeiten erfolgen sollen.

Im Blickpunkt

Zuviel Konsum auf Pump? Überschuldung im regionalen Vergleich 39

Carolin Fritzsche und Michael Weber

Eine neue Auswertung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES ermöglicht erstmals einen Vergleich der Hauptauslöser von Überschuldung in Deutschland und Sachsen. Die Überschuldung ist im Freistaat im Vergleich zum Bundesdurchschnitt tendenziell weniger stark durch strukturelle Faktoren und geringfügig stärker durch individuelle Charakteristika determiniert. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Ostdeutschland insgesamt. Eine besondere Gefährdungslage Ostdeutschlands durch Überschuldung ergibt sich aus diesen Befunden nicht.

Daten und Prognosen

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2015 43

Wolfgang Nierhaus

Nach Schwächephase findet die ostdeutsche Wirtschaft zurück auf ihren Wachstumskurs: ifo Geschäftsklima im Juli 2015 45

Robert Lehmann

Sommerflaute am Arbeitsmarkt 48

Michael Weber

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen 51

ifo Vorträge 52

ifo Veröffentlichungen 53

ifo intern 53

Deutschlandprognose 2015/2016: Im Konjunkturaufschwung¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltkonjunktur hat im Winter 2015 merklich an Schwung verloren. So hat sich das Expansionstempo der Industrieproduktion sowohl in den Industrie- als auch in den Schwellenländern gegenüber dem Herbst vergangenen Jahres stark verlangsamt. Zudem ging der Welthandel im ersten Quartal zurück, nachdem er in der zweiten Hälfte 2014 kräftig zugelegt hatte. Allerdings spricht einiges dafür, dass die Abschwächung der globalen Konjunkturdynamik nur kurzfristiger Natur und bereits in diesem Sommer weitgehend überwunden sein dürfte. So ist die Verlangsamung im ersten Quartal zu einem wesentlichen Teil auf einmalige Sonderfaktoren in den USA zurückzuführen, die im Prognosezeitraum nicht mehr wirken werden. Darüber hinaus dürfte die Weltwirtschaft von der Entwicklung der Ölpreise profitieren. Das ifo Weltwirtschaftsklima ist auf hohem Niveau und hat sich seit dem Tiefpunkt im Winter wieder deutlich verbessert.

Die Geldpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist nach wie vor sehr expansiv ausgerichtet. Allerdings hat sich der geldpolitische Expansionsgrad in den zurückliegenden Monaten sehr unterschiedlich entwickelt. Während in den USA und im Vereinigten Königreich die Zinswende im Prognosezeitraum eingeleitet werden dürfte, haben die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK und die BANK OF JAPAN ihre Wertpapieraufkaufprogramme in den vergangenen Monaten massiv ausgeweitet und ihre Bereitschaft signalisiert, die Leitzinsen noch über den Prognosezeitraum hinaus auf ihrem aktuellen Niveau von nahe Null zu belassen. Diese geldpolitische Divergenz zog seit Mitte vergangenen Jahres merkliche Wechselkursveränderungen nach sich. So verloren der Euro und der japanische Yen massiv an Wert, während der US-Dollar und das britische Pfund eine nahezu gegenteilige Entwicklung durchliefen. Auch in den Schwellenländern hat sich der Expansionsgrad der Geldpolitik im zurückliegenden Winterhalbjahr sehr unterschiedlich entwickelt. Die Zentralbanken vieler asiatischer Länder nutzten den Spielraum, der durch die moderate Inflation eröffnet wurde, für Zinssenkungen. In Brasilien und Russland hingegen wurden die geldpolitischen Zügel spürbar gestrafft, um dem starken Abwertungsdruck auf die heimischen Währungen entgegenzuwirken.

Die Finanzpolitik dürfte in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften in diesem und im kommenden Jahr in etwa neutral wirken, nachdem sie im Vorjahr, wenngleich in den einzelnen Regionen unterschiedlich stark, noch restriktiv war. Lediglich in Japan wird der Staat im Prognosezeitraum noch negative konjunkturelle Impulse zeitigen. In den aufstrebenden Volkswirtschaften dürfte die Finanzpolitik im Prognosezeitraum durch eine hohe Heterogenität gekennzeichnet sein. So werden in Indien und China öffentliche Investitionsprogramme die Konjunktur stützen. In Brasilien hingegen dürfte die Finanzpolitik in diesem und im kommenden Jahr spürbar restriktiver ausfallen.

Nach dem temporären Dämpfer im Winter 2015 dürfte sich die Weltwirtschaft im zweiten Quartal wieder spürbar belebt haben und im weiteren Jahresverlauf mit zunehmenden Raten expandieren. Nicht zuletzt wird diese Beschleunigung durch die im vergangenen Herbst stark gesunkenen Ölpreise getrieben. Zwar erleiden dadurch erdölexportierende Länder zum Teil massive Einkommenseinbußen. Allerdings weist die Mehrzahl der Ökonomien, die Nettoölimporteure sind – dazu zählen die großen Industrieländer sowie wichtige aufstrebende Volkswirtschaften –, eine relativ höhere Ausgabebereitschaft auf. Entsprechend wird die Ölpreisentwicklung einen positiven Nettoeffekt auf die Weltkonjunktur haben. Da dieser im kommenden Jahr allmählich auslaufen dürfte, wird das globale Expansionstempo wohl wieder leicht abnehmen.

Die konjunkturelle Entwicklung der großen Industrieländer wird im Prognosezeitraum zudem auch von den starken Anpassungen bei den nominalen Wechselkursen seit Mitte vergangenen Jahres beeinflusst. So dürfte die Entwicklung der Exporte der USA aufgrund der Erstarbung des Dollar gedämpft bleiben. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus dem Euroraum und Japan dürfte hingegen angesichts der Abwertung des Euro und des Yen zunehmend dynamisch expandieren. Dennoch wird die aggregierte Wirtschaftsleistung der USA auch im Prognosezeitraum kräftiger expandieren als jene des Euroraums und Japans. Die Binnennachfrage in den USA wird von der verbesserten Vermögenssituation der Haushalte und Unternehmen, der zuneh-

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

menden Aufhellung auf dem Arbeits- und Immobilienmarkt, der expansiven Geldpolitik und einer kaum noch restriktiven Fiskalpolitik profitieren. Im Euroraum dagegen wird die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin durch zahlreiche Strukturprobleme geschwächt, wenngleich die daraus resultierenden Belastungen aufgrund der in einigen Mitgliedsländern durchgeführten Strukturreformen im Bankensektor sowie auf den Arbeits- und Gütermärkten allmählich abnehmen werden. Auch Japan dürfte im Prognosezeitraum nur moderat expandieren. Zwar ist die Geldpolitik dort äußerst expansiv und die geplante schrittweise Inbetriebnahme einer Reihe von Atomkraftwerken, die nach der Katastrophe von Fukushima vom Netz genommen wurden, dürfte den Bedarf an Energieimporten reduzieren. Allerdings wird die spürbar restriktive Finanzpolitik einen kräftigeren Aufschwung verhindern.

Das Expansionstempo in den aufstrebenden Volkswirtschaften wird sich im Prognosezeitraum kaum gegenüber dem vergangenen Jahr verstärken. Zwar werden viele Mitglieder dieser Ländergruppe im laufenden Jahr von der zunehmenden konjunkturellen Dynamik in wichtigen fortgeschrittenen Ökonomien profitieren. Auch ist die Geldpolitik vielerorts in Ostasien jüngst expansiver geworden. Allerdings dürfte der Rückgang der Öl- und Rohstoffpreise in den vergangenen Monaten die zusammengefasste Wirtschaftsleistung der aufstrebenden Volkswirtschaften nur geringfügig stimulieren. Denn das Volkseinkommen Russlands, Brasiliens sowie der Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten ist stark von dem Export diverser Rohstoffe abhängig. Zudem sind die Geld- und Finanzpolitik in Brasilien zuletzt restriktiver geworden, während Russland zusehends die negativen Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen im Gefolge der politischen Spannungen mit dem Westen zu spüren bekommt. Beide Länder dürften im laufenden Jahr in eine Rezession rutschen, ehe eine moderate Erholung im kommenden Jahr einsetzt. Das Expansionstempo der aggregierten Produktion in China dürfte im Prognosezeitraum trotz stützender wirtschaftspolitischer Maßnahmen leicht abnehmen. Maßgeblich dafür wird neben der Abkühlung im Immobiliensektor vor allem die graduelle Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft zu einer Ökonomie sein, deren wichtigste Stütze nicht mehr der Export sondern der private Konsum ist.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt in diesem Jahr mit 3,2% zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte die globale konjunkturelle Dynamik im Verlauf leicht nachlassen. Die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts der Welt wird mit 3,7% aber aufgrund des schwachen ersten Quartals 2015 dennoch höher sein als in diesem Jahr. Entsprechend wird der Welthandel im

Jahr 2015 voraussichtlich um 3,4% expandieren, ehe er im kommenden Jahr um 5,1% zulegt.

Die Entwicklung der Ölpreise stellt ein wichtiges Risiko für die Weltkonjunktur in den kommenden Quartalen dar. Dieses Risiko kann positiver aber auch negativer Natur sein. So ist es nicht auszuschließen, dass es zu einer rapiden Ausweitung des globalen Ölangebots kommt, etwa wenn der Iran, der weltweit über die zehntgrößte Produktionskapazität verfügt, im Zuge einer endgültigen Einigung im Atomstreit mit dem Westen seinen Zugang zu den internationalen Rohstoffmärkten wiedererlangt. Ein solches Szenario würde mit einem neuerlichen Ölpreisverfall und damit weiteren positiven Impulsen für die Weltwirtschaft einhergehen. Eine unerwartete Eskalation der politischen Konflikte, in denen wichtige erdölproduzierende Länder involviert sind (im Nahen Osten, Libyen oder Russland), würde dagegen zu Ausfällen bei der Ölförderung und somit zu einer spürbaren Verteuerung dieses wichtigen Rohstoffes führen. Eine mögliche Verschärfung des politischen Zerwürfnisses zwischen Russland und dem Westen birgt zudem erhebliche Risiken für die Gasversorgung zahlreicher Mitglieder der Europäischen Union.

Risiken gehen auch von der allmählichen Straffung der Geldpolitik in den USA aus. So ist damit zu rechnen, dass die Zentralbank der Vereinigten Staaten (Fed) in der zweiten Hälfte dieses Jahres erste Zinsanhebungen vornehmen wird. Dies würde die relative Attraktivität der USA als Anlagestandort erhöhen und dürfte Portfolioumschichtungen zulasten anderer Regionen nach sich ziehen. Im Extremfall könnte dies zu massiven Kapitalabflüssen aus den Schwellenländern führen, wodurch es dort zu starken Finanzmarkturbulenzen oder gar zu Wechselkurskrisen kommen könnte.

Schließlich befindet sich Griechenland weiterhin in einer prekären Wirtschaftslage. Das Land verfügt nach wie vor über keinen Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten. Auch sind die Verhandlungen mit den internationalen Institutionen über ein neues Anpassungsprogramm zuletzt ins Stocken geraten. Sollte keine Einigung gefunden werden, droht Griechenland die Insolvenz, deren Konsequenzen kaum abschätzbar sind. Aber auch eine Einigung, die Griechenland kaum noch Reformanstrengungen abverlangt, birgt Risiken. So könnten die Regierungen anderer Euroraumländer ein solches Ergebnis als Signal interpretieren, dass eine mangelhafte Haushaltsdisziplin sowie das Unterlassen oder gar die Rückgängigmachung schmerzhafter, aber notwendiger Strukturreformen nicht bestraft werden. Denn man würde sich darauf verlassen können, dass selbst im Fall eines Ausschlusses von den internationalen Kapitalmärkten die internationalen Institutionen mit günstigen Refinanzierungskonditionen einspringen werden.

Ausblick Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühsommer 2015 in einem kräftigen Aufschwung. Im ersten Quartal stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion saison- und kalenderbereinigt um 0,3%; im Jahresendquartal hatte sie, befördert durch den Einbruch der Rohölnotierungen, sogar mit einer Rate von 0,7% expandiert. Zusammengenommen erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt im Winterhalbjahr 2014/15 mit einer laufenden Jahresrate von 2%. Die vorangegangene konjunkturelle Schwäche – im Sommerhalbjahr 2014 hatte die gesamtwirtschaftliche Produktion lediglich stagniert – ist rascher zu Ende gegangen, als im Dezember vom IFO INSTITUT prognostiziert worden war. Das ifo Geschäftsklima hat sich seit vergangener Herbst deutlich erholt. Die Urteile der Unternehmen zur aktuellen Geschäftslage sind bis zuletzt optimistischer ausgefallen.

Die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts nach der Jahreswende geht wie schon im Jahresendquartal 2014 auf die Expansion der Binnennachfrage zurück: Den größten Wachstumsbeitrag lieferte wiederum der private Konsum, begünstigt von der guten Arbeitsmarktlage und steigenden Verdiensten. Zudem wirkte das Kaufkraftplus aufgrund des vorangegangenen starken Rückgangs der Ölpreise fort. Die Investitionen in Ausrüstungen legten – bei normal ausgelasteten Kapazitäten – beschleunigt zu. Die Bauinvestitionen und hier insbesondere der Gewerbebau expandierten ebenfalls etwas stärker als zuvor, begünstigt wohl auch durch mildes Winterwetter. Der Außenhandel hat – ähnlich wie im Jahresendquartal 2014 – dagegen einen negativen Beitrag zur Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts geliefert. Dämpfend auf die Produktionsentwicklung wirkte sich auch der Abbau der Lagerbestände aus.

Bei alledem setzte sich der Beschäftigungsaufbau im ersten Quartal 2015 fort, die Zunahme war allerdings äußerst verhalten. Maßgeblich für die gedämpfte Entwicklung war der Rückgang an geringfügiger Beschäftigung im Gefolge der Einführung des Mindestlohns, der nur zum Teil durch neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ausgeglichen werden konnte. Die Zahl der Arbeitslosen ist trotz anhaltender Zuwanderung bis zuletzt weiter gesunken.

Im Prognosezeitraum wird sich der Aufschwung fortsetzen, denn die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft bleiben günstig. Die Geldpolitik wirkt weiter expansiv, und das ohnehin extrem günstige Finanzierungsumfeld der Unternehmen hat sich noch einmal verbessert. Die Investitionen in neue Ausrüstungen werden folglich weiter expandieren. Bei normal ausgelasteten Kapazitäten dürfte allerdings das Ersatzmotiv

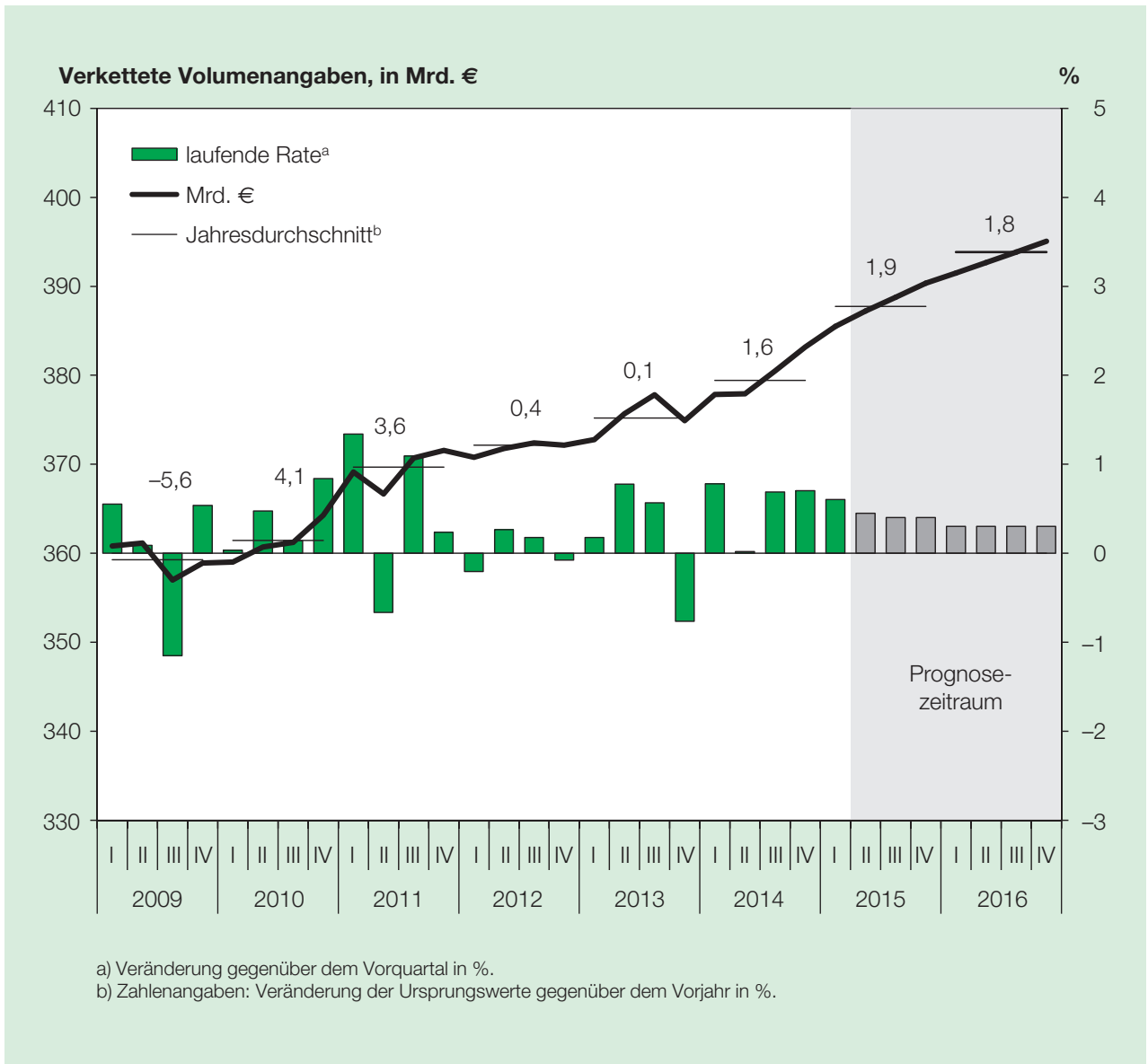
im Vordergrund stehen. Zudem setzt sich der Bauboom fort. Da auch die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte aufgrund der sich weiter verbessernden Arbeitsmarktlage gut sind, bleibt der private Konsum die Stütze des Aufschwungs. Weil jedoch die Kaufkraftgewinne durch den Ölpreyrückgang entfallen, dürfte das derzeitige Tempo nicht zu halten sein. Die Abwertung des Euro regt die Exporte noch bis in die zweite Hälfte dieses Jahres an. Im Verlauf des kommenden Jahres kühlt sich die Weltkonjunktur dann leicht ab und dämpft den Zuwachs der Exporte. Die Importe werden aufgrund der hohen binnenwirtschaftlichen Dynamik noch etwas schneller zunehmen als die Exporte. Insgesamt dürften wie schon im Vorjahr die nachfrageseitigen Impulse von der Binnenwirtschaft kommen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich um 1,9% expandieren und im kommenden Jahr um 1,8% (vgl. Abb. 1).

Die Arbeitsnachfrage dürfte mit steigender gesamtwirtschaftlicher Produktion im weiteren Verlauf des Jahres beschleunigt expandieren. Allerdings wird das Tempo im kommenden Jahr etwas gebremst, da sich Knappheiten in einigen Arbeitsmarktbereichen – insbesondere bei Fachkräften – und steigende Arbeitskosten bemerkbar machen. Alles in allem ergibt sich für das Jahr 2015 ein Anstieg der Erwerbstätigkeit um 235.000 und für das Jahr 2016 um 250.000 Personen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist mit 135.000 Personen in diesem und 120.000 Personen im kommenden Jahr jedoch voraussichtlich weniger stark, als der Anstieg der Erwerbstätigkeit nahelegt. Hier macht sich insbesondere der zuwanderungsbedingte Anstieg des Erwerbepersonenpotenzials bemerkbar. Die Arbeitslosenquote sinkt auf 6,3% in diesem und 6,0% im kommenden Jahr.

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreinsniveau weiter leicht beschleunigt steigen. Die Abwertung des Euro in den vergangenen Monaten macht importierte Waren und Dienstleistungen teurer, was nach und nach an die Verbraucher weitergegeben werden dürfte. Zudem steigen die Arbeitskosten und die Auslastung der Produktionskapazitäten deutlich. Aufgrund des Mindestlohns dürfte sich das Verbraucherpreinsniveau im Jahresdurchschnitt 2015 um 1/4% erhöhen. Insgesamt dürfte die Inflationsrate von 0,8% in diesem Jahr auf 1,6% im kommenden Jahr steigen (vgl. Tab. 1).

Bei alledem wird der staatliche Finanzierungssaldo voraussichtlich leicht zunehmen. Im Jahr 2015 dürfte sich der Überschuss auf 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belaufen und im Jahr 2016 auf 0,8%. Der staatliche Schuldenstand sinkt von rund 75% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 auf ca. 67% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2016.

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

Die Prognose im Detail

Wieder positive Impulse vom Außenhandel

Der Außenhandel trug im ersten Quartal 2015 negativ zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts bei. Die Ausfuhr nahm kaum zu, lediglich aus dem Euroraum kamen positive Impulse. Besonders dämpfend wirkte zum ersten Mal seit über zwei Jahren der Nachfragerückgang aus China, auch nahmen die Exporte nach Russland weiter ab. Die Einfuhr legte im gleichen Zeitraum deutlich stärker als die Ausfuhr zu. Im Einklang mit dem starken Anstieg der inländischen Ausrüstungsinvestitionen wurden dabei vor allem Investitionsgüter importiert.

Im Prognosezeitraum dürfte die Ausfuhr wieder kräftiger zulegen. Dafür sprechen das höhere Expansionstempo in den USA, im Vereinigten Königreich, im Euroraum und in vielen aufstrebenden Volkswirtschaften. Auch dürfte die Abwertung des Euro noch stimulierend wirken. Leicht dämpfend auf den Absatz deutscher Güter im restlichen Euroraum könnte sich allerdings auswirken, dass die deutschen Preise stärker steigen als im übrigen Euroraum. Im kommenden Jahr dürfte sich die Exportdynamik etwas verlangsamen. Zum einen dürften die positiven Effekte durch die stark gesunkenen Ölpreise allmählich auslaufen. Zum anderen werden die Impulse, die von der effektiven Abwertung des Euro ausgehen, schwächer werden. Insgesamt ist mit einem

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2013	2014	2015 ^a	2016 ^a
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^b				
Private Konsumausgaben	0,8	1,1	2,2	1,6
Konsumausgaben des Staates	0,7	1,1	1,6	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,6	3,3	2,4	2,6
Ausrüstungen	-2,4	4,3	3,5	4,4
Bauten	-0,1	3,4	2,0	1,8
Sonstige Anlagen	1,3	1,2	1,8	1,9
Inländische Verwendung	0,7	1,3	1,9	1,6
Exporte	1,6	3,8	5,3	5,6
Importe	3,1	3,5	5,9	5,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,1	1,6	1,9	1,8
Erwerbstätige ^c (1.000 Personen)	42.281	42.638	42.873	43.123
Arbeitslose (1.000 Personen)	2.950	2.898	2.763	2.644
Arbeitslosenquote ^d (in %)	6,9	6,7	6,3	6
Verbraucherpreise ^e (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	0,9	0,8	1,6
Lohnstückkosten ^f (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,2	1,7	1,6	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ^g				
– in Mrd. €	4,2	18,6	20,8	26,1
– in % des Bruttoinlandsprodukts	0,1	0,6	0,7	0,8
Leistungsbilanzsaldo				
– in Mrd. €	182,0	219,7	247,5	257,5
– in % des Bruttoinlandsprodukts	6,5	7,6	8,2	8,3
a) Prognose des IFO INSTITUTS. – b) Preisbereinigte Angaben. – c) Inlandskonzept. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT). – e) Verbraucherpreisindex (2010=100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 2010).				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank; 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

Anstieg des realen Exports um 5,3 % in diesem Jahr zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte die Ausfuhr aufgrund des dann größeren Überhangs sogar um 5,6 % expandieren.

Ausrüstungsinvestitionen holen moderat auf

Die Ausrüstungsinvestitionen hatten im ersten Quartal 2015 mit einer Zuwachsrate von 1,5 % einen starken Jahresauftakt. Erstmals seit einem Jahr investierten die Unternehmen wieder spürbar mehr in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge. Da die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe seit geraumer Zeit um ihren langfristigen Mittelwert schwankt, wurden vorwiegend Ersatzinvestitionen getätigt.

Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Ausrüstungsinvestitionen leicht anziehen. Die Exportwirtschaft aber auch die konsumnahe Industrie dürften nunmehr zurückgestellte Investitionsvorhaben nachholen. Die Finanzierungskonditionen für Investitionsprojekte bleiben günstig. Die Effektivzinssätze im Neugeschäft sind seit Jahresbeginn abermals gesunken und die ifo Kredithürde befindet sich auf historischem Tiefstwert. Gleichzeitig dürften die steigenden Gewinne der Unternehmen die Innenfinanzierung weiter stärken. Gegen eine allzu kräftige Investitionsdynamik sprechen allerdings die zuletzt verschlechterten Geschäftserwartungen im Leasing und bei den Investitionsgüterproduzenten. Dennoch sind die Investitionspläne der Unternehmen in diesem Jahr grundsätzlich auf Expansion ausgerichtet.

Im kommenden Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen ihren Aufwärtstrend wohl beibehalten. Allerdings dürften die Zuwachsraten bei den Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge im Verlauf infolge der sich abschwächenden Exportdynamik geringer werden.

Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr voraussichtlich um 3,5 % steigen, im kommenden Jahr um 4,4 %. Gegen Ende des Prognosezeitraums erreichen die Ausrüstungsinvestitionen damit in etwa wieder ihr Vorkrisenniveau.

Rege Bautätigkeit hält an

Zum Jahresauftakt 2015 sind die Bauinvestitionen saisonbereinigt mit 1,7 % kräftig gestiegen. Von der überdurchschnittlich milden Witterung zu Jahresbeginn profitierte insbesondere der Wirtschaftsbau. Auch in Wohnbauten wurde deutlich mehr investiert. Dagegen konnte im öffentlichen Bau das hohe Niveau vom Jahreschlussquartal 2014 erwartungsgemäß nicht gehalten werden.

Die Investitionen in *Wohnbauten* dürften im Prognosezeitraum ihren Aufwärtstrend weiter halten. Die Auftragseingänge haben wieder an Schwung gewonnen, und auch der Auftragsbestand verweist auf ein hohes Auftragspolster. Die Bautätigkeit im Ausbaugewerbe zeigt sich ebenfalls rege. Für lediglich moderate Zuwächse sprechen allerdings die gedämpften ifo Geschäftserwartungen im Wohnungsbau. Zudem nimmt das Kaufpreis-Mietverhältnis weiterhin zu. Dennoch dürften die finanziellen Rahmenbedingungen für Wohnbauten äußerst günstig bleiben. Auch die Baugenehmigungen zeigen sich seit Beginn des Jahres dynamischer. Stärkere Zuwächse waren bei den Ein- und Zweifamilienhäusern zu verzeichnen. Alles in allem dürften die Wohnungsbauinvestitionen in diesem Jahr um 2,3 % und im kommenden Jahr um 1,6 % steigen.

Die *gewerblichen Bauinvestitionen* haben im vergangenen Winterhalbjahr an Fahrt gewonnen. Aufgrund ihrer ausgeprägten Volatilität dürften sie das hohe Niveau vom Jahresbeginn aber zunächst nicht halten. Mit anziehenden Ausrüstungsinvestitionen dürfte der Wirtschaftsbau aber im späteren Verlauf wieder an Schwung gewinnen. Dafür sprechen die Baugenehmigungen für gewerbliche Neubauten, die zuletzt kräftig anzogen. In diesem Jahr wird für den Wirtschaftsbau ein Plus von 1,5 % erwartet. Im kommenden Jahr dürfte er mit 1,9 % etwas stärker zunehmen.

In *öffentliche Bauten* dürfte im laufenden Sommerhalbjahr nach schwachem Jahresauftakt stärker investiert werden. So sind die Aufträge von öffentlichen Bauherren seit Anfang 2015 wieder aufwärtsgerichtet. Auch hat zuletzt der Auftragsbestand im öffentlichen Hoch- und Tiefbau zugenommen. Im Durchschnitt bleibt die Kassenlage der öffentlichen Haushalte im Großen und Ganzen entspannt, wenngleich sich regionale Disparitäten laut jüngstem KfW-Kommunalpanel weiter verstärken. Stützend dürften im Prognosezeitraum die zusätzlichen Bundesinvestitionsmittel und das Sondervermögen für finanzschwache Kommunen wirken. Insgesamt wird der Zuwachs bei den öffentlichen Bauinvestitionen in diesem Jahr mit voraussichtlich 1,1 % deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr, in 2016 dann mit 2,6 % wieder etwas kräftiger.

Alles in allem wird sich der positive Trend beim Bau im Prognosezeitraum fortsetzen. Die Bauinvestitionen dürften in diesem Jahr um 2,0 % steigen und im kommenden Jahr um 1,8 %.

Privater Konsum bleibt Konjunkturmotor

Der private Konsum hat im zweiten Halbjahr 2014 kräftig zugenommen, befördert durch die steigende Beschäftigung, höhere Tarifabschlüsse und auch durch neue Transferleistungen im Bereich der Alterssicherung. Hinzu kam

der scharfe Rückgang der Ölpreise, der sich im Inland rasch in niedrigeren Kraftstoff- und Heizölpreisen niederschlug. Im ersten Vierteljahr 2015 hat sich die günstige Verbrauchskonjunktur in nahezu unvermindertem Tempo fortgesetzt. Der ölpreisbedingte Realeinkommenszuwachs vom Herbst vergangenen Jahres ist erst nach der Jahreswende voll verausgabt worden, die zuvor gestiegene Sparquote sank deutlich. Außerdem traten zu Jahresbeginn neue Sozialleistungen wie die erste Stufe der Pflegereform in Kraft.

Im laufenden Jahr wird sich die Expansion des privaten Konsums fortsetzen. So übertrafen die realen Einzelhandelsumsätze im April saisonbereinigt den Stand des ersten Quartals deutlich. Das Konsumentenvertrauen und die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen sind auf hohem Niveau. Begünstigt wird die Verbrauchskonjunktur durch fiskalische Entlastungen der Haushaltsbudgets (Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags und des Entlastungsbetrags für Alleinstehende). Zudem wurde das Kindergeld erhöht. Zur Jahresmitte werden die Altersbezüge recht kräftig angehoben. Zugleich werden erste Leistungen nach dem neuen Elterngeld plus ausbezahlt. Bei unveränderter Sparquote dürften die Konsumausgaben im laufenden Jahr im Tempo der Realeinkommen steigen (2,2 %).

Auch im kommenden Jahr dürfte der reale private Konsum weiter zügig expandieren. Die Bruttolöhne werden um 3,5 % sehr kräftig steigen. Netto fällt das Plus mit 3,1 % allerdings geringer aus. Zwar werden der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag erneut angehoben. Zudem erhöht sich der Entlastungsbetrag für Alleinstehende nochmals. Überdies wird die kalte Progression im Steuertarif etwas abgemildert. Allerdings wird der durchschnittliche Zusatzbeitrag bei der gesetzlichen Krankenversicherung steigen; der Beitragssatz zur Rentenversicherung wird dagegen noch einmal leicht gesenkt.

Die monetären Sozialleistungen dürften im kommenden Jahr mit 3,2 % weiter spürbar zunehmen. Zur Jahresmitte werden die Altersrenten sehr kräftig erhöht, zudem wird zeitgleich der Kindergeldzuschlag erhöht. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2015 um 3,1 % expandieren. Die Sparquote dürfte unverändert bleiben. Das anhaltend niedrige Zinsniveau macht Sparen weniger attraktiv und regt die Inanspruchnahme von billigen Konsumentenkrediten an, gleichzeitig werden aber die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte gedrückt, was den Gegenwartsverbrauch schmälert und die Notwendigkeit zum Sparen erhöht. Einem Rückgang der Sparquote wirkt zudem die rege private Wohnbautätigkeit entgegen. Damit dürften die Verbrauchsausgaben 2015 voraussichtlich ebenfalls um 3,1 % zulegen, nach Abzug der Preissteigerungsrate ergibt sich eine Zunahme um 1,6 %.

Stärkerer Preisauftrieb

Der Verbraucherpreisindex ist im ersten Quartal 2015 gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 0,2 % gesunken, im Jahresendquartal hatte das Preisniveau sogar um 0,3 % nachgegeben. Maßgeblich für diese Sonderentwicklung war, dass die heimischen Preise für Heizöl und Kraftstoffe infolge des Einbruchs der Notierungen auf den Rohölmärkten stark gefallen waren. Das importierte Kaufkraftplus wäre noch etwas höher ausgefallen, hätte nicht der Euro gegenüber dem US-Dollar abgewertet. Nach dem Erreichen der Talsohle bei den Ölpreisen im Januar dürfte das Verbraucherpreisniveau im zweiten Quartal mit einer Rate von $\frac{3}{4}$ % dann aber wieder recht kräftig gestiegen sein. Im Vorjahresvergleich betrug die gesamte Inflationsrate im Mai 0,7 %; die um Energieträger bereinigte Kerninflationsrate lag bei 1,3 %.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat sich erwartungsgemäß in höheren Preisen für Dienstleistungen niedergeschlagen. Dabei fiel die mindestlohnbedingte Verteuerung von Dienstleistungen in Ostdeutschland höher als im Westen aus, weil in den neuen Bundesländern die effektiven Stundenverdienste durch den neuen Mindestlohn stärker gestiegen sind als in den alten.

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau weiter leicht beschleunigt steigen. Von den Rohölnotierungen gehen annahmegemäß keine preisdämpfenden Impulse mehr aus. Die Gaspreise könnten sogar noch etwas nachgeben, sie sind mit Verzögerung an die Heizölpreise gekoppelt. Gegenzurechnen ist, dass die Abwertung des Euro in den vergangenen Monaten importierte Waren und Dienstleistungen teurer macht. Zudem steigen die Arbeitskosten und die Auslastung der Produktionskapazitäten deutlich. Außerdem werden in vielen Ballungsregionen die Entgelte für die Wohnungsnutzung trotz der neuen Mietpreisbremse weiter steigen. Insgesamt dürfte das Verbraucherpreisniveau in diesem Jahr um 0,8 % und im kommenden Jahr um 1,6 % höher sein. Die um Energieträger bereinigte Kerninflationsrate dürfte in diesem Jahr mit 1,4 % deutlich über der Gesamtinflationsrate liegen. Im nächsten Jahr wird es aufgrund der Annahme über die Rohölpreisentwicklung keinen Unterschied mehr zwischen den beiden Raten geben.

Arbeitsmarkt: Hohe gesamtwirtschaftliche Nachfrage überlagert dämpfende Effekte des Mindestlohns

Der im Januar 2015 eingeführte gesetzliche Mindestlohn hat den Beschäftigungsaufbau gedämpft. So ist die Zahl der Minijobs bereits seit November 2014 rückläufig, während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in

etwa mit demselben Tempo wie zuvor ausgeweitet wurde. Da die weitaus meisten Arbeitnehmer, die unter die Mindestlohnregelung fallen, einen Minijob ausüben, war die negative Beschäftigungswirkung der Mindestlohnregelung in diesem Bereich auch zu erwarten gewesen. Insgesamt fielen die Anpassungsreaktionen in Ostdeutschland deutlicher aus, da dort die Löhne durch den Mindestlohn sehr viel stärker angehoben wurden als in Westdeutschland. So hat sich dort die ausschließlich geringfügige Beschäftigung um 7% gegenüber dem Vorjahresmonat reduziert.

Der mindestlohnbedingte Rückgang der Beschäftigung führte allerdings nicht in vollem Umfang zu einem Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit, da vielfach Rentner und Studenten – die nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden – von der Einführung des Mindestlohns betroffen sind. Zudem sind viele geringfügig Beschäftigte ohnehin bereits arbeitslos gemeldet.

In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die Arbeitsnachfrage, gemessen in Stunden, mit steigender gesamtwirtschaftlicher Produktion weiter beschleunigen. Dabei nimmt auch die Erwerbstätigkeit etwas schneller zu. Hierfür spricht auch, dass die Zahl der offenen Stellen weiter gestiegen ist. Zudem zeigt das ifo Beschäftigungsbarometer eine zunehmende Einstellungsbereitschaft. Der Zugang offener Stellen hat sich im Mai erhöht, nach leichten Rückgängen in den beiden Vormonaten. Allerdings machen sich vor allem bei Fachkräften allmählich Knappheiten bemerkbar. Überdies dürften immer noch Anpassungsreaktionen an den Mindestlohn stattfinden. Hier wird erwartet, dass bis zum Ende des Prognosezeitraums aufgrund des Mindestlohns insgesamt 280.000 Minijobs verlorengehen. Alles in allem steigt die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2015 um 235.000 Personen (0,6%). Etwas stärker dürfte das Arbeitsvolumen zunehmen (0,8%), da die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit aufgrund vermehrt geleisteter Überstunden ebenfalls leicht steigen dürfte.

Inwiefern der Anstieg der Erwerbstätigkeit zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führt, hängt von der Entwicklung des Arbeitsangebots ab. Die Erwerbsbeteiligung Älterer dürfte dem langfristigen Trend folgend weiter zunehmen. Außerdem wird die Zuwanderung aus den EU-Mitgliedsstaaten voraussichtlich hoch bleiben, da sich die Perspektiven auf einen Arbeitsplatz in vielen Ländern nur sehr langsam bessern. Allerdings geht die Zahl der Inländer im Erwerbsalter deutlich zurück, was für sich genommen die Zahl der Arbeitslosen dämpft. Alles in allem dürfte

der Rückgang der Arbeitslosigkeit mit 135.000 Personen weniger stark ausfallen als der Anstieg der Erwerbstätigkeit, die Arbeitslosenquote sinkt auf 6,3%.

Im kommenden Jahr bleibt die Arbeitsmarktlage angesichts der guten konjunkturellen Grundtendenz stabil. Allerdings machen sich allmählich von der Kostenseite dämpfende Faktoren bemerkbar. Damit verlangsamt sich der Beschäftigungsaufbau etwas. Im Jahresdurchschnitt 2016 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um 250.000 zunehmen. Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich nur um 120.000 Personen abnehmen, die Arbeitslosenquote sinkt auf 6,0%. Hier kommt der Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials aufgrund der anhaltenden Zuwanderung zum Tragen (vgl. Tab. 2).

Staatshaushalt mit Überschüssen

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Situation der öffentlichen Finanzen in Deutschland spürbar entspannt. Im Jahr 2014 betrug der Haushaltsüberschuss bereits 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, weshalb aktuell – auch unter Berücksichtigung der konjunkturellen Budgeteffekte – die Einhaltung der nationalen und internationalen Schuldenregeln für Deutschland außer Frage steht. Im Prognosezeitraum ist zu erwarten, dass sich die positive Entwicklung fortsetzen wird. Obwohl die Finanzpolitik im Prognosezeitraum eher expansiv ausgerichtet ist, dürfte sich der staatliche Finanzierungssaldo noch einmal leicht verbessern, weil die günstige Konjunktur das Steuer- und Beitragsaufkommen kräftig steigen lässt.

Die Einnahmen des Staates dürften in diesem Jahr um 3,3% und im nächsten Jahr um 3,2% zunehmen, und damit in etwa so stark wie die gesamte inländische Verwendung. Etwas schwächer werden dagegen die Ausgaben expandieren (3,2% bzw. 2,9%). Alles in allem steigt damit im Prognosezeitraum der staatliche Finanzierungssaldo. Im Jahr 2015 wird mit einem Überschuss in Höhe von 0,7% des Bruttoinlandsprodukts gerechnet, im Jahr 2016 ist der Überschuss auf etwa 0,8% zu veranschlagen.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2015. Vgl. T. WOLLMERSHÄUSER, W. NIERHAUS, et. al., ifo Konjunkturprognose 2015/2016: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung, in: ifo Schnelldienst, 12/2015, 68. Jg., S. 22–62.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2013	2014	2015	2016
Deutschland				
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.608	58.461	58.954	59.360
Erwerbstätige Inländer	42.226	42.584	42.821	43.071
Arbeitnehmer	37.769	38.184	38.491	38.742
darunter:				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29.713	30.198	30.747	31.097
Marginal Beschäftigte	5.698	5.657	5.470	5.376
darunter:				
Minijobs	5.017	5.029	4.849	4.789
1-Euro-Jobs ^a	111	97	90	56
Selbständige	4.457	4.400	4.329	4.329
Pendlersaldo	55	54	52	52
Erwerbstätige Inland	42.281	42.638	42.873	43.123
Arbeitslose	2.950	2.898	2.763	2.644
Arbeitslosenquote ^b	6,9	6,7	6,3	6,0
Erwerbslose ^c	2.182	2.090	1.940	1.850
Erwerbslosenquote ^d	4,9	4,7	4,3	4,1
a) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – b) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen 2015/2016: Anhaltende Expansion der ostdeutschen Wirtschaft

Robert Lehmann, Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz und Michael Weber*

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (mit Berlin) wird in diesem Jahr voraussichtlich um 1,8 % und im Jahr 2016 um 1,6 % kräftig wachsen (vgl. Tab. 1). In Sachsen dürfte das Wirtschaftswachstum mit 2,0 % im laufenden Jahr und 1,8 % im kommenden Jahr sogar noch etwas höher ausfallen. Der private Konsum bleibt der Konjunkturmotor in beiden Jahren. Positive Impulse kommen aber auch von der weiter anziehenden Investitionsgüternachfrage. Die ostdeutsche und sächsische Arbeitsnachfrage dürfte von der anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Expansion profitieren, wenngleich mit nachlassender Dynamik. Dämpfend auf den Beschäftigungsaufbau der Unternehmen wirken der gesetzliche Mindestlohn und die prekäre demographische Entwicklung. Fachkräfteknappheiten in einigen Arbeitsmarktsegmenten werden immer offensichtlicher. Dies sind die zentralen Ergebnisse der Konjunkturprognose der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS vom 02.07.2015.

Im vorliegenden Artikel wird die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen näher beschrieben. Maßgeblich hierfür ist der Informationsstand zum Zeitpunkt der Prognoserechnung; zwischenzeitlich veröffentlichte Daten können nicht berücksichtigt werden.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die Konjunkturprognose für Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen ist auf die Deutschland-Prognose des IFO INSTITUTS vom 17.06.2015 koordiniert [vgl. hier und im Folgenden NIERHAUS (2015)]. Die vorliegende Prognose unterliegt erheblichen Risiken. Ein wichtiges globales Risiko stellt die Entwicklung des Ölpreises dar. Ein erhebliches Risiko geht auch von der weiteren Entwicklung in Griechenland aus. Ein chaotischer Austritt Griechenlands aus der Währungsunion würde zu kaum abschätzbaren Kon-

sequenzen führen. Starke Turbulenzen an den europäischen Anleihemärkten und ein spürbarer Anstieg der Unsicherheit wären nicht auszuschließen. Ein weiteres Risiko geht von der amerikanischen Geldpolitik aus. Eine Zinsanhebung der FEDERAL RESERVE in der zweiten Hälfte dieses Jahres dürfte die Attraktivität der USA als Anlagestandort erhöhen und könnte im Extremfall zu massiven Kapitalabflüssen aus den Schwellenländern führen. In der vorliegenden Prognose ist unterstellt, dass sich keines der genannten Risiken realisiert.

Somit wird sich der Aufschwung in Deutschland fortsetzen. Der private Konsum bleibt die Stütze des Aufschwungs, da die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte aufgrund der sich weiter verbessernden Arbeitsmarktlage gut sind. Allerdings entfallen allmählich die Kaufkraftgewinne durch den Ölpreizrückgang, sodass sich die Konsumdynamik im Prognosezeitraum etwas abschwächen dürfte. Die Unternehmensinvestitionen werden in einem extrem günstigen Finanzierungsumfeld weiter expandieren. Zudem setzt sich der Bauboom fort. Die Abwertung des Euro regt die Exporte noch bis in die zweite Jahreshälfte dieses Jahres an. Im Verlauf des kommenden Jahres kühlt sich die Weltkonjunktur dann leicht ab und dämpft den Zuwachs der Exporte. Die Importe werden aufgrund der hohen binnenwirtschaftlichen Dynamik noch etwas schneller zunehmen als die Exporte. Insgesamt dürften wie schon im Vorjahr die gesamtwirtschaftlichen Impulse von der Binnenwirtschaft kommen. Alles in allem rechnet das IFO INSTITUT mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im Jahr 2015 um 1,9 %. Im kommenden Jahr dürfte die aggregierte Produktion um 1,8 % expandieren.

Am deutschen Arbeitsmarkt setzte sich der Beschäftigungsaufbau im ersten Quartal 2015 fort, jedoch hat die Dynamik deutlich nachgelassen. Zwar kam es zu einer weiteren Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Der Aufbau wurde aber gedämpft durch einen erheblichen Rückgang bei der geringfügigen Beschäftigung, was mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu tun haben dürfte. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich im Zuge der anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Expansion auch die Arbeitsnachfrage erhöhen. Im kommenden Jahr wirken hingegen die Fachkräfteknappheiten in einigen Arbeitsmarktsegmenten sowie die anzie-

* Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des Ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. Robert Lehmann und Michael Weber sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des Ifo Instituts im Bereich Konjunktur und Wachstum. Jannik A. Nauerth absolvierte in den Monaten Juni und Juli 2015 ein Praktikum im Bereich Konjunktur und Wachstum der Niederlassung Dresden des Ifo Instituts.

Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr (in %) ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,8	1,6	1,9	2,0	1,8
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	1,5	1,9	1,6	1,8	2,1	1,9
Bruttowertschöpfung Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,8	4,4	3,4	3,9	4,6	3,6
Bruttowertschöpfung Baugewerbe	4,7	2,3	1,5	6,7	2,5	1,8
Bruttowertschöpfung Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	0,5	1,7	1,5	-1,5	1,8	1,7
Bruttowertschöpfung Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen	0,8	1,7	1,5	1,0	1,9	1,7
Bruttowertschöpfung Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte	1,5	0,5	0,5	1,3	0,6	0,6
Zahl der Erwerbstätigen	0,6	0,4	0,3	0,6	0,5	0,4

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder (2015), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung (ETR) des Bundes und der Länder (2015); 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

henden realen Arbeitskosten bremsend. Auch gibt es immer noch Anpassungsreaktionen aufgrund des Mindestlohns. Insgesamt rechnet das ifo INSTITUT mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um jeweils 0,6 % in den Jahren 2015 und 2016.

Prognose für Ostdeutschland und Sachsen im Überblick

Der konjunkturelle Verlauf Ostdeutschlands (mit Berlin) und Sachsens folgt grundlegend jenem Muster für Deutschland insgesamt. Nach der ersten Fortschreibung des ARBEITSKREISES VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (2015) expandierte die gesamtwirtschaftliche Leistung der ostdeutschen Bundesländer im Jahr 2014 preisbereinigt um 1,6 %. Damit wuchs die ostdeutsche Wirtschaft mit der gleichen Wachstumsrate wie Deutschland insgesamt (2014: 1,6 %). Die Wirtschaft des Freistaates Sachsen expandierte im vergangenen Jahr sogar noch etwas stärker (1,9 %). Ursächlich für die positive Entwicklung hier waren das stärkere Wachstum der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe sowie die kräftige

Ausweitung der Produktion im Baugewerbe aufgrund der Instandsetzungsarbeiten nach dem Hochwasser des Jahres 2013. Letztendlich wirkten sich die konjunkturellen Impulse im Verarbeitenden Gewerbe und Bau auch positiv auf die Mehrzahl der Dienstleistungsbereiche in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen aus.

Die ostdeutsche und sächsische Wirtschaft expandierten zu Beginn des Jahres 2015 kräftig. Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands hat sich im ersten Quartal dieses Jahres spürbar aufgehellt. Einen ähnlichen Anstieg verzeichnete auch der sächsische Klimaindikator. Während die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal 2015 beschleunigt steigen dürfte, erhielt die Produktion der ostdeutschen Bundesländer einen spürbaren Dämpfer. Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands ist im Mai regelrecht eingebrochen. Jedoch spielen Sonderfaktoren wie die innerdeutschen Arbeitskämpfe eine gewichtige Rolle für diesen Rückgang. Im weiteren Jahresverlauf werden die konjunkturellen Auftriebskräfte wieder die Oberhand übernehmen. Positive Impulse für die konsumnahen Dienstleistungsbereiche sowie die Konsumgüterproduzenten kommen dabei von der robusten Ent-

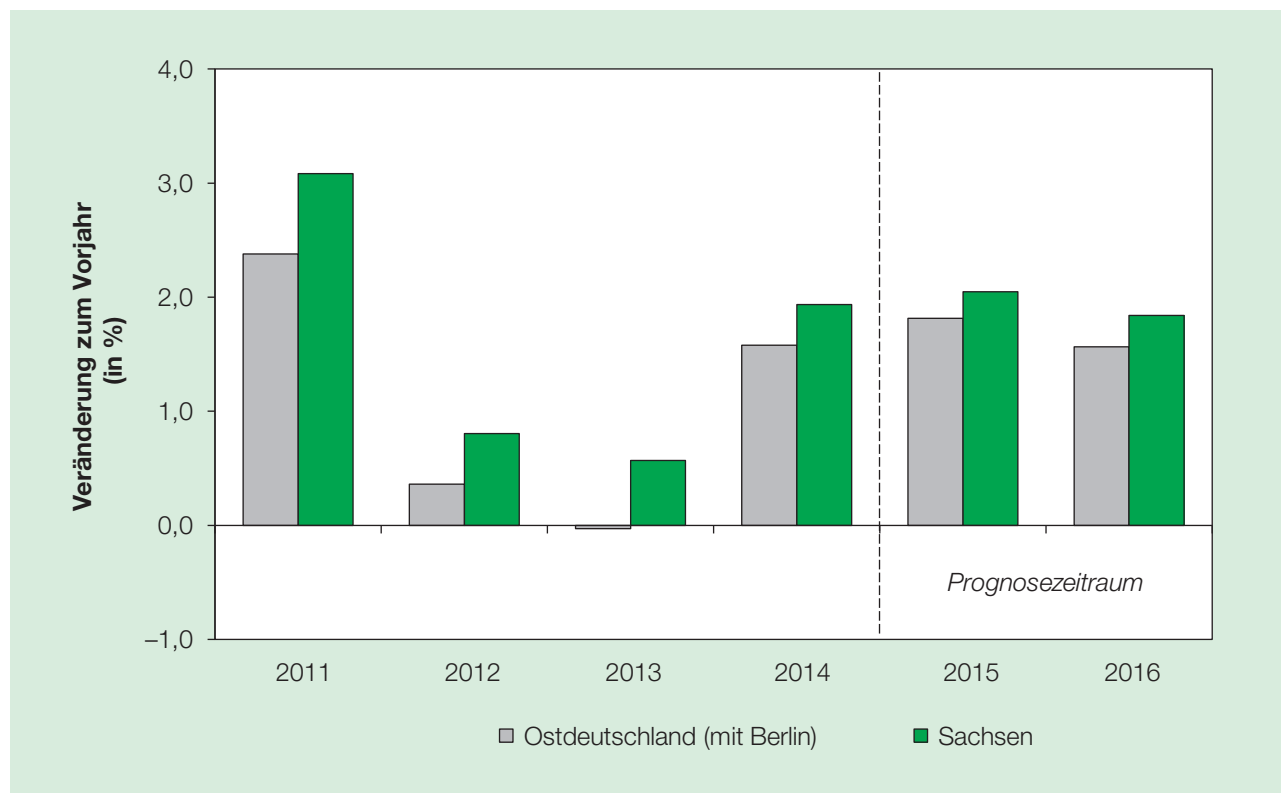
wicklung der privaten Konsumausgaben. Die Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen beflügeln die ostdeutschen Investitionsgüterproduzenten. Der niedrige Ölpreis wirkt positiv auf die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. Zusätzlich wird die Industriekonjunktur durch den schwachen Euro-Dollar-Wechselkurs angekurbelt. Das Baugewerbe setzt seine konjunkturelle Hochphase fort. Maßgeblich gedämpft wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer jedoch weiterhin durch den Bevölkerungsrückgang, durch die stärkere Betroffenheit durch den gesetzlichen Mindestlohn und durch die rückläufigen Transferzahlungen im Rahmen des auslaufenden Solidarpaktes II. Alles in allem prognostiziert das IFO INSTITUT für das laufende Jahr einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (mit Berlin) von 1,8 % und im Freistaat Sachsen von 2,0 % (vgl. Abb. 1).

Im kommenden Jahr 2016 rechnet das IFO INSTITUT mit einer etwas nachlassenden Dynamik bei der aggregierten Produktion. Demnach dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland um 1,6 % zulegen; das reale Wachstum der sächsischen Wirtschaft wird sich voraussichtlich auf 1,8 % belaufen.

Das günstige gesamtwirtschaftliche Umfeld macht sich auch auf dem ostdeutschen und sächsischen Ar-

beitsmarkt bemerkbar. Wie bereits bei der Konjunkturprognose vom Dezember 2014 lagen bei der Erstellung der vorliegenden Prognoserechnung seitens der amtlichen Statistik noch keine Quartalsergebnisse für die Erwerbstätigkeit auf Bundeslandebene vor. Jedoch ist die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2014 verhältnismäßig kräftig expandiert. Das Wachstum betrug in Ostdeutschland (mit Berlin) sowie dem Freistaat Sachsen jeweils 0,6 % gegenüber dem Vorjahr. Im ersten Quartal 2015 nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Ostdeutschland (mit Berlin) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,4 % zu. Der Anstieg fiel im Freistaat Sachsen mit 1,2 % etwas geringer aus. Die Arbeitsmarktdynamik dürfte sich im Prognosezeitraum jedoch verringern. Positive Impulse für den hiesigen Arbeitsmarkt kommen aus der anhaltenden Produktionsausweitung der Unternehmen. Gedämpft wird die Ausweitung der Arbeitsnachfrage jedoch durch die Effekte des gesetzlichen Mindestlohns, insbesondere im Segment der geringfügigen Beschäftigung. Weiterhin wirkt die demographische Entwicklung negativ auf die Dynamik am ostdeutschen und sächsischen Arbeitsmarkt. Etwaige Fachkräfteknappheiten werden immer deutlicher. Das IFO INSTITUT rechnet in diesem Jahr mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (mit Berlin) um

Abbildung 1: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2015); 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

0,4% und in Sachsen mit 0,5% (vgl. Abb. 2). Im kommenden Jahr dürfte sich die Anzahl erwerbstätiger Personen etwas weniger stark erhöhen (Ostdeutschland: 0,3%, Sachsen: 0,4%).

Die Wirtschaftsbereiche im Einzelnen

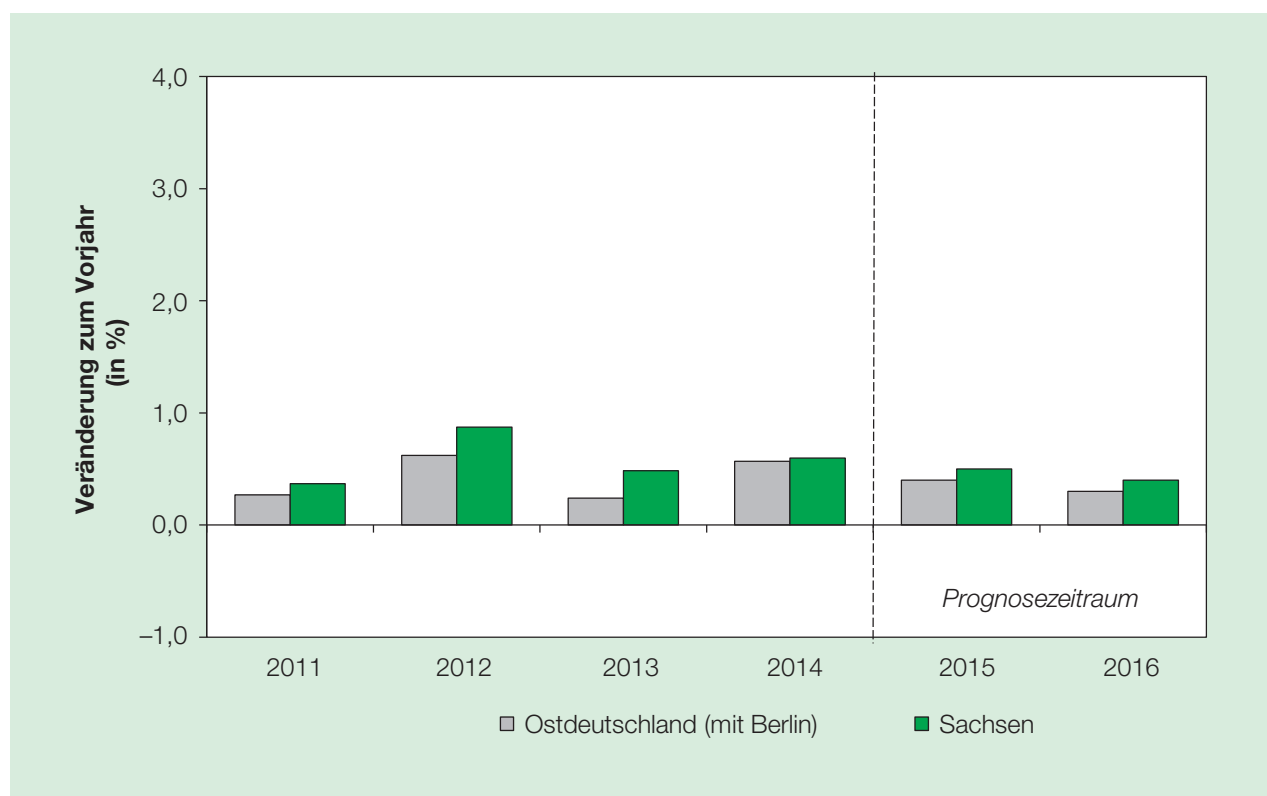
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe: Niedriger Ölpreis und schwacher Euro-Dollar- Wechselkurs beflügeln Industriekonjunktur

Nach einem verhaltenem Jahresende 2014 konnten die ostdeutschen und sächsischen Industriebetriebe wieder an den Aufschwung der Sommermonate des vergangenen Jahres anknüpfen. Ausschlaggebend für diese positive Entwicklung sind der erhöhte Bedarf an Ersatzinvestitionen und der sich robust entwickelnde private Konsum. Den Angaben der amtlichen Statistik zufolge ist der nominale Umsatz der Monatsmelder im Verarbeitenden Gewerbe (Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten) im ersten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in Ostdeutschland um 2,4% gestiegen [vgl. hier und im Folgenden STATISTISCHES BUNDESAMT (2015b)]. In Sachsen fiel der Anstieg mit 7,5% deutlich kräftiger aus. Die

Auslandsumsätze im Verarbeitenden Gewerbe konnten im gleichen Zeitraum in Ostdeutschland um 7,6% und in Sachsen um 16,0% zulegen. Allerdings partizipieren die ostdeutschen Bundesländer im Vergleich zu Westdeutschland weniger am Außenhandel. Im ersten Quartal 2015 belief sich die Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe (Verhältnis aus Auslands- zu Gesamtumsatz) der ostdeutschen Bundesländer auf 38,4% (Sachsen: 42,4%). Sie lag damit weiterhin deutlich unter dem entsprechenden Wert von 51,1% für Westdeutschland. Die Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe wirkte sich auch positiv auf die Beschäftigung aus. Nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im ersten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,8% in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 1,3% im Freistaat Sachsen (vgl. Abb. 3).

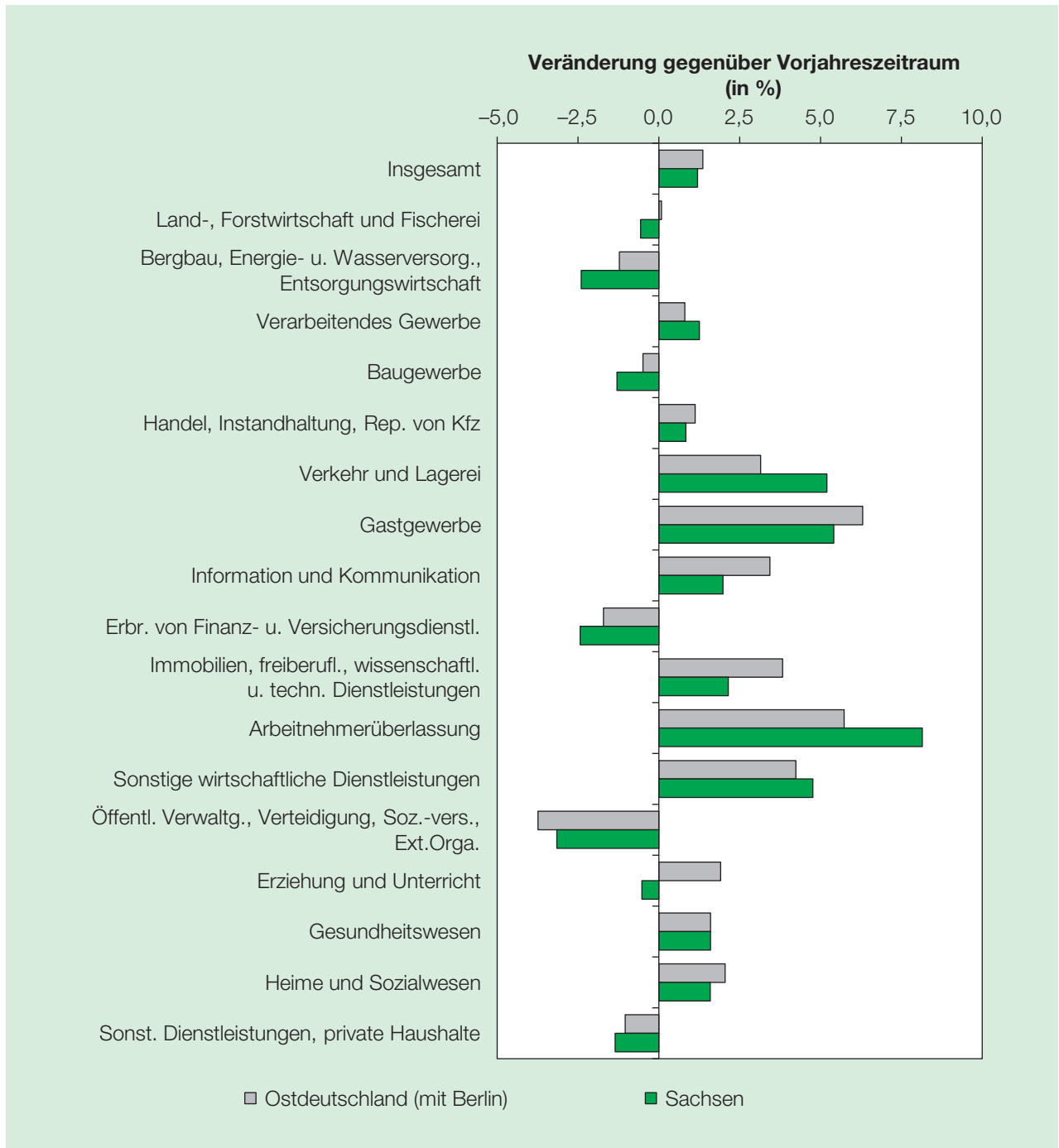
Für die kommenden Monate weisen wichtige Frühindikatoren wie der ifo Geschäftsklimaindex auf eine anhaltende positive Grunddynamik im ostdeutschen und sächsischen Verarbeitenden Gewerbe hin. Die anhaltend niedrigen Zinsen stützen die Ausrüstungsinvestitionen. Zudem wird die Industriekonjunktur durch die gesteigerte Konsumgüternachfrage beflügelt. Grund hierfür sind Kaufkraftzuwächse der Haushalte, resultierend aus stei-

Abbildung 2: Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2015); 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 3: Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen, nach Wirtschaftszweigen, Januar bis März 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2015), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

genden Einkommen bei gleichzeitig geringem Preisauftrieb. Die Konsumneigung der Haushalte wird zudem durch die gute Lage am Arbeitsmarkt und die niedrigen Zinsen gestützt. Im Außenhandel sorgen die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit und der schwache Euro-Dollar-Wechselkurs für gute Exportbedingungen. Allerdings werden die exportanregenden Effekte des Wech-

selkurses im Verlauf des Prognosezeitraums ihre Wirkung verlieren. Darüber hinaus werden die zusätzlichen Kaufkraftgewinne durch den niedrigen Ölpreis im Laufe des kommenden Jahres entfallen. In Verbindung mit der nachlassenden Dynamik der Weltkonjunktur wird sich der wirtschaftliche Expansionsgrad im Jahr 2016 im Vergleich zum laufenden Jahr verringern.

Das ifo INSTITUT prognostiziert für Ostdeutschland (mit Berlin) einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe von 4,4 % für das Jahr 2015 und von 3,4 % im kommenden Jahr (vgl. Abb. 4).

Der stärkere Spezialisierungsgrad der sächsischen Industrie auf Investitionsgüter und die engere wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ausland führen dazu, dass das reale Bruttowertschöpfungswachstum in Sachsen im laufenden Jahr mit 4,6 % etwas höher ausfallen dürfte (vgl. Abb. 5). Im Jahr 2016 wird die preisbereinigte Bruttowertschöpfung voraussichtlich um 3,6 % expandieren.

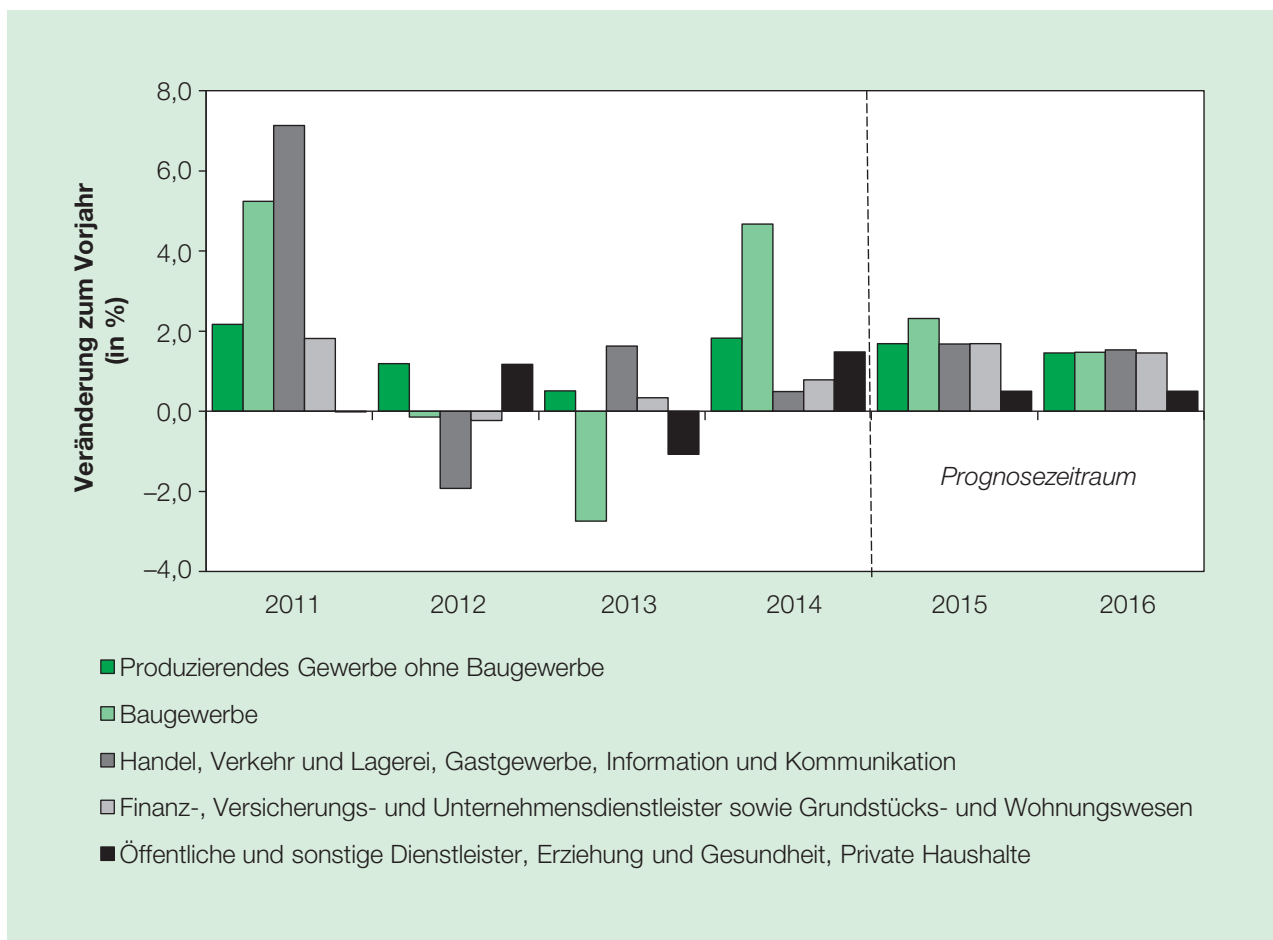
Baugewerbe: Kapazitäten annähernd ausgelastet

Nach besonders milden Witterungsbedingungen im ersten Quartal 2014 sah sich das Baugewerbe in diesem Jahr einem eher durchschnittlichen Winter gegenüber. Zudem ist die Beseitigung der Flutschäden aus dem Jahr

2013 inzwischen weitgehend abgeschlossen. In Folge dessen hat sich im ersten Quartal dieses Jahres sowohl in Ostdeutschland als auch in Sachsen der Anteil der öffentlichen Baumaßnahmen an der gesamten Bautätigkeit auf etwa ein Drittel normalisiert. Somit sind die rückläufigen Ergebnisse des ersten Quartals 2015 eher als Normalisierung der Baukonjunktur denn als Abschwung zu beurteilen. Der baugewerbliche Umsatz des Monatsberichtsgebietes (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen) ging entsprechend im ersten Quartal 2015 in Ostdeutschland um 1,8 % und in Sachsen um 7,1 % gegenüber dem Vorjahresquartal zurück [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2015a)]. Zudem nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT im ostdeutschen Baugewerbe um 0,5 % ab; in Sachsen fiel der Rückgang mit 1,3 % etwas stärker aus.

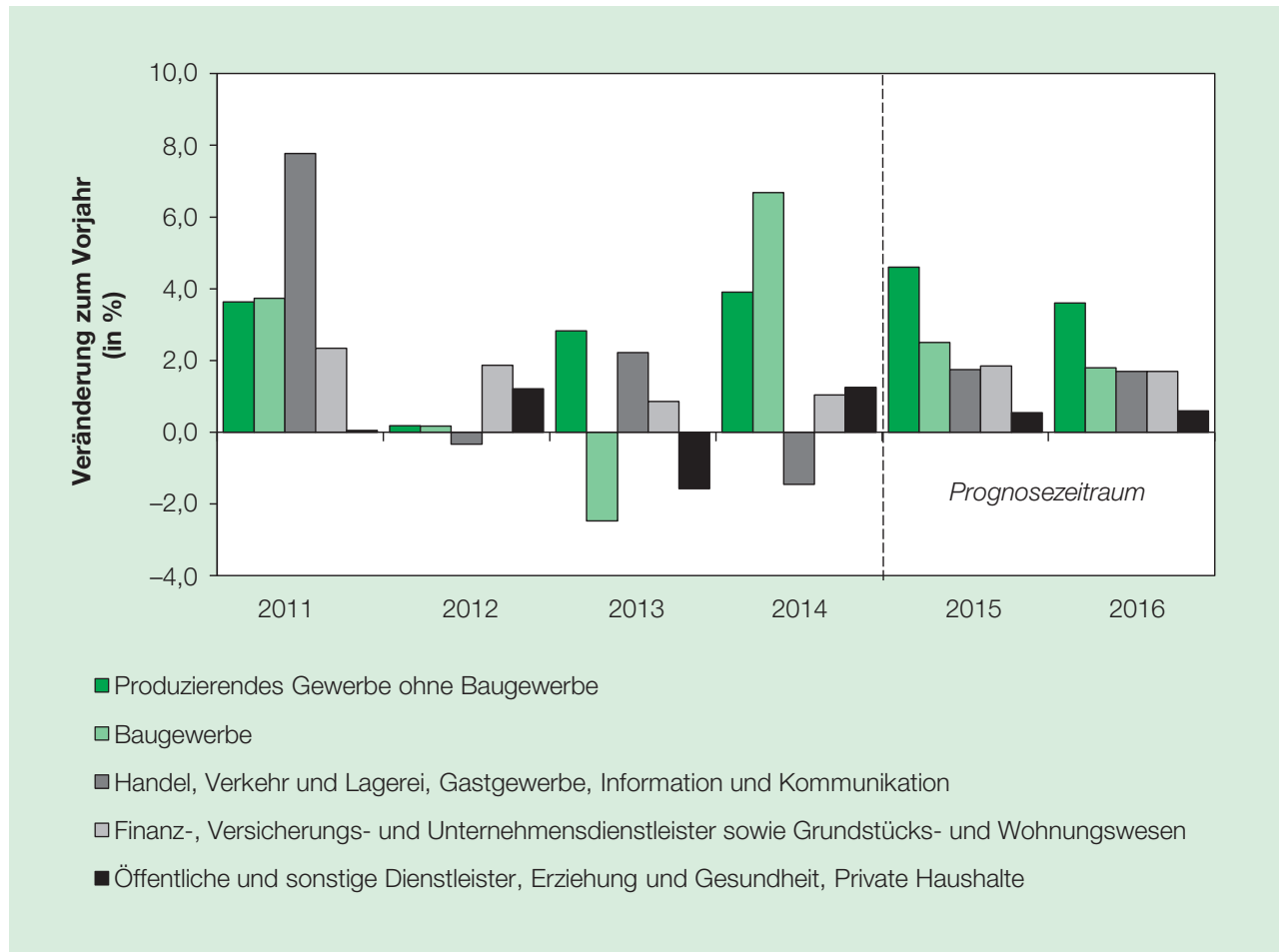
Im weiteren Verlauf des Jahres ist mit einem anhaltend hohen Niveau der Bautätigkeit zu rechnen. Die im ifo Konjunkturtest befragten Baufirmen in Ostdeutschland

Abbildung 4: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2015); 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2015); 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

und Sachsen berichten von einer hohen Geräteauslastung, die weit über ihrem langfristigen Mittelwert liegt. Darüber hinaus weisen auch die ifo Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate auf eine positive Entwicklung im Jahr 2015 hin. Neben der nach wie vor anhaltend hohen Bautätigkeit im Wohnungsbau befeuern auch die historisch niedrigen Zinsen den Bausektor. Zudem ist aufgrund der guten Industriekonjunktur mit erhöhter Bautätigkeit im Wirtschaftsbau zu rechnen. Im Jahr 2016 wird sich die Bautätigkeit aber im Zuge der insgesamt geringeren gesamtwirtschaftlichen Dynamik etwas abschwächen.

Das ifo INSTITUT erwartet folglich einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe von 2,3% im laufenden und von 1,5% im kommenden Jahr. Da die Wirtschaft im Freistaat Sachsen im Prognosezeitraum insgesamt eine etwas höhere gesamtwirtschaftliche Dynamik aufweisen dürfte, wird der Anstieg bei der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in Sachsen voraussichtlich etwas höher ausfallen als in

Ostdeutschland (mit Berlin). Somit ergibt sich für das sächsische Baugewerbe im laufenden Jahr eine Expansion der realen Bruttowertschöpfung im Baugewerbe von 2,5%. Im Jahr 2016 dürfte sich der Anstieg auf 1,8% belaufen.

Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation: Privater Konsum bleibt Konjunkturmotor

Der ostdeutsche und der sächsische Handel sind gut ins neue Jahr gestartet. Begünstigt wurde die Konsumgüternachfrage durch die seit Herbst 2014 niedrigeren Notierungen des Rohölpreises auf den Rohstoffmärkten, die sich in niedrigeren Heizöl- und Kraftstoffpreisen niederschlugen und damit den Konsumenten reale Kaufkraftsteigerungen bescherten. Diese werden aber erst im laufenden Jahr vollständig verausgabt. Zudem ist die zuvor gestiegene Sparquote gesunken. Dadurch konnte der

sächsische Einzelhandel seinen realen Umsatz im ersten Quartal des laufenden Jahres gegenüber dem schwachen Vorjahreszeitraum kräftig um 4,9 % steigern. Auch in den übrigen Handelsbereichen Großhandel (+2,4 %) und Kfz-Handel (+2,7 %) sowie im Gastgewerbe (+4,8 %) ist der reale Umsatz deutlich gestiegen. Gleichzeitig nahm nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für das gesamte Dienstleistungsaggregat in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Ostdeutschland (mit Berlin) um 2,6 % und im Freistaat Sachsen um 2,5 % zu.

Im Prognosezeitraum dürften alle Teilbereiche weiter expandieren. So profitieren der Großhandel und das Transportwesen von der sich weiter belebenden Industriekonjunktur, Einzelhandel und Gastgewerbe dagegen von dem Konsumentenvertrauen, das sich derzeit auf hohem Niveau befindet. Begünstigt wird die Expansion des realen Konsums im Prognosezeitraum durch die anhaltend gute Arbeitsmarktlage samt kontinuierlicher Ausweitung der Arbeitsnachfrage, durch Erhöhungen der Bruttolöhne und -gehälter infolge der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2015 und von Tariflohn-erhöhungen, sowie durch fiskalische Entlastungen der Haushaltsbudgets (u. a. Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und der Altersbezüge). Bei alledem wird das anhaltend niedrige Zinsniveau die Inanspruchnahme von günstigen Konsumentenkrediten weiter anregen, während Sparen (mit Ausnahme von Investitionen in den Wohnungsbau) nach wie vor unattraktiv bleibt.

Das Expansionstempo des realen Konsums wird im Prognosezeitraum jedoch durch die sich beschleunigende Zunahme der Verbraucherpreise gedämpft. Die ölpreisbedingten Kaufkraftgewinne dürften allmählich abklingen, da in der Prognose wie stets ein konstanter Rohölpreis unterstellt wird. Gleichzeitig verteuerte die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar in den vergangenen Monaten importierte Waren und Dienstleistungen, was nun allmählich an die Verbraucher weitergegeben werden dürfte. Auch der Anstieg der Arbeitskosten, nicht zuletzt bedingt durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, wird sich in Preissteigerungen niederschlagen. Das IFO INSTITUT erwartet, dass allein die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns das Verbraucherpreisniveau in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2015 um 0,25 % erhöhen dürfte. In Ostdeutschland und Sachsen, wo die Löhne und Gehälter mindestlohnbedingt stärker angehoben werden mussten, dürfte der Preisauftrieb noch etwas kräftiger ausfallen.

Insgesamt wird die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des gesamten Dienstleistungsaggregats „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kom-

munikation“ in Ostdeutschland (mit Berlin) im Jahr 2015 voraussichtlich um 1,7 % und im Jahr 2016 um 1,5 % expandieren. Im Freistaat Sachsen dürfte die Entwicklung mit 1,8 % im laufenden und 1,7 % im kommenden Jahr geringfügig dynamischer sein.

Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen: Positive Tendenzen überwiegen

Auch die wirtschaftsnahen Dienstleister haben insgesamt einen positiven Jahresstart erlebt und in ihrer Gesamtheit die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeweitet. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum betrug der Beschäftigungszuwachs von Januar bis März 2015 nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 3,6 % in Ostdeutschland (mit Berlin) und 3,5 % im Freistaat Sachsen. Den größten Beschäftigungsgewinn mit 5,7 % in Ostdeutschland und 8,1 % in Sachsen konnte erneut die Arbeitnehmerüberlassung verbuchen. Lediglich bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern ging die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im ersten Quartal des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück, und zwar um 1,7 % in Ostdeutschland (mit Berlin) bzw. 2,4 % in Sachsen. Hier setzte sich der negative Beschäftigungstrend der vergangenen Jahre fort.

Im weiteren Jahresverlauf sowie im folgenden Jahr dürfte die Dynamik bei den unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen im Gefolge der sich weiter belebenden Industriekonjunktur an Fahrt gewinnen. Insbesondere die Arbeitnehmerüberlassung wird in die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion mit einbezogen. Das niedrige Zinsniveau wiederum wirkt zweischneidig auf die wirtschaftliche Entwicklung im Finanzierungs- und Versicherungsgewerbe: Einerseits begünstigt es die Kreditnachfrage, insbesondere nach Konsumentenkrediten; andererseits dämpft es die Zinseinnahmen der Finanzinstitute. Zudem dürfte die Sparquote der privaten Haushalte im gesamten Prognosezeitraum niedrig bleiben. Im Grundstücks- und Wohnungswesen wird sich die Dynamik weiterhin entsprechend der regional unterschiedlich stark ausgeprägten Nachfrage nach Wohn- und Gewerberäumen entwickeln.

Für das gesamte Aggregat „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen“ prognostiziert das IFO INSTITUT in Ostdeutschland (mit Berlin) einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 1,7 % im laufenden Jahr und um 1,5 % im kommenden Jahr. Im Freistaat Sachsen wird der Anstieg mit 1,9 % im Jahr 2015 und 1,7 % im Jahr 2016 geringfügig stärker ausfallen.

Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte: Beschäftigungs- und Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor prägen die Dynamik

Die wirtschaftliche Entwicklung in den übrigen Dienstleistungsbereichen wird weiterhin von unterschiedlichen Grundtendenzen geprägt. Während etwa die demographische Entwicklung die Nachfrage nach gesundheitsbezogenen Dienstleistungen weiter im Trend steigen lässt, dämpfen der flächendeckende Mindestlohn und die damit verbundenen Kosten- und Preissteigerungen die wirtschaftliche Entwicklung bei den privaten Dienstleistern. Entsprechend unterschiedlich entwickelte sich zu Jahresbeginn die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den einzelnen Bereichen. In Ostdeutschland (mit Berlin) stieg die Beschäftigung im gesamten Aggregat im ersten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT um 0,2 %; im Freistaat Sachsen ging sie im gleichen Zeitraum um 0,2 % zurück.

Im Prognosezeitraum werden die unterschiedlichen Grundtendenzen weiter andauern. Prägend dürfte aber die Entwicklung im öffentlichen Sektor sein. Hier begünstigen steigende Steuereinnahmen die wirtschaftliche Dynamik. Zudem wird die in verschiedenen ostdeutschen Bundesländern angekündigte Ausweitung der Beschäftigung, etwa bei Lehrern, die Produktion zusätzlich erhöhen. Wertschöpfungssteigernd wirken auch die Lohnsteigerungen im öffentlichen Sektor. So erhalten etwa die Beschäftigten der Länder ab 2016 2,5 % mehr Lohn und Gehalt.

Insgesamt prognostiziert das IFO INSTITUT eine Zunahme der ostdeutschen preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Aggregat „Öffentliche und sonstige Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte“

von 0,5 % sowohl für das laufende als auch für das kommende Jahr. Für den Freistaat Sachsen wird aufgrund der besseren konjunkturellen Dynamik für beide Jahre eine Zunahme von jeweils 0,6 % prognostiziert.

Literatur

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2015): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand: Februar 2015, erschienen im März 2015.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2015): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand: November 2014/ Februar 2015, erschienen im April 2015.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2015): Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftsfachlicher Gliederung (WZ 2008), Reihe Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, Nürnberg, verschiedene Ausgaben.
- NIERHAUS, W. (2015): Deutschlandprognose 2015/2016: Im Konjunkturaufschwung. In: ifo Dresden berichtet 4/2015; S. 3–11.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015a): Auftragseingang, Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u. m. tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 12. Juni 2014.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, März 2015, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, erschienen im Mai 2015.

Die Machbarkeit von Kurzfristprognosen für den Freistaat Sachsen

Steffen R. Henzel, Robert Lehmann und Klaus Wohlrabe*

Konjunkturprognosen sind ein zentrales Element im Portfolio nationaler Wirtschaftsforschungsinstitute, von Banken oder der Bundesregierung. Neben der Erweiterung der Informationsbasis dienen Konjunkturprognosen in erster Linie der Reduktion der Unsicherheit über das zukünftige Wirtschaftswachstum und sind damit ein wesentliches Bindeglied für den einzuschlagenden wirtschaftspolitischen Kurs. In jüngster Zeit rücken besonders Wirtschaftsprognosen für subnationale Einheiten (z. B. die deutschen Bundesländer) in den Fokus der Öffentlichkeit, der Politik und der Wissenschaft. Aktuell gibt es einen kleinen Kreis von Anbietern regionaler Wirtschaftsprognosen: z. B. prognostiziert das RHEINISCH-WESTFÄLISCHE INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (RWI) das Wirtschaftswachstum für Nordrhein-Westfalen oder das IFO INSTITUT, Niederlassung Dresden die wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates Sachsen.

Neben der vermehrten Prognosestätigkeit auf regionaler Ebene hat sich auch die Datenlage in Form langer Zeitreihen in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Monatliche Indikatoren wie bspw. die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe oder Befragungsdaten können nunmehr zur Vorhersage des regionalen Wirtschaftswachstums herangezogen werden. Die neuerliche Datenlage auf subnationaler Ebene inklusive der sich ergebenden unterschiedlichen Publikationsverzögerungen der einzelnen Indikatoren rücken somit die Kurzfristprognose (so genannter „Nowcast“) in den Fokus der Betrachtung. Der vorliegende Artikel untersucht, ob regionale Indikatoren in der Lage sind, die Treffsicherheit der regionalen Kurzfristprognose des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu verbessern.¹ Den regionalen Untersuchungsgegenstand bildet der Freistaat Sachsen.

Neben dem Aspekt der Bereitstellung zeitnaher Informationen bzgl. der Entwicklung des BIP nimmt die Kurzfristprognose eine gewichtige Stellung im Rahmen längerfristiger Vorhersagen ein. Bei der Erstellung von Konjunkturprognosen für einen Prognosehorizont von bis zu zwei Jahren gilt die Kurzfristprognose als Startpunkt für die längerfristige Vorhersage des BIP und beeinflusst maßgeblich die Prognosequalität der Gesamtjahre [vgl. CARSTENSEN et al. (2009)]. Auf der Ebene der Nationalstaaten wird die Kurzfristprognose in der akademischen Zunft intensiv und breit diskutiert [vgl. u. a. AASTVEIT et al. (2014), MARCELLINO und SCHUMACHER (2010), GIANNONE et al. (2008) sowie SCHUMACHER und BREITUNG (2008)]. Der

regionale Fokus wurde bis dato ausgeblendet.² Es stellt sich jedoch die Frage, ob Erkenntnisse aus der nationalen Betrachtung direkt auf die regionale Prognose übertragbar sind.

Im folgenden Abschnitt werden die in der vorliegenden Analyse verwendeten Daten näher beschrieben. Danach werden kurz der Prognoseansatz und die Evaluationskriterien zur Beurteilung der Güte der erzeugten Prognosen vorgestellt. Anschließend präsentieren wir die Ergebnisse, bevor der Artikel mit einem Fazit schließt.

Daten

Insgesamt steht eine Fülle von Variablen zur Vorhersage des sächsischen BIP zur Verfügung. Die vorliegende Analyse fußt auf 257 verschiedenen Indikatoren, welche in sieben Gruppen zusammengefasst werden können:

- **Makroökonomie (69):** In dieser Gruppe sind Indikatoren wie die Industrieproduktion oder die Exporte zusammengefasst. In nationalen Prognosen basierend auf großen Datensätzen finden diese Indikatoren üblicherweise ihre Anwendung [vgl. BERG und HENZEL (2015)].
- **Finanzen (19):** Diese Kategorie umfasst bspw. Zinssätze oder den deutschen Aktienindex DAX.
- **Preise (11):** Die dritte Kategorie umfasst Preisvariablen wie bspw. den Verbraucherpreisindex oder den Index der Weltmarktpreise vom HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS INSTITUT (HWWI).
- **Befragungsdaten (55):** Unter Befragungsdaten fallen die Ergebnisse aus der Unternehmensbefragung des IFO INSTITUTS und der EUROPÄISCHEN KOMMISSION sowie die Expertenbefragung des ZENTRUMS FÜR EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (ZEW).³
- **Internationale Indikatoren (25):** Die Gruppe der internationalen Indikatoren umfasst Variablen großer Volkswirtschaften wie den USA, China oder Frankreich. Zudem enthält diese Kategorie Befragungsindikatoren für osteuropäische Staaten wie Polen und die

* Dr. Steffen R. Henzel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Koordinator des Forschungsbereichs „Prognosemethoden“ am ifo Zentrum für Konjunkturforschung und Befragungen. Robert Lehmann ist Doktorand im Bereich Konjunktur und Wachstum an der Dresdner Niederlassung des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. Dr. Klaus Wohlrabe ist Stellvertretender Leiter des ifo Zentrums für Konjunkturforschung und Befragungen sowie Koordinator der ifo Umfragen.

Tschechische Republik. Besonders ostdeutsche Firmen weisen traditionell eine starke Außenhandelsverflechtung mit osteuropäischen Nachbarstaaten auf.

- **Regionale Indikatoren (78):** In der letzten Kategorie fassen wir qualitative (z. B. Befragungsdaten des IFO INSTITUTS) sowie quantitative (z. B. Auftragseingänge in der Industrie) Indikatoren zusammen, die auf der Ebene des Freistaates Sachsen erhoben werden.

Mit Ausnahme der internationalen und regionalen Indikatoren werden alle anderen Größen auf der Ebene Gesamtdeutschlands gemessen. Die Befragungsindikatoren des IFO INSTITUTS (national und regional) gehen sowohl in Absolutgrößen als auch ersten Differenzen in das Prognoserennen ein. Somit umfasst unser Datensatz nach der Transformation insgesamt 353 Indikatoren. Alle Indikatoren sind saisonbereinigt und stationär. Eine vollständige Übersicht über alle Variablen findet sich im Anhang des Papiers HENZEL et al. (2015).

Die zu prognostizierende Variable ist, wie in den Studien von LEHMANN und WOHLRABE (2014a, 2015), das saison- und preisbereinigte BIP für den Freistaat Sachsen. Anders als von der amtlichen Statistik veröffentlicht, liegen uns die Daten zum sächsischen BIP in Quartalsfrequenz vor. Hierfür werden die Jahreswerte der amtlichen Statistik mittels temporaler Disaggregation und geeigneten Indikatoren in Quartalsangaben transformiert [vgl. NIERHAUS (2007)]. Dabei müssen die Quartalsdaten zwei Voraussetzungen erfüllen: sektorale und temporale Disaggregation. Unter sektoraler Aggregation versteht man, dass die Summe der einzelnen sektoralen Bruttowertschöpfungsangaben sowie der Nettogütersteuern zu jedem Zeitpunkt dem Bruttoinlandsprodukt entsprechen muss. Die temporale Aggregation erfordert hingegen, dass der Durchschnitt der Quartalsangaben innerhalb eines Jahres dem Wert des Gesamtjahres gleicht.⁴ Die Daten zum sächsischen BIP basieren auf den Standards der aktuellen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ08) und umfassen den Zeitraum 1998Q1 bis 2013Q4. Zur besseren Erfassung des Konjunkturzyklus erfolgt eine Transformation der sächsischen BIP-Daten in Wachstumsraten zum Vorquartal.

Abbildung 1 verdeutlicht die Entwicklung des sächsischen BIP im Zeitraum 2008 bis 2013. Zunächst zeigt sich der krisenbedingte Einbruch in der gesamtwirtschaftlichen Leistung zum Jahreswechsel 2008/2009. Der stärkste Rückgang ist im ersten Quartal 2009 zu beobachten. Anschließend erholte sich die sächsische Wirtschaft relativ schnell von dem krisenbedingten Einbruch und erreichte erstmalig ihr Vorkrisenniveau zu Beginn des Jahres 2011. Danach setzte eine mehr oder weniger seitwärts gerichtete Bewegung bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion ein.

Prognoseansatz und Evaluation

Der Informationsgehalt der unterschiedlichen Indikatoren für die Prognose des sächsischen BIP wird mittels eines sogenannten „pseudo out-of-sample“ Prognoseexperiments evaluiert. Dabei werden Kurzfristprognosen mittels der folgenden linearen Brückengleichung erzeugt:

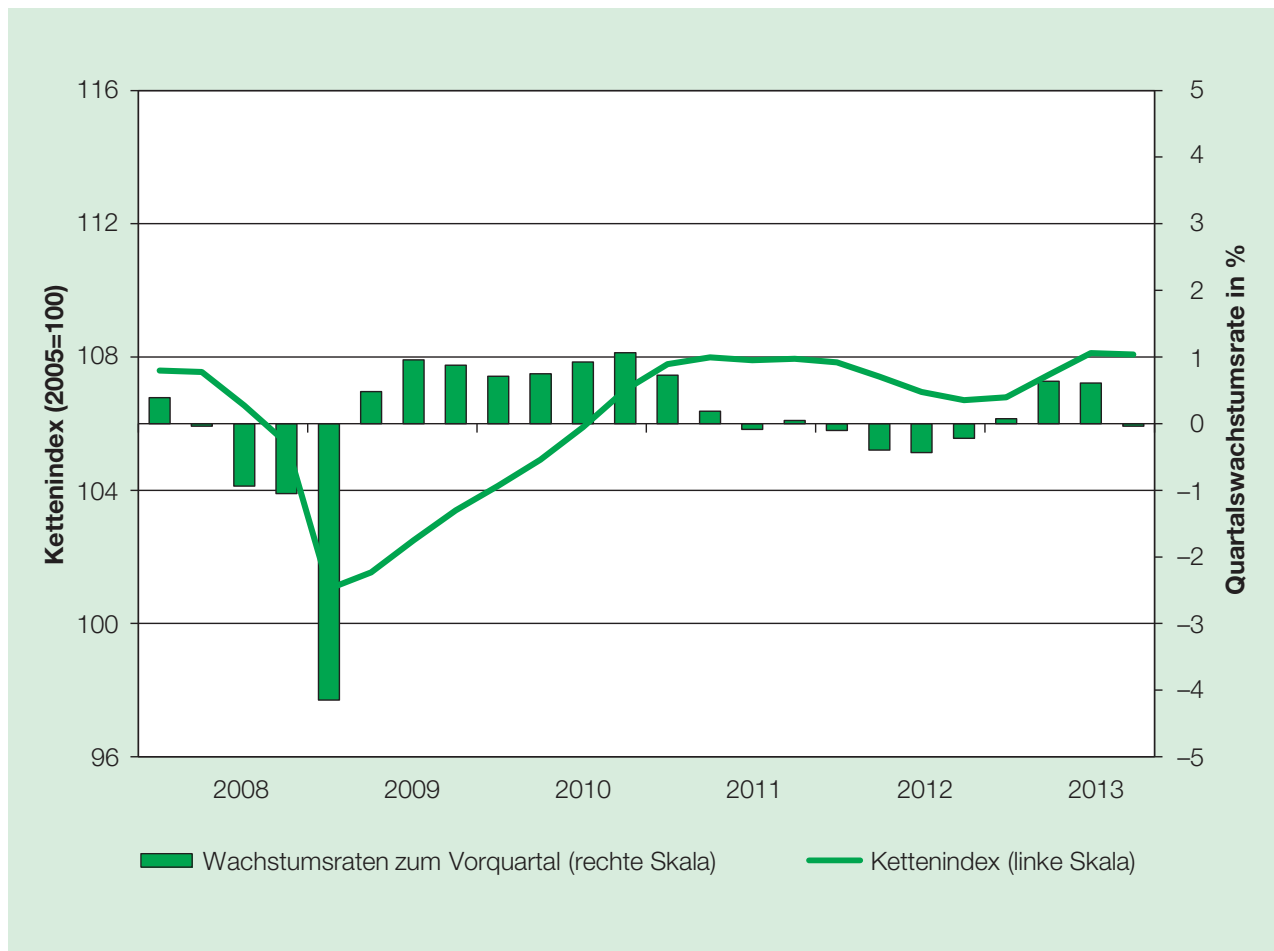
$$y_{t+h} = C + a_1 y_{t-1} + \dots + a_I y_{t-I} + b_0 x_{t,i}^q + b_1 x_{t-1,i}^q + \dots + b_J x_{t-J,i}^q + \epsilon_{t+h} \quad (1)$$

Die Zielvariable (die künftige Quartalswachstumsrate des sächsischen BIP in h Quartalen, y_{t+h}) wird hierbei durch einen monatlichen Indikator erklärt, dessen kontemporäre und verzögerte Quartalsdurchschnitte $x_{t,i}^q$ in die Gleichung eingehen. Zudem werden verzögerte Werte der abhängigen Variablen zugelassen. Es wird entweder das laufende Quartal („nowcast“, $h=0$) oder das kommende Quartal ($h=1$) direkt prognostiziert („direct-step“ Methode). Dieses Vorgehen impliziert, dass für jeden Prognosehorizont ein eigenes Modell geschätzt werden muss. Es hat aber den Vorteil, dass die Indikatoren im kommenden Quartal nicht bekannt sein bzw. nicht bis ins kommende Quartal fortgeschrieben werden müssen. Die Anzahl der verzögerten Beobachtungen I bzw. J werden mittels des Bayesianischen Informationskriteriums (BIC) spezifiziert. Der Ansatz gewährleistet eine sparsame Modellierung der Prognosegleichung. Trotz der kurzen Beobachtungszeiträume lässt sich so der Informationsgehalt der Indikatoren verlässlich evaluieren.

Mittels obiger Gleichung wird für alle $i=1, \dots, 257$ Indikatoren Prognosen erzeugt. Hierzu wird zunächst jede Gleichung mit den Daten für das sächsische BIP für den Zeitraum 1998Q1 bis 2001Q4 geschätzt. Dann werden Prognosen für 2002Q1 und 2002Q2 generiert. Dann wird das Schätzfenster um ein Quartal erweitert und es werden Prognosen für 2002Q2 und 2002Q3 berechnet. Das Schätzfenster wird so schrittweise erweitert. Die letzten Prognosen können für die Quartale 2013Q3 und 2013Q4 berechnet werden; insgesamt sind es 46 unterschiedliche Quartalsprognosen.⁵

Normalerweise werden monatliche Indikatoren nur mit zeitlicher Verzögerung veröffentlicht, sodass innerhalb des laufenden Quartals nicht alle drei Monate verfügbar sind. Fehlende Werte innerhalb des laufenden Quartals müssen daher mit einem einfachen autoregressiven Modell fortgeschrieben werden, bei dem die Anzahl der verzögerten Werte mit dem BIC bestimmt werden. Je nach Verfügbarkeit der Indikatoren kann man unterschiedliche Informationsstände unterscheiden. *Informationsstand I* liegt direkt nach der Veröffentlichung der Quartalswachstumsrate des BIP vor. Beispielsweise wird der Wert für das vierte Quartal zu Beginn des März im Folgejahr ver-

Abbildung 1: Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Sachsen von 2008 bis 2013



Quelle: Eigene Darstellung.

öffentlich. Zu diesem Zeitpunkt liegen bspw. die Industrieproduktion oder die Auftragseingänge für Januar noch nicht vor, die aktuellsten Neuzulassungszahlen für Kfz sind vom Januar, und die ifo Befragungsdaten gibt es bis Februar. *Informationsstand II* und *III* ergeben sich jeweils einen Monat später, sodass der Prognostiker jeweils einen weiteren Monatswert der Indikatoren zur Verfügung hat. *Informationsstand IV* ergibt sich direkt vor der Veröffentlichung der Zielvariable. Dieser beschreibt die Situation, dass alle Indikatoren, insbesondere auch die Industrieproduktion, für das gesamte Quartal beobachtet werden können. Es braucht also keine monatliche Fortschreibung der Indikatoren mehr zu erfolgen, und insofern liegt vollständige Information vor.

Als Benchmarkmodell wird ein autoregressives Modell verwendet. Dieses berücksichtigt, im Gegensatz zur oben beschriebenen Brückengleichung, nur die verzögerten Werte der Wachstumsrate des sächsischen BIP. Es werden somit keine exogenen Informationen berücksichtigt. Gute Indikatormodelle sollten ein Benchmarkmodell in ihrer Prognosegüte übertreffen.

Ergebnisse

Aus dem im Kapitel zuvor beschriebenen Prognoseexperiment ergibt sich eine Vielzahl von Ergebnissen, welche wie folgt zusammengefasst werden können:

1. Alle Ergebnisse sind sehr ähnlich mit Blick auf die verschiedenen Informationsstände.
2. Mehr Informationen im laufenden Quartal führen de facto kaum zu einer Verbesserung der Prognosegüte. Dies widerspricht zum einen der Intuition und zum anderen den Erkenntnissen der Forschung auf nationaler Ebene [vgl. HENZEL und RAST (2013)]. Es scheint, dass die relevanten Informationen zur Prognose des sächsischen BIP schon sehr früh verfügbar sind.
3. Viele Indikatoren sind in ihrer Prognosegüte besser als das Benchmarkmodell. Für das laufende Quartal ist der Anteil dieser Modelle etwa ein Fünftel, für das kommende Quartal sogar zwei Drittel.
4. Wenn das laufende Quartal prognostiziert wird, dann liefern alle Indikatoren sehr ähnliche Ergebnisse. Dies ist gut in Abbildung 2 zu erkennen. Sie zeigt die Ver-

teilung des Prognoseevaluationsmaßes (durchschnittlicher absoluter Prognosefehler) aller Indikatoren sowohl für das laufende Quartal ($h=0$) als auch das kommende Quartal ($h=1$). Die Prognosefehler sind alle sehr eng um den Mittelwert verteilt. Werden Prognosen für das nächste Quartal berechnet, zeigt sich, dass die Indikatoren eine sehr unterschiedliche Prognosequalität besitzen. Die Prognosefehler streuen deutlich weiter um den Mittelwert.

5. Abbildung 2 zeigt auch, dass die durchschnittlichen Prognosefehler mit steigendem Prognosehorizont höher liegen. Dies ist plausibel, da die Prognoseunsicherheit in diesem Falle zunimmt.
6. Die Rolle von regionalen Indikatoren für die Prognose des sächsischen BIP ist heterogen. Sowohl an der Spitze als auch am Ende des Prognoserankings finden sich sächsische Indikatoren. Etwa 8 % aller regionalen Indikatoren sind unter den besten 10 % aller Modelle. Der Anteil steigt auf 20 % wenn von den Indikatoren die besten 20 % betrachtet werden.
7. Sogenannte harte Indikatoren, wie z. B. Industrieproduktion, spielen keine große Rolle in der Verbesserung der Prognosegüte. Dies steht im Kontrast zu Ergebnissen die oft auf nationaler Ebene gefunden werden.

So zeigen z. B. Henzel und Rast (2013), dass die Industrieproduktion für das gesamtdeutsche BIP ein sehr guter Prädiktor ist.

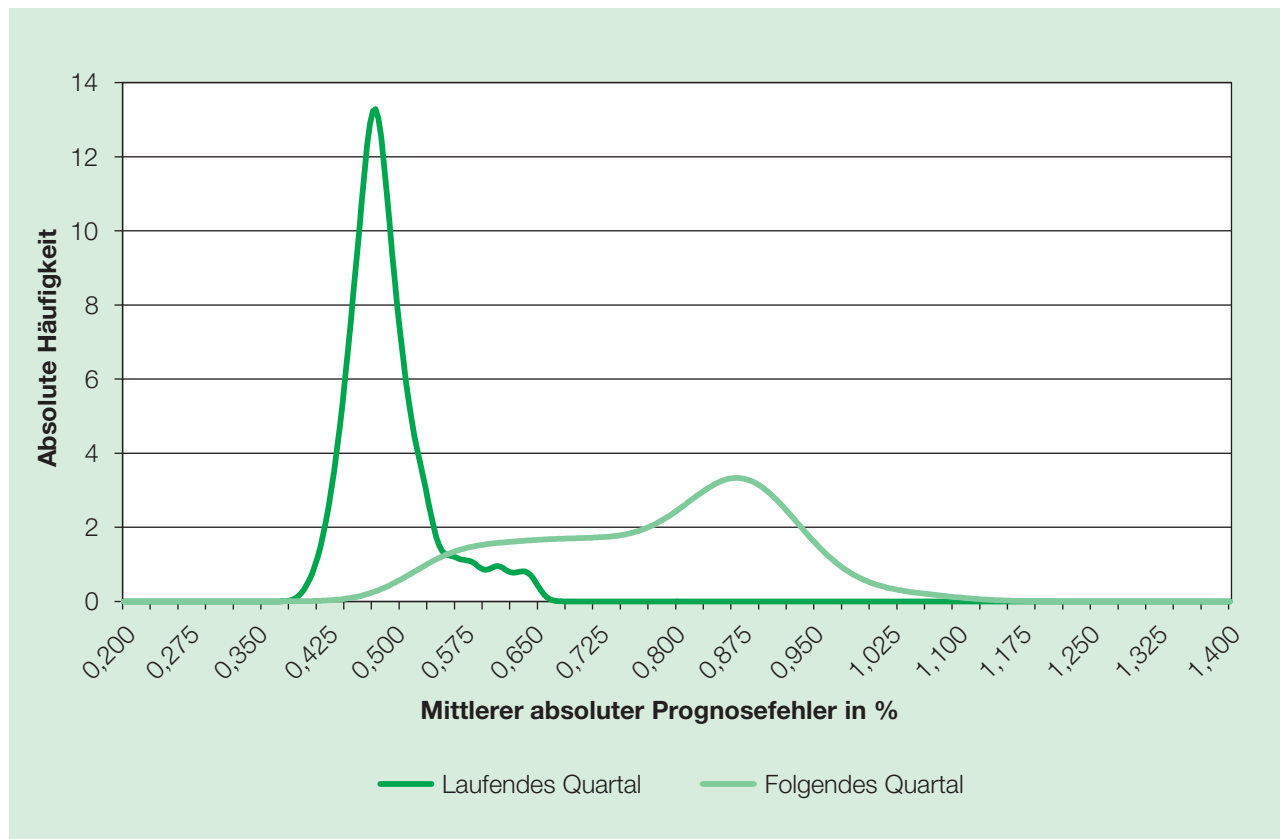
8. Im Gegensatz zum vorherigen Punkt zeigt sich, dass sogenannte weiche Indikatoren, wie z. B. Befragungsdaten, eine entscheidende Rolle bei der Prognose des sächsischen BIP einnehmen.

Welche Indikatoren spielen nun eine wichtige Rolle bei der Prognose des sächsischen BIP? Wie bereits ausgeführt, sind gerade für die kurze Frist die Ergebnisse sehr ähnlich für die einzelnen Indikatoren (vgl. Abb. 2). Die besten Indikatoren für das laufende Quartal lassen sich in vier Gruppen einteilen⁶:

1. Der Auslandsumsatz der Industrie
2. ifo Indikatoren für Sachsen
3. Der Auftragseingang in Sachsen insbesondere für die Fahrzeugindustrie
4. Geldnachfrage.

Diese Ergebnisse fügen sich gut in das Bild der sächsischen Wirtschaftsstruktur, welche vor allem durch den Automobilbau und hochwertigen Industriesektoren geprägt ist. Weitere Ergebnisse finden sich in HENZEL et al. (2015).

Abbildung 2: Prognosefehlerverteilung für das laufende und folgende Quartal



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

Fazit

Der vorliegende Artikel und die detaillierten Ausführungen in HENZEL et al. (2015) zeigen, dass treffsichere Kurzfristprognosen für das laufende und kommende Quartal für das sächsische Bruttoinlandsprodukt möglich sind. Auf Basis eines Datensatzes von 257 Variablen wurden die Machbarkeit und die Prognosegüte illustriert. Die Ergebnisse zeigen, dass im Gegensatz zur nationalen Ebene weniger die harten Indikatoren wie die Industrieproduktion, sondern eher die weichen Indikatoren, wie die ifo Umfragen, eine wichtige Rolle bei der Prognose spielen. Unsere Ergebnisse weisen darauf hin, dass Erkenntnisse der Prognoseforschung, welche auf nationaler Ebene gewonnen wurden, nicht unbedingt auf die regionale Ebene übertragen werden können. Die Forschung und mögliche Praxisanwendung für z. B. andere Bundesländer müssen die regionale Wirtschaftsstruktur berücksichtigen.

Literatur

- AASTVEIT, K. A., GERDRUP, K. R., JORE, A. S. UND L. A. THORSRUD (2014): Nowcasting GDP in Real Time: A Density Combination Approach. In: *Journal of Business and Economic Statistics* 32 (1); S. 48–68.
- ABBERGER, K. und K. WOHLRABE (2006): Einige Prognoseeigenschaften des ifo Geschäftsklimas – Ein Überblick über die neuere wissenschaftliche Literatur. In: *ifo Schnelldienst* 59 (22); S. 19–26.
- BERG, T. O. und S. R. HENZEL (2015): Point and Density Forecasts for the Euro Area Using Bayesian VARs. In: *International Journal of Forecasting*; im Erscheinen.
- CARSTENSEN, K., HENZEL, S. R., MAYR, J. und K. WOHLRABE (2009): IFOCAST: Methoden der ifo Kurzfristprognose. In: *ifo Schnelldienst* 62 (23); S. 15–28.
- GIANNONE, D., REICHLIN, L. und D. SMALL (2008): Nowcasting: The Real-time Information Content of Macroeconomic Data. In: *Journal of Monetary Economics* 55 (4); S. 665–676.
- HENZEL, S. R., LEHMANN, R. und K. WOHLRABE (2015): Nowcasting Regional GDP: The Case of the Free State of Saxony. In: *Review of Economics* 66 (1); S. 71–98.
- HENZEL, S. R. und S. RAST (2013): Prognoseeigenschaften von Indikatoren zur Vorhersage des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland. In: *ifo Schnelldienst* 66 (17); S. 39–46.
- LEHMANN, R. und K. WOHLRABE (2014a): Forecasting Gross Value-added at the Regional Level: Are Sectoral Disaggregated Predictions Superior to Direct Ones? In: *Review of Regional Research* 34 (1); 61–90.
- LEHMANN, R. und K. WOHLRABE (2014b): Regional Economic Forecasting: State-of-the-Art Methodology and Future Challenges. In: *Economics and Business Letters* 3 (4); S. 218–231.
- LEHMANN, R. und K. WOHLRABE (2015): Forecasting GDP at the Regional Level with Many Predictors. In: *German Economic Review* 16 (2); S. 225–254.
- MARCELLINO, M. und C. SCHUMACHER (2010): Factor MIDAS for Nowcasting and Forecasting with Ragged-Edge Data: A Model Comparison for German GDP. In: *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 72(4); S. 518–550.
- NIERHAUS, W. (2007): Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Sachsen mit Hilfe temporärer Disaggregation. In: *ifo Dresden berichtet* 14 (4); S. 24–36.
- SCHUMACHER, C. und J. BREITUNG (2008): Real-time Forecasting of German GDP Based on a Large Factor Model with Monthly and Quarterly Data. In: *International Journal of Forecasting* 24(3); S. 386–398.
- SEILER, C. und K. WOHLRABE (2013): Das ifo Geschäftsklima und die deutsche Konjunktur. In: *ifo Schnelldienst* 66 (18); S. 17–21.

¹ Der vorliegende Artikel ist eine Kurzfassung des Aufsatzes von HENZEL et al. (2015), welcher in der Zeitschrift *Review of Economics* erschienen ist.

² Die wesentlichsten Gründe für die geringe Zahl regionaler Prognosestudien sind die fehlende Datenverfügbarkeit oder geringe Publikationsfrequenz (z. B. Quartalsdaten) gesamtwirtschaftlicher Größen. Eine Übersicht über aktuell vorliegende regionale Prognoseaufsätze liefern LEHMANN und WOHLRABE (2014b).

³ Für einen Überblick zur Verwendung von ifo Umfragen in wissenschaftlichen Artikeln und ihrer Prognoseperformance siehe ABBERGER und WOHLRABE (2006) sowie SEILER und WOHLRABE (2013).

⁴ Um einen fairen Prognosewettbewerb zu gewährleisten, haben wir diejenigen Indikatoren, die zur Disaggregation verwendet werden, von der Analyse ausgeschlossen.

⁵ Zur Evaluierung der Prognosegüte des jeweiligen Modells $i=1, \dots, 257$ wird zum einen der Mittlere Absolute Prognosefehler (MAE) verwendet: $MAE_{n,i} = \text{mean}(|y_{t+h} - y_{t+h,i}^i|)$. Zum anderen wird der mittlere Rang berechnet: $MRANK_{n,i} = \text{mean}(\text{rank}(|y_{t+h} - y_{t+h,i}^i|))$.

⁶ Tabellen mit den besten Indikatoren finden sich in HENZEL et al. (2015).

Steuerwettbewerb im Kleinen – Ein Blick auf den Fall Monheim

Christian Ilchmann, Felix Rösel und Johannes Steinbrecher*

Einleitung

„[M]itten in NRW eine Steueroase geschaffen“ zu haben und damit Unternehmen eine „goldene Mohrrübe“ vorzuhalten, warf der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück im Jahr 2013 der nordrhein-westfälischen Gemeinde Monheim vor [MEISEL und SCHMIDT (2013)]. Anlass der Kritik war die mit Abstand radikalste Gewerbesteuererhöhung einer Kommune in Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten: Die Stadt Monheim am Rhein reduzierte ab 2012 die Hebesätze der Gewerbesteuer um insgesamt mehr als ein Drittel, während diese im Rest Nordrhein-Westfalens zumeist kräftig anstiegen. Auch die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, kritisierte die Monheimer Hebesatzpolitik deutlich [SCHILLMÖLLER und GEBHARDT (2014)]. Dem hielt der verantwortliche Monheimer Bürgermeister Daniel Zimmermann entgegen, dass „rund 75 Prozent unserer zusätzlichen Steuereinnahmen zuvor in anderen Bundesländern oder im europäischen Ausland veranlagt“ waren [zitiert nach: NRW BANK (2015)]. Angesichts der gegenläufigen politischen Argumentationen soll in diesem Beitrag empirisch untersucht werden, ob und inwiefern die Hebesatzentwicklung in Monheim Auswirkungen auf die Hebesatzpolitik anderer Gemeinden Nordrhein-Westfalens hatte.

Wettbewerb um Steuersätze

Die ökonomische Steuerwettbewerbsliteratur legt nahe, dass der Wettbewerbsdruck um mobiles Kapital (z. B. internationale Unternehmen) dazu führt, dass sich Regionen immer wieder gegenseitig bei den Steuersätzen unterbieten [ZODROW und MIESZKOWSKI (1986), SINN (1994)].¹ Dieser Steuersenkungswettlauf (*race to the bottom*) führt letztendlich dazu, dass die Einnahmen von Städten oder Regionen nicht mehr ausreichen, um die öffentlichen Leistungen im gesellschaftlich optimalen Umfang anbieten zu können. Ein solcher Steuersenkungswettlauf schadet dann dem Gemeinwohl. Darüber hinaus lässt sich zeigen, dass

kleine Regionen, z. B. Städte und Gemeinden, von einem Steuerwettbewerb netto profitieren können, obwohl dieser insgesamt ineffizient ist [z. B. BUCOVETSKY (1991), WILSON (1991)]. Monheim als relativ kleine Gemeinde in Nordrhein-Westfalen könnte daher möglicherweise von einem selbst initiierten Steuerwettbewerb profitieren, der für die Gesamtheit aller Gemeinden nachteilig sein kann.

Ein Steuerwettbewerb zwischen den Kommunen in Deutschland könnte insbesondere über die Gewerbesteuer initiiert werden. Die Gewerbesteuer ist eines der wichtigsten fiskalischen Steuerungsinstrumente der Kommunen. Steuergegenstand ist der Gewerbeertrag, der sich aus dem Unternehmensgewinn von Gewerbebetrieben zuzüglich verschiedener Hinzurechnungen und abzüglich einzelner Kürzungen ergibt. Dieser wird mit der bundeseinheitlichen Steuermesszahl von 3,5% multipliziert und ergibt den Steuermessbetrag – im Folgenden: Grundbetrag. Aus der Multiplikation von Grundbetrag und Hebesatz folgt schließlich die festzusetzende Gewerbesteuer. Vereinfacht gilt damit für das Gewerbesteuerertrag in einer Gemeinde:

$$\text{Aufkommen} = \text{Grundbetrag} \times \text{Hebesatz}$$

Während Umsatzsteuer und Einkommensteuer, deren Aufkommen ebenfalls teilweise den Gemeinden zufließt, einem bundeseinheitlichen Steuertarif unterliegen, können die Kommunen den Hebe- und damit effektiven Steuersatz der Gewerbesteuer weitgehend selbstständig bestimmen. Das Aufkommen der Gewerbesteuer übersteigt dabei das der Grundsteuer, deren Hebesätze ebenfalls von den Gemeinden festgesetzt werden, deutlich. Der Steuergegenstand der Grundsteuer ist zudem immobil und daher nur bedingt als Quelle von Wettbewerb geeignet. Der Gewerbesteuerhebesatz ist demgegenüber ein mögliches Wettbewerbsinstrument. Über attraktive Steuerentlastungen können (mobile) Unternehmen attrahiert und damit die steuerliche Bemessungsgrundlage (Grundbetrag) in der eigenen Gemeinde verbreitert werden. Steigt das Aufkommen durch die Ausweitung der Bemessungsgrundlage stärker als das Aufkommen durch die Steuersatzreduktion sinkt, kann sich eine Gemeinde trotz niedrigerer Steuersätze finanziell besserstellen. Insbesondere für kleine Gemeinden wie Monheim bedarf es dazu nur

* Christian Ilchmann war zur Zeit der Erstellung des Beitrages Praktikant, Felix Rösel und Johannes Steinbrecher sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

der Ansiedlung eines bzw. weniger großer Unternehmen – die Strategie kann somit relativ schnell wirken. Empirische Untersuchungen für Deutschland weisen darauf hin, dass höhere Gewerbesteuersätze negative Auswirkungen auf die Aktivitäten multinationaler Konzerne haben [z. B. BECKER et al. (2012)].

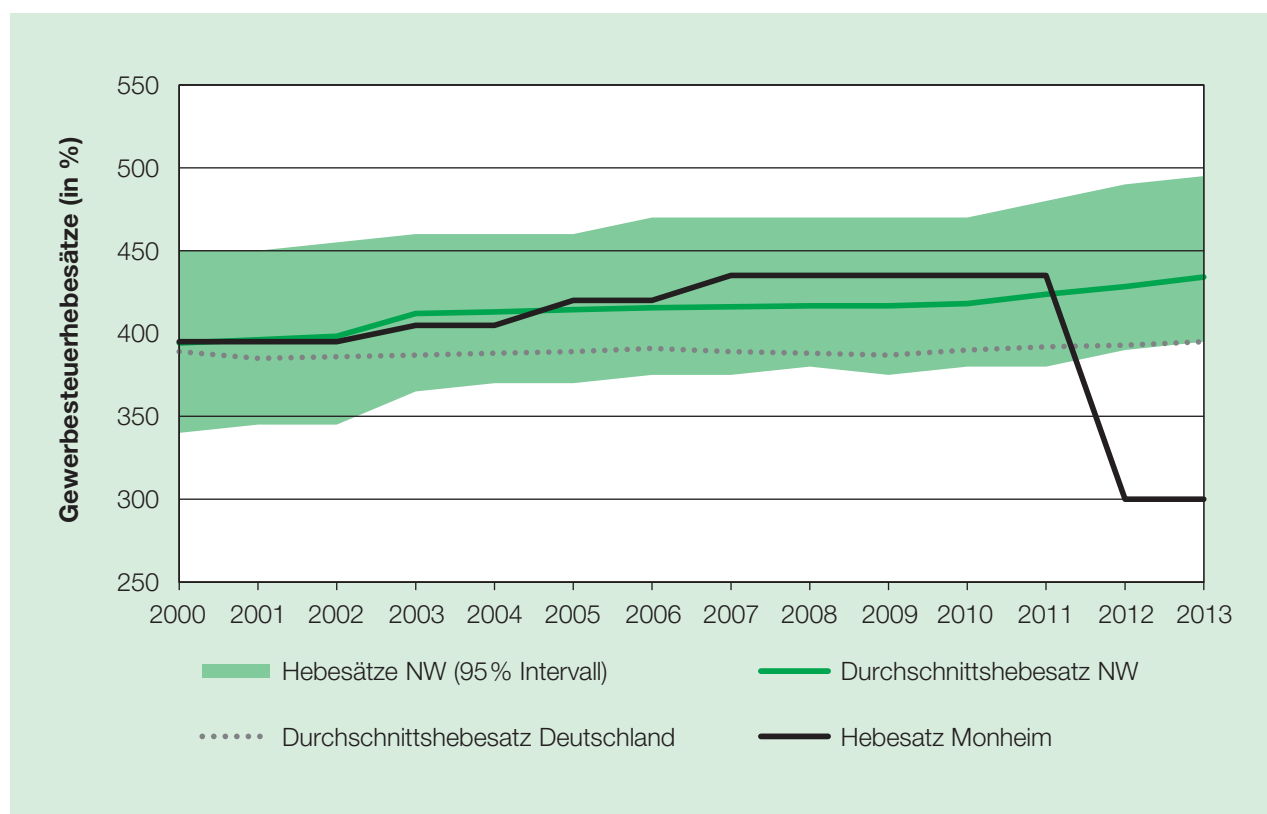
Monheim bricht den Trend

Im Folgenden wird die Entwicklung von Gewerbesteuerhebesatz und -bemessungsgrundlage in Monheim im Vergleich zu den anderen Gemeinden Nordrhein-Westfalens dargestellt. Betrachtet man die Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze in Monheim, wird deutlich, dass die Stadt entgegen dem allgemeinen Trend ihren Gewerbesteuerhebesatz im Jahr 2012 massiv abgesenkt hat (vgl. Abb. 1). Sowohl im Bundesgebiet als auch in Nordrhein-Westfalen lässt sich in den vergangenen 15 Jahren ein Anstieg der durchschnittlichen Hebesätze verzeichnen. Lagen diese im Jahr 1999 noch bei 394 % in Nordrhein-Westfalen (389 % im Bundesdurchschnitt), so betragen sie im Jahr 2013 434 % (bzw. 395 % für Deutschland insgesamt). Diese Ent-

wicklung könnte auch durch die Unternehmenssteuerreformen der Jahre 2001 und 2008 begünstigt worden sein. Insbesondere die Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer hat die politischen Kosten einer Hebesatzerhöhung gemindert und somit die Anhebung der Hebesätze befördert [BÜTTNER et al. (2014)]. Bis zum Jahr 2011 folgte Monheim weitgehend der durchschnittlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Mit der drastischen Absenkung des Hebesatzes im Jahr 2012 ist Monheim signifikant aus diesem Trend ausgebrochen. Wie aus Abbildung 1 ersichtlich wird, liegt die Absenkung des Hebesatzes deutlich außerhalb des Intervalls, das 95 % aller Beobachtungen umfasst (dargestellt durch die grüne Fläche).²

Eine signifikante Abweichung vom langfristigen Trend lässt sich für Monheim ab 2012 nicht nur für den Hebesatz, sondern auch für die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer, den Grundbetrag, beobachten (vgl. Abb. 2). Die Abbildung zeigt, dass auch im Hinblick auf die Bemessungsgrundlage Monheim lange Zeit dem durchschnittlichen Trend der nordrhein-westfälischen Gemeinden folgte, diesen aber 2012 deutlich verlassen hat. Der Grundbetrag je Einwohner lag im Jahr 2013 bei fast 2.100 % (sic!) des Durchschnitts der Jahre 1999 bis 2011.

Abbildung 1: Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze in Monheim, Nordrhein-Westfalen (NW) und Deutschland zwischen 2000 und 2013



Quellen: IT.NRW (2015), Statistisches Bundesamt (2015), Darstellung des ifo Instituts.

Aus einer relativ einnahmeschwachen Gemeinde – Monheim lag bis zum Jahr 2010 im Allgemeinen unter dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt – wurde die im Hinblick auf die Gewerbesteuer mit Abstand einnahmestärkste Gemeinde Nordrhein-Westfalens – bezogen sowohl auf den Grundbetrag als auch das Aufkommen je Einwohner.

Die niedrigen Hebesätze fallen somit mit einer starken Ausweitung der Bemessungsgrundlage zusammen. Die ansässigen Unternehmen müssten entweder ab 2011 ihre Gewinne vervielfacht haben oder die Gemeinde konnte zusätzliche gewerbliche Steuerzahler attrahieren. Im Falle Monheim dürfte letzteres von deutlich größerer Relevanz sein. Allerdings bestehen höchst unterschiedliche Auffassungen zur ursprünglichen Herkunft der neu angesiedelten Unternehmen. Während der Bürgermeister von Monheim versichert, drei Viertel aller Neuansiedlungen seien aus anderen Bundesländern oder dem Ausland nach Monheim gezogen [SCHMITT (2013)], bezeichnen Kritiker die Steuerpolitik Monheims als „Wirtschaftskanibalismus an den Nachbarstädten“ [zitiert nach STAUBER-KLEIN (2014)]. So entschied sich beispielsweise ein großer Hygiene-produkte-Hersteller bewusst für Monheim und gegen die lange Zeit präferierte Nachbargemeinde Langenfeld [für dieses und weitere Beispiele vgl. CROCOLL (2013), MÜLLENDER (2015)]. Angesichts dieser widersprüchlichen

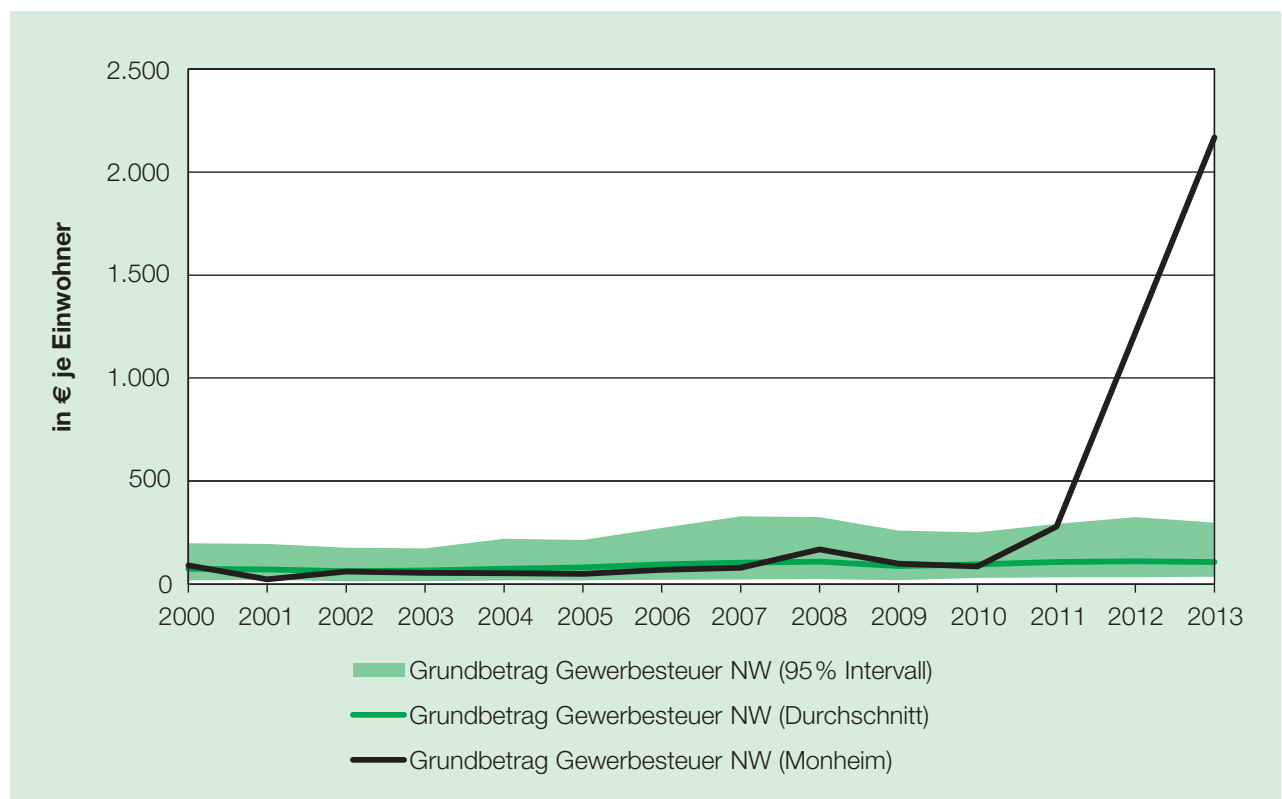
Thesen soll im Folgenden näher dargestellt werden, in welche Richtung die empirische Evidenz in Nordrhein-Westfalen weist.

Steuersenkungswettlauf in Nordrhein-Westfalen bleibt bislang aus

Wie reagieren die anderen Gemeinden Nordrhein-Westfalens auf die Entwicklungen in Monheim? Eine mögliche Reaktion wären ebenfalls Hebesatzsenkungen und damit der Einstieg in die schärfste Form des Steuerwettbewerbs. Vergleicht man die Veränderungen der Hebesätze ab dem Jahr 2011 zur Vorperiode, können jedoch nur wenige Hebesatzsenkungen beobachtet werden, diese wiederum überwiegend in moderaten Ausmaßen (vgl. Abb. 3).

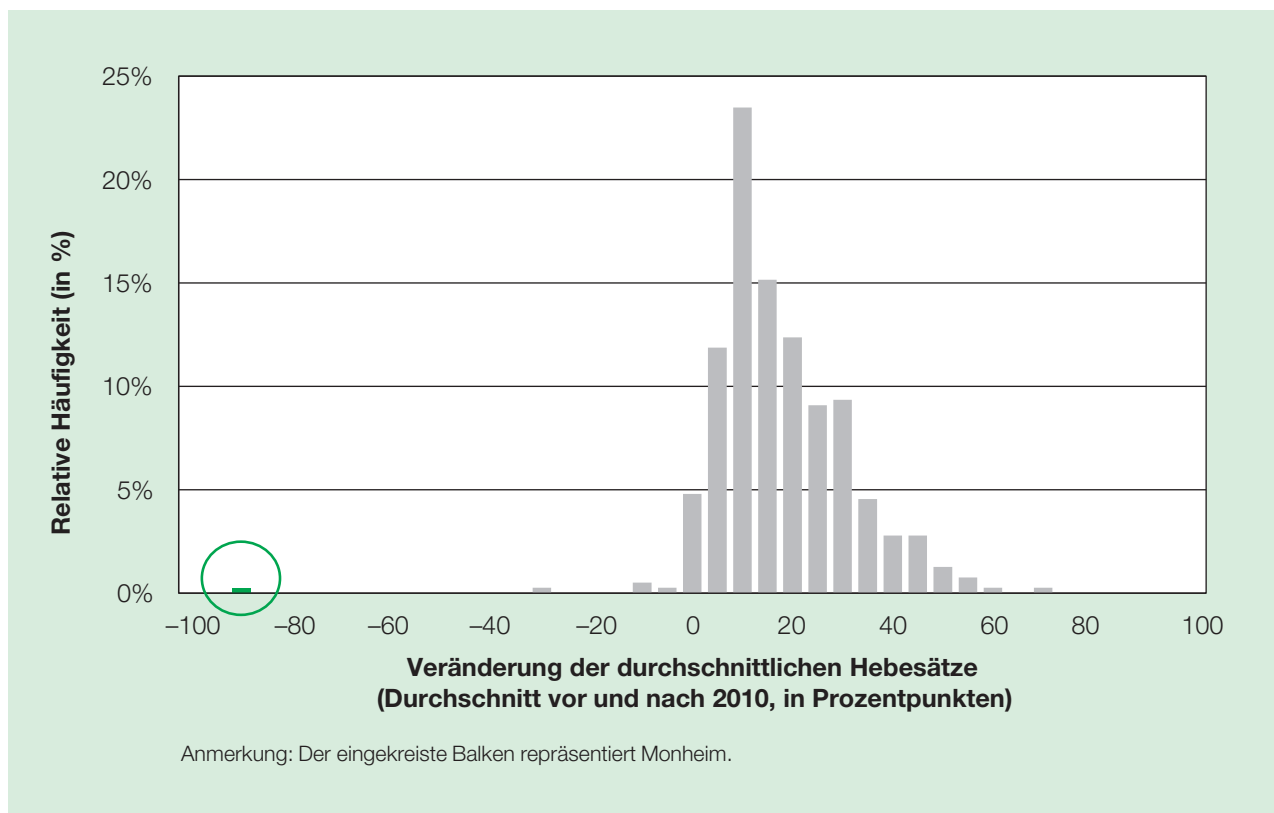
Hingegen lässt sich eine Vielzahl an Hebesatzerhöhungen beobachten. Der Großteil der Erhöhungen vollzog sich zwischen zehn und 20 Prozentpunkten. Aus der Verteilung der Hebesatzentwicklung lässt sich somit nicht unmittelbar auf einen verschärften Steuerwettbewerb bzw. Senkungswettlauf schließen, obwohl Monheim (grüner, umkreister Balken) mit einer Senkung von über 80 Prozentpunkten deutlich am Rand der Verteilung liegt.

Abbildung 2: Entwicklung der Gewerbesteuer-Bemessungsgrundlage (Grundbetrag) in Monheim und Nordrhein-Westfalen (NW) zwischen 2000 und 2013



Quellen: IT.NRW (2015), Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 3: Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze in Nordrhein-Westfalen



Quellen: IT.NRW (2015), Darstellung des ifo Instituts.

Betrachtet man die regionale Verteilung der Hebesatzentwicklung, lassen sich ebenfalls keine klaren Indizien für einen intensivierten Steuerwettbewerb rund um Monheim finden (vgl. Abb. 4). Hinter der räumlichen Betrachtung steht die Idee, dass mit zunehmender geographischer Nähe zu Monheim der Steuerwettbewerbsdruck zunehmen dürfte. Dies lässt sich z. B. mit niedrigeren Umzugs- und damit Transaktionskosten, der Aufrechterhaltung der Belegschaft ohne größere Personalrotation oder einer zunehmenden Nähe in der regionalen Mentalität und Identität begründen. Abbildung 4 zeigt, dass sich die wenigen Gemeinden, die nach 2011 ihren Gewerbesteuerhebesatz nicht erhöht oder gar gesenkt haben, zumeist in der Nähe Monheims befinden. Mit zunehmender Entfernung scheint zudem die Zahl der Gemeinden, die ihren Hebesatz nur gering erhöht haben, abzunehmen.

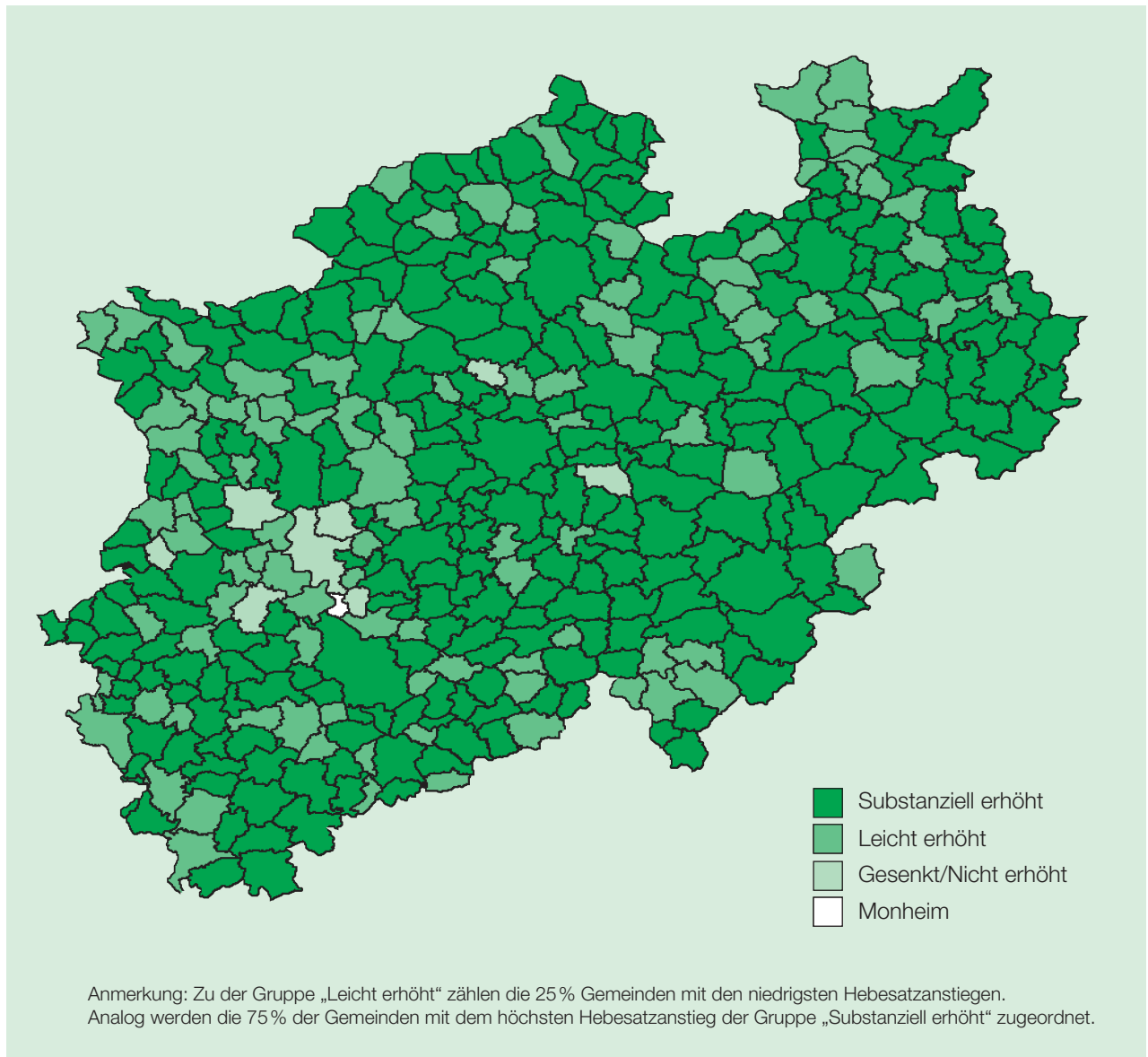
Eine Senkung des Hebesatzes ist in der Nähe Monheims statistisch wahrscheinlicher

Wie beschrieben impliziert eine unmittelbare Nähe zu Monheim einen höheren Steuerwettbewerbsdruck, der mit zunehmender Entfernung zu Monheim jedoch ab-

nimmt. Da zugleich eine Vielzahl weiterer Faktoren auf die Hebesatzentscheidung einer Gemeinde wirken, soll im Folgenden eine multivariate logistische Regressionsanalyse durchgeführt werden. Da die Steuerpolitik der Gemeinden maßgeblich von den sozioökonomischen Rahmenbedingungen mitgeprägt wird, beispielsweise der vorherrschenden Wirtschaftsstruktur, werden diese in eine Analyse der Hebesatzveränderungen einbezogen. Der Datensatz enthält alle Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen mit Ausnahme der Stadt Monheim (395 Beobachtungen).

Die Hebesatzpolitik als abhängige Variable wird als eine dichotome Variable gemessen, die den Wert eins annimmt, wenn der durchschnittliche Hebesatz der Jahre 2011 bis 2014 niedriger ist als der durchschnittliche Hebesatz der Jahre 2000 bis 2010. Andernfalls wird der Variable der Wert null zugewiesen. Die auf diese Weise ermittelte Variable misst damit, ob eine Gemeinde ihren eigenen Hebesatz nach der Ankündigung der starken Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes in Monheim im Jahr 2011 gesenkt hat oder nicht.³ Als erklärende Variable wird zuerst der räumliche Abstand einer Gemeinde zur Stadt Monheim herangezogen. Die Modelle enthalten jedoch noch weitere Kontrollvariablen.

Abbildung 4: Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze in Nordrhein-Westfalen zwischen 2011 und 2014



Quellen: IT.NRW (2015), Darstellung des ifo Instituts.

Die Dummyvariable „Hebesatz über 380 %“ misst, ob der Hebesatz bereits größer oder gleich 380 % ist. Ein Hebesatz von 380 % entspricht dem maximalen Hebesatz, der auf die Einkommensteuer angerechnet werden kann, wodurch Personengesellschaften trotz Hebesatzerhöhung nicht schlechter gestellt werden. Damit determiniert dieser Wert die Schwelle, ab welcher einer Kommune durch weitere Erhöhungen der Hebesätze politische Kosten entstehen, da sie die als Personengesellschaften geführten Unternehmen der Region zusätzlichen Steuerbelastungen aussetzen. Neben der Dummy-Variablen wird ebenfalls die absolute Höhe des Hebesatzes berücksichtigt, um Niveaueffekte abzubilden.

Als Indikator der wirtschaftlichen Kraft bzw. Produktivität wird der Landkreiswert des Bruttoinlandsproduktes (BIP) je Erwerbstätigen herangezogen. Wirtschaftlich starke Regionen dürften eine größere Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer stellen als wirtschaftsschwache Regionen.

Die Pendlerstruktur ist ein weiterer Indikator für die wirtschaftliche Bedeutung einer Kommune. Ein hohes Maß an Einpendlern bedeutet, dass viele Bewohner anderer Gemeinden einer Arbeit in der betreffenden Gemeinde nachgehen, was wiederum auf eine zentralörtliche Stellung des jeweiligen Ortes hindeutet.

Darüber hinaus wird die Arbeitslosenquote in den Gemeinden in der Regressionsanalyse berücksichtigt.⁴

Die Arbeitslosenquote ist einerseits ein Indikator für die ökonomische Konstitution einer Region. Andererseits ist die Arbeitslosenquote auch ein Indikator für die Anspanntheit der öffentlichen Haushalte, da eine hohe Arbeitslosigkeit im Allgemeinen mit hohen Sozialausgaben korreliert ist, die auch die kommunalen Haushalte belasten.

Der Schuldenstand je Einwohner ist ein Indikator für die Solidität der öffentlichen Haushalte. Hohe Schulden implizieren einen hohen Schuldendienst und damit einen geringeren haushaltspolitischen Spielraum, z. B. für Hebesatzsenkungen.

Schließlich wird eine Dummyvariable für kreisfreie Städte aufgenommen. Anders als der kreisangehörige Raum zahlen kreisfreie Städte keine Kreisumlage, sondern nehmen die Aufgaben der Landkreisebene selbst wahr. Hierdurch ergeben sich andere Anreizmechanismen bei der Hebesatzpolitik als für kreisangehörige Gemeinden. Außerdem stellen kreisfreie Städte (als in der Regel größere und einwohnerstarke Gebietskörperschaften) häufig zentralörtliche Funktionen, wie soziale und kulturelle Infrastruktur, bereit. Die hiermit verbundenen höheren Ausgabenbedarfe könnten ebenfalls mittelbar Auswirkungen auf die Hebesatzpolitik haben.

Alle in der Regression verwendeten erklärenden Variablen sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Die Statistiken verdeutlichen die starken regionalen Unterschiede

innerhalb Nordrhein-Westfalens. Die Arbeitslosenquote schwankt zwischen Vollbeschäftigung (1 %) und einer hohen Arbeitslosigkeit (13 %). Gemeinden, in denen Einpendler über 50 % der ansässigen Wohnbevölkerung ausmachen, stehen zudem Regionen gegenüber, in denen die Pendler geringe Bedeutung haben (weniger als 10 % der Bevölkerung). Auch die Schuldenstände unterscheiden sich stark. Neben Gemeinden ohne Verschuldung weist die durchschnittliche Gemeinde eine Verschuldung von rund 2.000 € je Einwohner auf. Die höchstverschuldete Gemeinde hat mit rund 8.700 € je Einwohner mehr als viermal so hohe Schulden.

Zum Zwecke der Analyse wird nun ein logistisches Regressionsmodell spezifiziert. Die logistische Regressionsanalyse – kurz Logit-Analyse – ermöglicht die Schätzung von Zusammenhängen, durch die eine binäre Variable erklärt wird.⁵ Bei einer Verwendung binärer Variablen wird ein alternatives Vorgehen zur üblichen linearen Einfachregression benötigt, da wesentliche Voraussetzungen für die Anwendung der linearen Regression nicht gegeben sind. So wird bei der logistischen Regression bestimmt, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Ereignis unter dem Einfluss verschiedener Bedingungen in Form von Variablen eintritt oder nicht eintritt. Folglich können positive Vorzeichen der geschätzten Koeffizienten so interpretiert werden, dass die Wahrscheinlichkeit, dass das untersuchte Ereignis eintritt

Tabelle 1: Statistische Kennzahlen der erklärenden Variablen (n = 396)

Variable	Mittelwert	Standardabweichung	Minimum	Maximum
Entfernung zu Monheim (in km)	84,97	48,14	0,00	201,38
Hebesatz (in %)	427,97	26,65	300,00	520,00
BIP (in € je Erwerbstätigen)	62.206,70	5.110,32	50.274,00	83.394,00
Einpendler (je Einwohner)	0,22	0,08	0,07	0,57
Arbeitslosenquote (in %)	0,06	0,02	0,01	0,13
Schulden (in 1.000 € je Einwohner)	2,10	1,55	0,00	8,70
Kreisfreie Stadt (Dummy)	0,06	0,23	0,00	1,00
Hebesatz über 380 % (Dummy)	0,98	0,12	0,00	1,00

Anmerkung: In der deskriptiven Statistik ist Monheim enthalten.

Quellen: IT.NRW (2015), Darstellung des ifo Instituts.

(hier: Senkung des Hebesatzes), mit höheren Werten der jeweiligen Variable (z. B. der Entfernung zu Monheim) ansteigt. Negative Koeffizienten indizieren folglich eine sinkende Wahrscheinlichkeit.

Es wurden drei verschiedene Spezifikationen geschätzt (vgl. Tab. 2). In einem einfachen Modell wurde zunächst nur die Entfernung zu Monheim berücksichtigt (Spalte 1). Ein weiteres Modell berücksichtigt zusätzliche Informationen zum Hebesatz in der jeweiligen Gemeinde (Spalte 2). Ein drittes Modell berücksichtigt die Gesamtzahl der oben diskutierten Strukturindikatoren (Spalte 3). Alle Modelle enthalten darüber hinaus eine Regressionskonstante.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse sind in Tabelle 2 dargestellt. Alle drei Modelle liefern ähnliche Ergebnisse, wobei der Einfluss der Entfernung zu Monheim nur unter Berücksichtigung weiterer Kontrollvariablen statistisch signifikant ist [vgl. Spalte (2) und Spalte (3)]. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit einer Hebesatzsenkung mit der Entfernung zu Monheim sinkt. Mit anderen Worten: Je näher eine Gemeinde zu Monheim liegt, desto wahrscheinlicher ist eine Senkung der Hebesätze. Eine höhere Arbeitslosenquote und ein höherer vorherrschender Hebesatz reduzieren die Wahrscheinlichkeit einer Hebesatzsenkung. In wirtschaftlich starken Gemeinden (höheres BIP je Erwerbstätigen) ist

Tabelle 2: Regressionsergebnisse der Logit-Analyse (Abhängige Variable: Hebesatzsenkung)

Variable	(1)	(2)	(3)
Entfernung zu Monheim	-0,064 (0,044)	-0,064** (0,028)	-0,048*** (0,008)
Hebesatz		-0,050** (0,020)	-0,062* (0,033)
Hebesatz über 380 % (Dummy)		0,938 (2,022)	3,580 (3,069)
Bruttoinlandsprodukt			0,1098** (0,056)
Pendler			9,924 (6,280)
Arbeitslosenquote			-0,592* (0,331)
Schuldenstand			-1,731 (1,601)
Kreisfreie Stadt (Dummy)			5,040 (4,152)
Konstante	-1,536 (1,437)	18,793*** (6,319)	14,887 (14,980)
Anzahl der Beobachtungen	395	395	395
Pseudo R ²	0,210	0,369	0,626
Chi ² -Statistik	2,092	59,30***	293,56***
Standardfehler (auf Kreisebene geclustert) werden in den Klammern dargestellt. Sternchen indizieren die folgenden statistischen Signifikanzniveaus: * p<0,10; ** p<0,05; *** p<0,01.			

Quellen: IT.NRW (2015), Darstellung des ifo Instituts.

die Wahrscheinlichkeit einer Hebesatzsenkung wiederum größer.

Im Ergebnis zeigt sich, dass die Entfernung zu Monheim auch bei Berücksichtigung sozio-ökonomischer Kontrollvariablen einen Teil der Hebesatzentwicklung erklären kann. Allerdings muss in dieser Hinsicht eingeschränkt werden, dass die Zahl von Gemeinden mit Hebesatzsenkungen sehr niedrig ist. Um eine höhere statistische Güte der Schätzung zu erreichen, wird deshalb in einem nächsten Schritt die Analyse modifiziert: Auch den Gemeinden, in denen die Hebesätze nicht erhöht wurden, wird nun der Wert eins zugewiesen. Diese Spezifikation wird im folgenden Robustheitsspezifikation genannt. Dadurch erhöht sich die Anzahl der relevanten Gemeinden auf rund 6,5% der Stichprobe. Die Ergebnisse ändern sich durch die Modifikation der erklärten Variable hingegen kaum. Der Koeffizient für die Entfernung zu Monheim ist mit $-0,016$ zwar quantitativ kleiner, jedoch immer noch zum 1%-Niveau statistisch signifikant. Auch die Koeffizienten der Kontrollvariablen behalten ihre Vorzeichen und statistische Signifikanz.

Das zentrale Ergebnis beider Vorgehensweisen (in der vollständigen Spezifikation) ist in Abbildung 5 noch einmal zusammengefasst. Die Abbildung zeigt die unerklärte Variation in der Hebesatzentwicklung von Modell (3) in Tabelle 2 unter Herausnahme der Entfernung zu Monheim. Diese unerklärte Variation, die bereits um sozio-ökonomische Einflüsse bereinigt ist, wird gegen die Entfernung zu Monheim abgetragen. Der Anstieg der Trendgeraden entspricht dem in Tabelle 2 ausgewiesenen Koeffizienten für die Entfernung zu Monheim. Beide Punktwolken zeigen ein ähnliches Streuungsmuster, wenn auch die Punktwolke der Robustheitsspezifikation in einem deutlich engeren Band liegt. Der Anstieg der grünen Trendgerade für die Robustheitsspezifikation ist flacher, beide Anstiege sind jedoch negativ. Das bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit einer Hebesatzsenkung (bzw. Nicht-Erhöhung) mit der Entfernung zu Monheim sinkt.

Die Hebesätze steigen in der Nähe zu Monheims auch weniger stark

Wie gezeigt, ist die Zahl der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, die ihren Hebesatz nach 2011 reduziert oder zumindest nicht erhöht haben, außerordentlich gering. Ein weiterer Wirkungskanal eines von Monheim ausgelösten Wettbewerbsdrucks könnte jedoch auch dazu führen, dass Gemeinden ihre Hebesätze *nicht so stark* anheben, wie es weiter entfernte Gemeinden tun. Abbildung 6 zeigt die langfristige, jahresdurchschnittliche Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze und Bemessungsgrundlage für die Perioden vor und nach 2011. Die

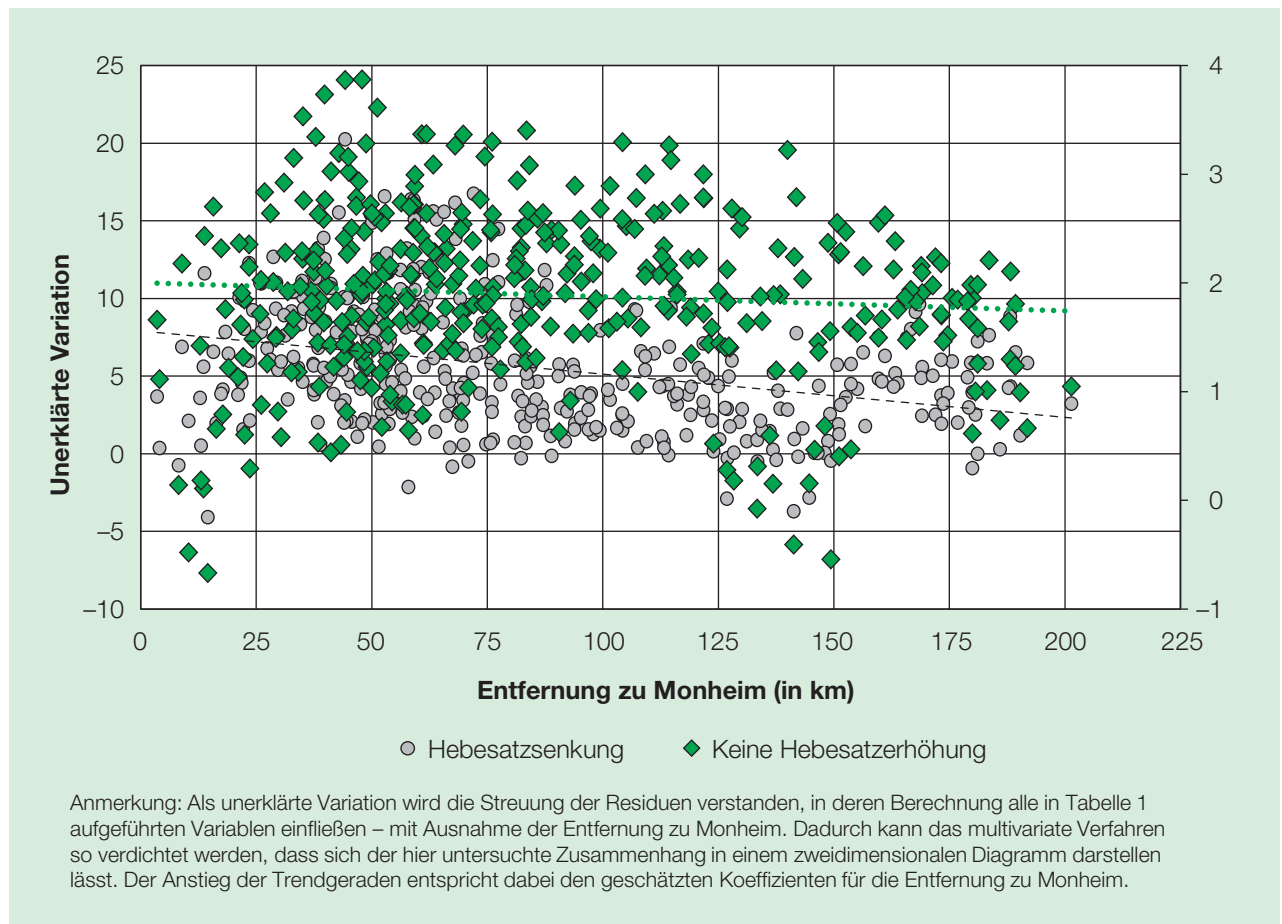
Kommunen sind hierbei nach ihrem Abstand zu Monheim gruppiert; dargestellt wird der jeweilige Gruppenmittelwert. Liegt der dunkelgrüne Balken unterhalb des Niveaus des hellgrünen, zeigt dies, dass Hebesatz bzw. Bemessungsgrundlagen im Zeitraum von 2011 bis 2014 langsamer gewachsen ist als im vorangegangenen langfristigen Durchschnitt. Abbildung 6 zeigt, dass sowohl die Hebesätze als auch die Bemessungsgrundlage, in der direkten Nachbarschaft Monheims (bis 12,5 km) ab 2011 deutlich schwächer wuchsen als im langfristigen Trend bis 2010. Für weiter entfernte Gemeinden (ab 25 km Abstand) lässt sich dieser Effekt hingegen nicht mehr beobachten. Die graphische Analyse liefert somit gewisse Hinweise darauf, dass die Nähe zu Monheim zu unterdurchschnittlichen Anhebungen in den Hebesätzen der Gemeinden geführt haben könnte.

Im Folgenden soll die Abhängigkeit der Wahrscheinlichkeit einer Hebesatzerhöhung von der Entfernung zu Monheim nochmals näher untersucht werden. Hierbei wird erneut auf eine logistische Regressionsanalyse zurückgegriffen. Analog zur bereits beschriebenen Methodik wird eine Dummy-Variable konstruiert, die den Wert eins annimmt, wenn der durchschnittliche Hebesatz der Gemeinde in der Periode zwischen 2011 und 2014 höher ist als zwischen 2000 und 2010, andernfalls ist die Variable null. Diese Variable wird nun ebenfalls mit den im vorangegangenen Abschnitt diskutierten Variablen durch ein logistisches Regressionsmodell erklärt. Es werden wieder drei verschiedene Modelle geschätzt: Nur die Entfernung zu Monheim als abhängige Variable (Spalte 1), zusätzliche Informationen zum Hebesatz in der jeweiligen Gemeinde (Spalte 2) sowie die Gesamtzahl aller diskutierten Strukturindikatoren (Spalte 3).

Die Ergebnisse der Schätzung sind in Tabelle 3 dargestellt. Wie bei der Analyse der Hebesatzsenkungen liefern alle drei Modelle vergleichbare Ergebnisse. Der Einfluss der Entfernung zu Monheim ist in allen Spezifikationen zum 1%-Niveau signifikant. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit einer Hebesatzerhöhung mit zunehmender Entfernung zu Monheim steigt; oder: Je näher eine Gemeinde zu Monheim liegt, desto unwahrscheinlicher ist eine Erhöhung der Hebesätze. Analog zu den oben diskutierten Ergebnissen weisen die Kontrollvariablen die erwarteten Vorzeichen auf. Eine höherer Schuldenstand und ein höherer bereits realisierter Hebesatz erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Hebesatzerhöhung. Demgegenüber senkt die wirtschaftliche Stärke (indiziert durch ein höheres BIP) die Wahrscheinlichkeit einer Hebesatzerhöhung.

Auch bei diesen Ergebnissen muss allerdings eingeschränkt werden, dass die Zahl der Beobachtungen mit Hebesatzerhöhungen so hoch ist, dass die entsprechende Kontrollgruppe äußerst klein ausfällt (sie repräsentiert

Abbildung 5: Graphische Ergebnisse der Logit-Analyse (Abhängige Variable: Hebesatzsenkung)



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

weniger als 2% der Stichprobe). Deshalb wird auch in dieser Analyse eine Robustheitsspezifikation geschätzt. Dazu wird die erklärte Variable so modifiziert, dass sie nur für substantielle Hebesatzerhöhungen den Wert eins annimmt. Diese werden definiert als die 75% aller Gemeinden mit dem höchsten Hebesatzanstieg. Die verbleibenden 25% aller Gemeinden, die geringere Hebesatzerhöhungen aufweisen, werden der Kontrollgruppe zugeordnet. Die Ergebnisse bleiben jedoch auch bei dieser Modifikation der erklärten Variable robust. Der Koeffizient für die Entfernung zu Monheim wird quantitativ kleiner, bleibt jedoch weiterhin zum 1%-Niveau statistisch signifikant. Auch die Koeffizienten der Kontrollvariablen behalten ihre Vorzeichen und statistische Signifikanz.

Die zentralen Ergebnisse beider Schätzungen zur Hebesatzerhöhung (in der vollständigen Spezifikation, Modell 3) sind analog zu Abbildung 5 in Abbildung 7 dargestellt. Erneut weisen die Punktwolken der unerklärten Variation (die bereits um sozio-ökonomische Einflüsse bereinigt ist) und der Entfernung zu Monheim ähnliche Streuungsmuster auf, wenngleich die Streuung

in der Robustheitsspezifikation etwas geringer ausfällt. Die Trendgerade der Robustheitsspezifikation fällt flacher aus, was den niedrigeren Koeffizienten für die Entfernung zu Monheim widerspiegelt. Beide Geraden haben jedoch einen signifikant positiven Anstieg. Dies bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit einer Hebesatzerhöhung mit zunehmender Entfernung zu Monheim ansteigt.

Fazit

Die öffentliche Debatte von Peer Steinbrück und dem Monheimer Bürgermeister Daniel Zimmermann hat die Hebesatzpolitik der Stadt Monheim in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Während ersterer in Monheim eine Steueroase inmitten des Herzens Nordrhein-Westfalens sieht, die einen ruinösen Steuerwettbewerb auslösen könnte, beansprucht letzterer für sich, dass die Strategie Monheims vor allem ausländische Unternehmen attrahiert hat und sieht keine Auswirkungen auf die Einnahmen der anderen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen.

Abbildung 6: Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze und -bemessungsgrundlage in Nordrhein-Westfalen nach dem Abstand zu Monheim, 1980–2010 und 2011–2014



Quellen: IT.NRW (2015), Darstellung des ifo Instituts.

Tabelle 3: Regressionsergebnisse der Logit-Analyse (Abhängige Variable: Hebesatzerhöhung)

Variable	(1)	(2)	(3)
Entfernung zu Monheim	0,059*** (0,023)	0,058*** (0,017)	0,036*** (0,007)
Hebesatz		0,028** (0,013)	0,040* (0,021)
Hebesatz über 380 % (Dummy)		0,252 (1,625)	-0,556 (1,905)
Bruttoinlandsprodukt			-0,092* (0,051)
Pendler			0,630 (4,544)
Arbeitslosenquote			-0,325 (0,204)
Schuldenstand			0,9371*** (0,258)
Kreisfreie Stadt (Dummy)			-3,491 (2,135)
Konstante	1,087 (0,795)	-11,260*** (4,259)	-7,913 (9,509)
Anzahl der Beobachtungen	395	395	395
Pseudo R ²	0,212	0,282	0,442
Chi ² -Statistik	6,39**	67,61***	141,43***

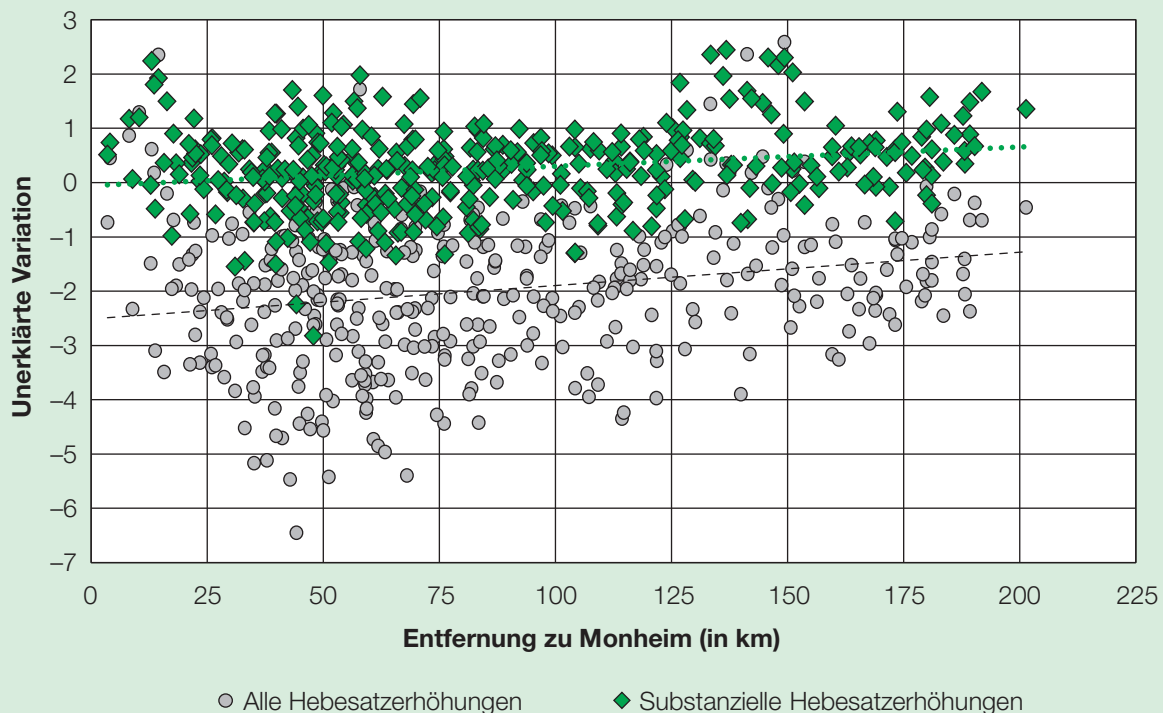
Standardfehler (auf Kreisebene geclustert) werden in den Klammern dargestellt. Sternchen indizieren die folgenden statistischen Signifikanzniveaus: * $p < 0,10$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$.

Quellen: IT.NRW (2015), Darstellung des ifo Instituts.

Die im Rahmen dieser Arbeit vorgelegten Ergebnisse einer ersten empirischen Analyse liefern jedoch Hinweise, dass die extreme Hebesatzpolitik der Stadt Monheim am Rhein möglicherweise doch einen Einfluss auf die Hebesatzpolitik der anderen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen gehabt haben könnte. Um diese Schlussfolgerung zu verifizieren, bedarf es jedoch weiterführender Analysen, die in weiteren Arbeiten erfolgen sollen. Aufbauende Untersuchungen müssten zunächst berücksichtigen, dass die vorliegende Betrachtung von Durchschnittswerten

keine Berücksichtigung zeitdynamischer Effekte erlaubt. Dafür wäre die Analyse eines Paneldatensatzes notwendig. Zweitens ist zu zeigen, dass die Entfernung zur Stadt Monheim nicht mit anderen, gewerbesteuerrelevanten Größen koinzidiert. In diesem Zusammenhang ist hier die Nähe Monheims zu den beiden großen Städten Köln und Düsseldorf zu diskutieren. Drittens konnten in den einfachen Spezifikationen, die in diesem Beitrag gewählt wurden, die relevanten Transmissionskanäle eines Steuerwettbewerbs nicht vollständig berücksichtigt werden.

Abbildung 7: Graphische Ergebnisse der Logit-Analyse (Abhängige Variable: Hebesatzerhöhung)



Anmerkung: Als unerklärte Variation wird die Streuung der Residuen verstanden, in deren Berechnung alle in Tabelle 1 aufgeführten Variablen einfließen – mit Ausnahme der Entfernung zu Monheim. Dadurch kann das multivariate Verfahren so verdichtet werden, dass sich der hier untersuchte Zusammenhang in einem zweidimensionalen Diagramm darstellen lässt. Der Anstieg der Trendgeraden entspricht dabei den geschätzten Koeffizienten für die Entfernung zu Monheim.

Quellen: IT.NRW (2015), Darstellung des ifo Instituts.

Dies gilt insbesondere für regionale Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen den Gemeinden sowie beobachtbare Spezifika der Gemeinden. Dazu bedarf es jedoch alternativer Vorgehensweisen, beispielsweise der Berücksichtigung regionaler Spillover in den Schätzgleichungen (*spatial lags*).

Referenzen

- BECKER, S. O., EGGER, P. H. und V. MELO (2012): How low business tax rates attract MNE activity: Municipality-level Evidence from Germany, *Journal of Public Economics* 96, S. 698–711.
- BUCOVETSKY, S. (1991): Asymmetric Tax Competition, *Journal of Urban Economics* 30, S. 67–181.
- BÜTTNER, T., SCHEFFLER, W. und A. VON SCHWERIN (2014): Die Hebesatzpolitik bei der Gewerbesteuer nach den Unternehmenssteuerreformen, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15, S. 355–366.
- CROCOLL, S. (2013): Schuldenfrei im Speckgürtel, *Süddeutsche Zeitung online* vom 10. 08. 2013, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/nordrhein-westfalens-steuerparadiese-schuldenfrei-im-speckguertel-1.1743491>, abgerufen am 20. 07. 2015.
- KENNEDY, P. (2008): *A Guide to Econometrics*, 6. Aufl., Blackwell Publishing, Oxford.
- NRW BANK (Hrsg.) (2015): Das Wunder von Monheim, Online-Interview, http://www.nrwbank.de/de/themen/kommunen/0399_Kommune_Monheim.html, abgerufen am 01. 07. 2015.
- MEISEL, S. und C. SCHMIDT (2013): Steinbrück: „Monheim ist Steueroase“, *Rheinische Post Online* vom 13.09.2013, <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/langenfeld/steinbrueck-monheim-i>, abgerufen am 01.07. 2015.
- MÜLLENDER, B. (2015): Die Cayman-Inseln am Rhein, *TAZ online* vom 16. 05. 2015, <http://www.taz.de/!5008337/>, abgerufen am 20. 07. 2015.
- SCHILLMÖLLER, J.-C. und D. GEBHARDT (2014): Die Macht am Rhein, *Deutschlandfunk* vom 19.12.2014, Köln.

- SCHMITT, S. (2013): Monheim und der Fluch des Erfolges, WDR online vom 22.08.2013, <http://www1.wdr.de/themen/archiv/monheim100.html>, abgerufen am 20.07.2015.
- SINN, H.-W. (1994): How Much Europe? Subsidiarity, Centralization and Fiscal Competition, *Scottish Journal of Political Economy* 41, S. 85–107.
- STAUBER-KLEIN, B. (2014): Traumergebnis von 95 Prozent für Bürgermeister Zimmermann in Monheim, NRZ online vom 25.05.2014, <http://www.derwesten.de/nrz/staedte/duesseldorf/95-prozent-fuer-jungbuergermeister-zimmermann-id9390531.html>, abgerufen am 20.07.2015.
- WILSON, J. D. (1991): Tax Competition with Interegional Differences in Factor Endowments, *Regional Science and Urban Economics* 21, S. 423–452.
- WILSON, J. D. (1999): Theories of Tax Competition, *National Tax Journal* 52, S. 269–304.
- ZODROW, G. R. und P. MIESZKOWSKI (1986): Pigou, Tiebout, Property Taxation, and the Underprovision of Local Public Goods, *Journal of Urban Economics* 19, S. 256–370.
- IT.NRW (Hrsg.) (2015): [diverse Datensätze], Landesdatenbank NRW, Düsseldorf.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015): [diverse Datensätze], Genesis Online-Datenbank, Wiesbaden.

¹ Für einen umfassenden Überblick über die klassischen Modelle der Steuerwettbewerbsliteratur siehe beispielsweise WILSON (1999).

² Ein solches Intervall abstrahiert von extremen Ausreißern.

³ Hierbei werden die durchschnittlichen Hebesätze der Jahre 2000 bis 2010 mit dem Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2014 verglichen. Liegt der Durchschnitt bis 2010 oberhalb des Durchschnitts nach 2010, wird eine Hebesatzsenkung kodiert.

⁴ Da auf Gemeindeebene keine Arbeitslosenquote i. e. S. ausgewiesen wird, wurde diese mit dem Anteil der Arbeitslosen an den 20- bis 65-Jährigen approximiert.

⁵ Für eine intuitive Einführung in die Methodik siehe KENNEDY (2008).

Zuviel Konsum auf Pump? Überschuldung im regionalen Vergleich

Carolin Fritzsche und Michael Weber*

Die Ver- und Überschuldung der privaten Haushalte nimmt seit der Finanz- und Wirtschaftskrise bundesweit zu. Angesichts der geringeren Einkommen und Vermögen sowie der tendenziell höheren Arbeitslosenquoten könnte sich für Ostdeutschland hieraus eine im Bundesvergleich besondere Gefährdungslage ergeben. Jüngste Daten zu den Überschuldetenquoten und den Hauptauslösern der Überschuldung bestätigen diese Befürchtung jedoch nicht. Der private Konsum bleibt damit eine wesentliche Stütze des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs nicht nur in Deutschland insgesamt, sondern auch in Ostdeutschland und Sachsen [vgl. NIERHAUS (2015), LEHMANN et al. (2015)].

Der „Trend zur Konsumverschuldung“ [CREDITREFORM (2014, S. 8)] wird von der gegenwärtigen Zinsentwicklung begünstigt, die das Sparen unattraktiver und einen kreditfinanzierten Konsum attraktiver macht. In einer aktuellen Umfrage der GESELLSCHAFT FÜR KONSUMFORSCHUNG (2014) gaben 43 % der Befragten an, ihren Konsum teilweise fremdzufinanzieren, z. B. über Ratenkredite; im Jahr 2009 waren es 38 %.¹ Kredite und Verschuldung ermöglichen es, zukünftiges Einkommen bereits in der Gegenwart zu konsumieren und dadurch unabhängig vom Einkommensprofil das Konsumprofil über die Lebenszeit zu glätten. Solange die Verschuldung nicht in massenhafte Überschuldung umschlägt, kann kreditfinanzierter Konsum durchaus die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stützen [vgl. z. B. DUTT (2006)]. Überschuldung tritt dann auf, wenn Einkommen und Vermögen eines Haushalts, ggf. selbst unter Reduzierung des Lebensstandards, nicht ausreichen, um allen fälligen Zahlungsverpflichtungen (Kreditraten, Miete, Telekommunikationsverträge etc.) fristgerecht oder in absehbarer Zeit nachzukommen [vgl. BMAS (2008)].²

Bundesweit wurden in den letzten Jahren jährlich etwa 2,5 % der laufenden Ratenkredite nicht vertragsgemäß bedient [SCHUFA (2015)]. Angesichts der steigenden Zahl von Ratenkrediten impliziert dies eine seit der Finanz- und Wirtschaftskrise steigende Zahl der Überschuldeten in Deutschland.³ Setzt man die Zahl der überschuldeten Personen ins Verhältnis zur Bevölkerung im Alter von mindestens 18 Jahren, erhält man die Überschuldetenquote.⁴ Diese nimmt seit der Finanz- und Wirtschaftskrise bundesweit ebenfalls zu [vgl. CREDITREFORM (2014)]. In den ostdeutschen Flächenländern ist die Entwicklung sogar noch etwas stärker ausgeprägt. Im Jahr 2014 betrug die Überschuldetenquote bundes-

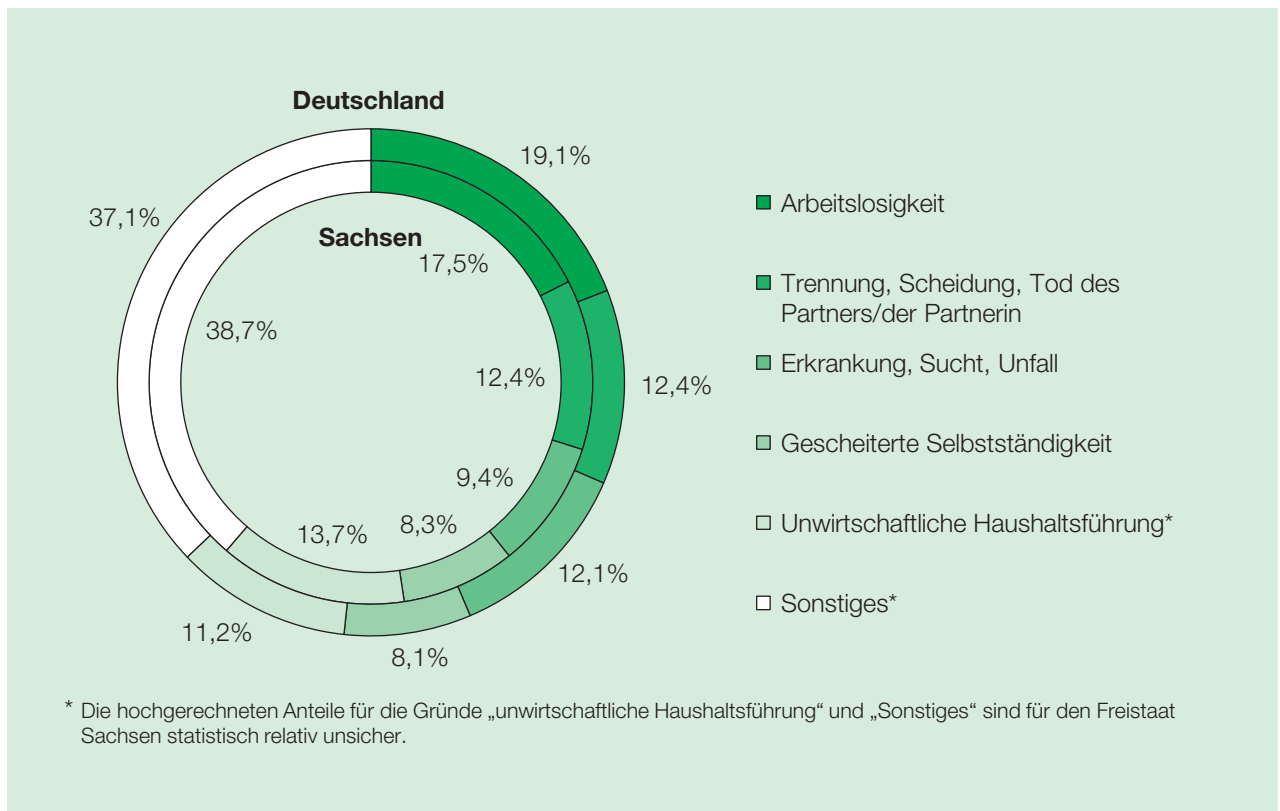
weit 9,9 %. In den ostdeutschen Flächenländern (10,2 %) lag sie über, in Sachsen (9,3 %) dagegen unter dem Bundesdurchschnitt. Der Freistaat rangiert im Bundesländer-Ranking der geringsten Überschuldetenquote aktuell hinter Bayern, Baden-Württemberg und dem ostdeutschen Spitzenreiter Thüringen auf Platz 4.

Häufig wird Überschuldung durch einen unerwarteten Rückgang des Haushaltseinkommens ausgelöst (vgl. Abb. 1). Dies bestätigen jüngste Hochrechnungen des STATISTISCHEN BUNDESAMTS (2015b, c) basierend auf einer Stichprobe von Beratungsfällen in den Schuldnerberatungsstellen im Jahr 2014. Dank einer Ausweitung der Stichprobe ist erstmals auch eine gesonderte Auswertung für den Freistaat Sachsen möglich. Demnach gilt in 17,5 % aller sächsischen Beratungsfälle Arbeitslosigkeit als Hauptauslöser der Überschuldung. Etwa jeder achte Überschuldungsfall in Sachsen wird durch den Verlust des Partners bzw. der Partnerin durch Trennung, Scheidung oder Tod ausgelöst, knapp jeder zehnte durch medizinische Ursachen wie Erkrankung, Sucht oder Unfall. Etwa 8 % aller Überschuldungsfälle im Freistaat werden auf eine gescheiterte Selbstständigkeit zurückgeführt. Neben diesen Faktoren, die das Haushaltseinkommen mehr oder minder unerwartet senken, steht die unwirtschaftliche Haushaltsführung, die in 13,7 % der sächsischen Beratungsfälle als Hauptursache angesehen wird [dieser Hochrechnungswert ist jedoch „statistisch relativ unsicher“, STATISTISCHES BUNDESAMT (2015c)]. Demnach ist knapp jeder siebte Schuldnerberatungsfall in Sachsen darauf zurückzuführen, dass die betroffenen Personen ihren Konsum nicht an die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse anpassen, z. B. weil sie regelmäßig wiederkehrende Folgekosten, etwa von Dauerschuldverträgen und von unnötigen Versicherungen, bei Vertragsabschluss nicht beachten [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2015b)].

Sachsen unterscheidet sich mit Blick auf die Hauptauslöser der Überschuldung nicht wesentlich vom bundesdeutschen Durchschnitt. Arbeitslosigkeit und medizinische Faktoren spielen im Freistaat eine etwas geringere, die unwirtschaftliche Haushaltsführung eine etwas größere Rolle. Bundesweit ist der Anteil der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren infolge des gesamtwirtschaftlichen

* Carolin Fritzsche und Michael Weber sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Hauptauslöser der Überschuldung, Deutschland und Sachsen, 2014



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015b,c), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Aufschwungs gesunken, während medizinische Ursachen sowie die unwirtschaftliche Haushaltsführung zunehmend eine Rolle zu spielen scheinen [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2015a)].

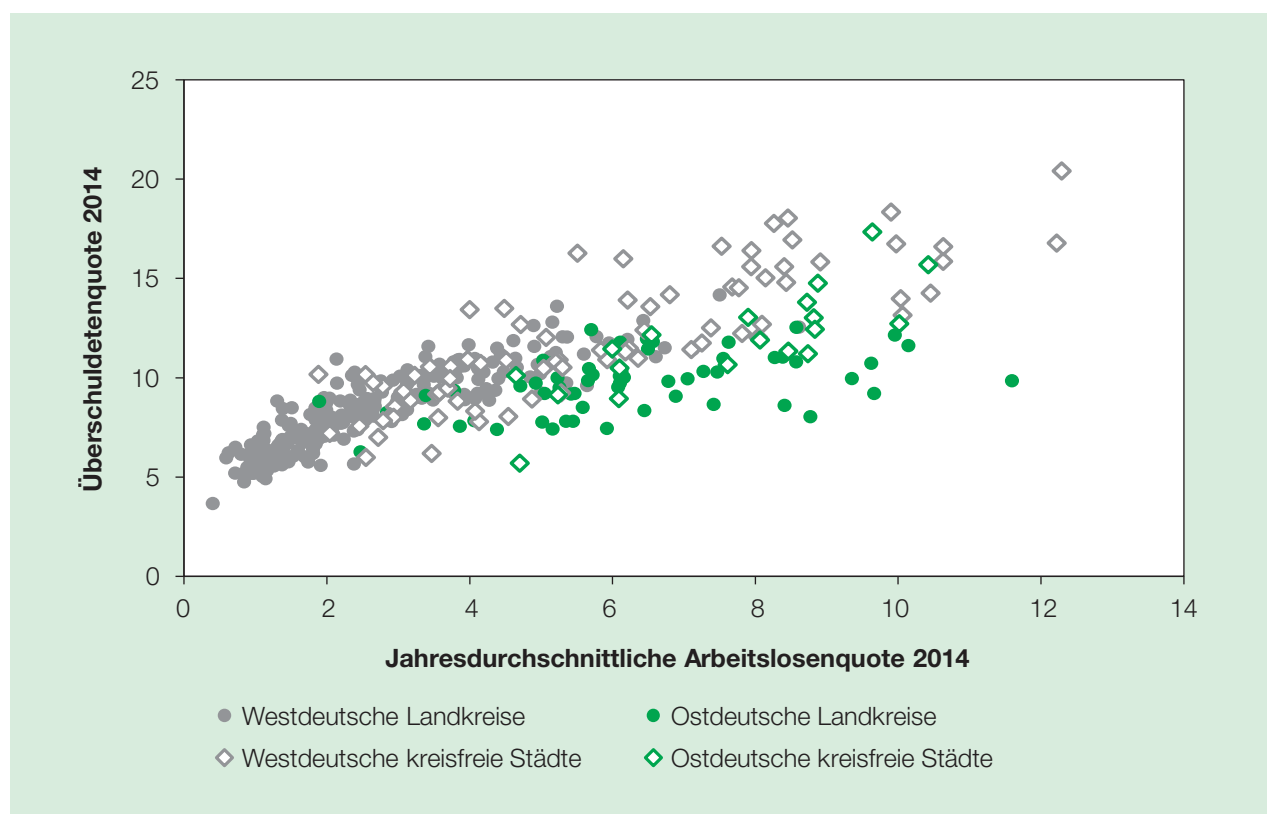
Die immer noch hohe Bedeutung der Arbeitslosigkeit für Überschuldung schlägt sich auch in der regionalen Verteilung der Überschuldetenquoten auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte nieder (vgl. Abb. 2).⁵ Dabei ist der Zusammenhang in Westdeutschland mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,82 deutlich stärker als in Ostdeutschland (mit Berlin) mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,62. Auch sind kreisfreie Städte tendenziell stärker von Überschuldung betroffen als Landkreise, wobei das Ruhrgebiet insgesamt von relativ hohen Überschuldetenquoten gekennzeichnet ist.

Ein sehr ähnliches Bild ergibt sich, wenn man anstelle der Arbeitslosenquote die Quote der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten⁶ betrachtet. WEBER (2015) bündelt mittels einer Clusteranalyse Kreise, die sich hinsichtlich der Quoten der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einzelnen Bevölkerungsgruppen ähneln. Stellt man diese Cluster den Überschuldetenquoten gegenüber, ergibt sich ein Spearman-Rangkorrelationskoeffizient von 0,78 für Deutschland insgesamt [Westdeutschland: 0,87; Ostdeutschland (mit Berlin): 0,60].

Lang anhaltender Leistungsbezug und Beschäftigung mit geringen Arbeitseinkommen können – spätestens zum Renteneintritt – zu Einkommensarmut führen, die ihrerseits Überschuldung verursachen kann. Im IFF-Überschuldungsreport (2014) werden die in Abbildung 1 genannten fünf Hauptauslöser daher um den Faktor Einkommensarmut ergänzt. Laut dem Report ist im Jahr 2013 Einkommensarmut bei bundesweit jedem fünften Ratsuchenden im Rentenalter als Hauptursache der Überschuldung diagnostiziert worden. In der regionalen Verteilung der Überschuldetenquoten spiegelt sich diese Problemlage jedoch (noch) nicht wider. Das IW KÖLN (2014) hat für das Jahr 2012 den Anteil der Personen berechnet, die von (kaufkraftbereinigter) Einkommensarmut betroffen sind. Stellt man diese Zahlen der Überschuldetenquote des Jahres 2012 gegenüber, ergibt sich ein Korrelationskoeffizient von lediglich 0,63 in West- und nur 0,39 in Ostdeutschland (mit Berlin).

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Überschuldung in Ostdeutschland im Vergleich zum Bundesdurchschnitt tendenziell weniger stark durch strukturelle und exogene Faktoren und geringfügig stärker durch individuelle Verhaltensweisen determiniert ist. Offen bleiben muss an dieser Stelle, ob sich hier eine konjunkturunabhängige Sockelverschuldung manifestiert, die insbesondere von

Abbildung 2: Überschuldetenquoten und Arbeitslosenquoten auf Kreisebene, 2014



Quellen: Creditreform (2014), Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2013, 2014, 2015); Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

vorgelebten Verhaltensweisen geprägt wird. Die CREDITREFORM (2014) schätzt, dass hiervon bundesweit mindestens eine Million Personen betroffen sind. Angesichts der unterdurchschnittlichen Überschuldetenquoten in Sachsen und Thüringen sowie den geringen Unterschieden gegenüber Deutschland insgesamt mit Blick auf die Hauptauslöser der Überschuldung ist eine besondere Gefährdungslage Ostdeutschlands und insbesondere Sachsens durch Überschuldung derzeit jedoch nicht zu erkennen.

Literatur

- BMAS – BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (Hrsg.) (2008): 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.
- CREDITREFORM (Hrsg.) (2014): SchuldnerAtlas Deutschland 2014.
- DUTT, A. K. (2006): Maturity, Stagnation and Consumer Debt: A Steindlian approach, *Metroeconomica* 57(3), S. 339–364.
- GESELLSCHAFT FÜR KONSUMFORSCHUNG (Hrsg.) (2014): Marktstudie 2014 – Konsum- und Kfz-Finanzierung.
- IW KÖLN – INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT KÖLN (HRSG.) (2014): Einkommensarmut in Deutschland aus regionaler Sicht, <http://www.iwkoeln.de/wissenschaft/veranstaltungen/beitrag/pressekonferenz-einkommensarmut-in-deutschland-aus-regionaler-sicht-179584>, abgerufen am 23.07.2015.
- IFF – INSTITUT FÜR FINANZDIENSTLEISTUNGEN (Hrsg.) (2014): iff-Überschuldungsreport 2014, Hamburg.
- LEHMANN, R., NAUERTH J. A., RAGNITZ J. und M. WEBER (2015): ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2015/2016: Anhaltende Expansion der ostdeutschen Wirtschaft, ifo Dresden berichtet 4/2015, S. 12–20.
- NIERHAUS, W. (2015): Deutschlandprognose 2015/2016: Im Konjunkturaufschwung, ifo Dresden berichtet 4/2015, S. 3–11.
- SCHUFA (Hrsg.) (2015): SCHUFA Kredit-Kompass 2015 – Empirische Untersuchung der privaten Kreditaufnahme in Deutschland, Mai 2015, Wiesbaden.
- STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2013): Bezugsgrößen zur Berechnung der Arbeitslosenquoten nach Kreisen, Mai 2013, Nürnberg.
- STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2014): Bezugsgrößen zur Berechnung der Arbeitslosenquoten nach Kreisen, Mai 2014, Nürnberg.
- STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2015): Arbeitsmarkt in Zahlen, Bestand an Arbeitslosen insgesamt, Februar 2015, Nürnberg.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015a): Hauptauslöser für die Überschuldung in den Jahren 2008 bis 2014, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/VermoeigenSchulden/Tabellen/ueberschuldung.html>, abgerufen am 20. 07. 2015.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015b): Statistik zur Überschuldung privater Personen 2014, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015c): Überschuldungsstatistik 2014, Sonderauswertung für den Freistaat Sachsen, Wiesbaden.

WEBER, M. (2015): Regionale Strukturunterschiede bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, ifo Dresden berichtet 3/2015, S. 13–19.

¹ Ratenkredite (inkl. Ratenkauf im Kfz-, Einzel- und Versandhandel) sind mit einem Anteil von derzeit knapp 80% die mit Abstand am häufigsten gewählte Finanzierungsform.

² Die CREDITREFORM (2014) und die SCHUFA (2015) nutzen in ihren Berichten teilweise abweichende Definitionen, die durch die Verfügbarkeit der Daten und die Zielstellung der Berichte bedingt sind.

³ Der jüngsten Zunahme der Überschuldungsfälle steht allerdings eine Abnahme der durchschnittlichen Schuldenvolumen je Überschuldetem gegenüber. Für das Jahr 2014 meldet das STATISTISCHE BUNDESAMT (2015b) ein durchschnittliches Schuldenvolumen von etwa 34.000 € je Überschuldetem.

⁴ Die CREDITREFORM (2014) spricht von der Schuldnerquote. Wir verwenden den Begriff Überschuldetenquote, um Verwechslungen mit der Quote der Kreditnehmer zu vermeiden.

⁵ Die folgenden Ergebnisse bleiben quantitativ nahezu unverändert, wenn man anstelle der Überschuldetenquoten der CREDITREFORM (2014) den Preisverschuldungsindex der SCHUFA (2015) als Maß der regionalen Überschuldungsgefährdung verwendet.

⁶ Die Quote der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten setzt die Zahl der Personen, die Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende beziehen, ins Verhältnis zur Bevölkerung im Alter von 18 bis 65 Jahren.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2015¹

Wolfgang Nierhaus*

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Vierteljahr 2015 um 1,3 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum gestiegen, nach 1,5 % im vierten Vierteljahr 2014 (revidiert, vgl. Tab. 1). Mit rund 4 % hat die Produktion im **Produzierenden Gewerbe (ohne Bau)** überdurchschnittlich expandiert. Aber auch die Wertschöpfung im **Baugewerbe**, im Sektor **Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister** sowie im Bereich **Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit** übertraf das Vorjahresergebnis. Die Trend-Konjunktur-Komponenten des preisbereinigten BIP und der preisbereinigten Bruttowertschöpfung sind in nahezu allen Bereichen aufwärtsgerichtet (vgl. Abb. 1).

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

¹ Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. In dieser Ausgabe werden erstmals die Ergebnisse für das erste Vierteljahr 2015 nachgewiesen. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom Arbeitskreis VGR der Länder am 29. April 2015 veröffentlichten Ergebnisse der VGR-Generalrevision 2014 (Übergang vom ESVG 1995 auf das ESVG 2010). Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/2001 bis Q1/2015 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik vgl. W. Nierhaus, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)

Jahr, Vierteljahr	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information u. Kommunikation	Grundstücks- u. Wohnungswesen, Finanz- u. Unternehmensdienstl.	Öffentl. u. sonstige Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit
	Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %								
1 2013	-0,4	-1,1	-0,4	-12,2	1,1	-10,2	0,6	1,5	-1,4
2 2013	0,4	1,8	0,3	-12,9	2,3	-6,0	3,2	0,8	-1,9
3 2013	1,2	1,7	1,2	-11,8	5,0	-1,7	3,4	0,5	-1,9
4 2013	1,1	0,2	1,2	-6,5	2,8	5,3	1,6	0,5	-1,2
1 2014	3,1	3,3	3,1	10,0	6,4	15,9	0,3	1,6	0,7
2 2014	1,5	3,0	1,3	14,7	1,3	10,8	-2,0	0,7	1,3
3 2014	1,8	1,8	1,8	16,8	5,0	2,6	-2,1	1,0	1,6
4 2014	1,5	3,8	1,2	12,7	3,0	1,7	-1,9	0,8	1,4
1 2015	1,3	1,3	1,3	-0,5	4,1	1,0	0,1	0,4	0,5

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

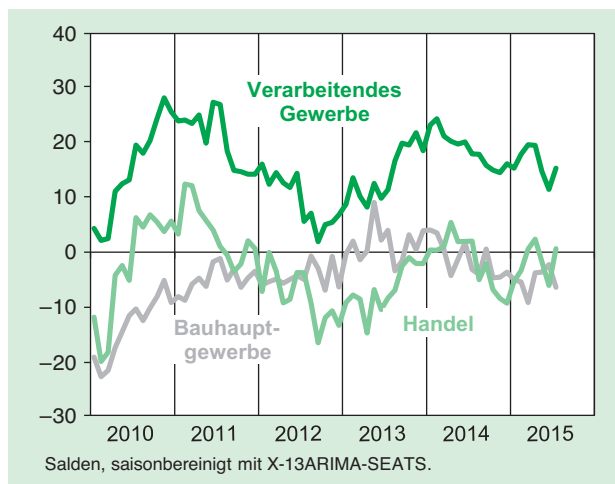
Nach Schwächephase findet die ostdeutsche Wirtschaft zurück auf ihren Wachstumskurs: ifo Geschäftsklima im Juli 2015

Robert Lehmann*

ifo Konjunkturtest in Ostdeutschland

Nach den Rückgängen in den vergangenen zwei Monaten steigt der ifo Geschäftsklimaindex für die ostdeutschen Bundesländer im Juli um 1,6 Punkte auf einen Indexwert von 107,4 (vgl. Abb. 1). Die ostdeutschen Befragungsteilnehmer stufen ihre momentane Geschäftssituation spürbar besser ein. Zudem hat der Pessimismus über den zukünftigen Geschäftsverlauf nachgelassen. Nach der grundsätzlichen Einigung in der Griechenlandfrage dürften die gesamtwirtschaftlichen Auftriebskräfte wieder die Oberhand gewinnen.

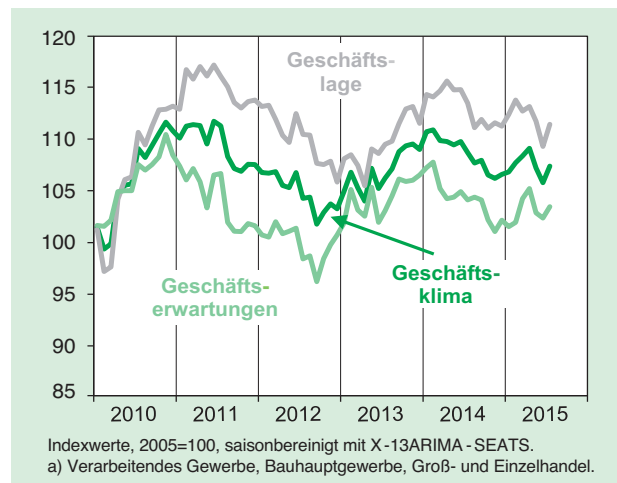
Abbildung 2: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der Gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Nachdem die Konjunkturuhr für die ostdeutsche Industrie in der jüngsten Vergangenheit deutlich in Richtung „Abschwung“ wanderte, bewegt sich diese im Juli nach rechts oben und verstetigt damit ihre Lage im Quadranten „Boom“ (vgl. Abb. 3). Besonders mit Blick auf die nahe Zukunft haben sich die Vorzeichen für die ostdeutsche Industrie erheblich verbessert.

Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die Gewerbliche Wirtschaft^a Ostdeutschlands

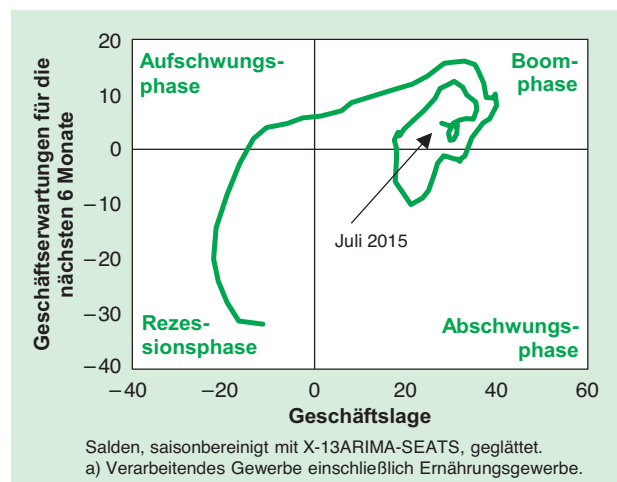


Indexwerte, 2005=100, saisonbereinigt mit X-13ARIMA-SEATS.
a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

Mit Ausnahme des ostdeutschen Bauhauptgewerbes hat sich das Geschäftsklima in allen Bereichen der Gewerblichen Wirtschaft verbessert (vgl. Abb. 2). Besonders kräftig fällt die Aufhellung im Groß- und Einzelhandel aus. Aber auch in der konjunkturell wichtigen Industrie ist der Klimaindikator spürbar gestiegen.

Abbildung 3: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Ostdeutschlands



Salden, saisonbereinigt mit X-13ARIMA-SEATS, geglättet.
a) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Ernährungsgewerbe.

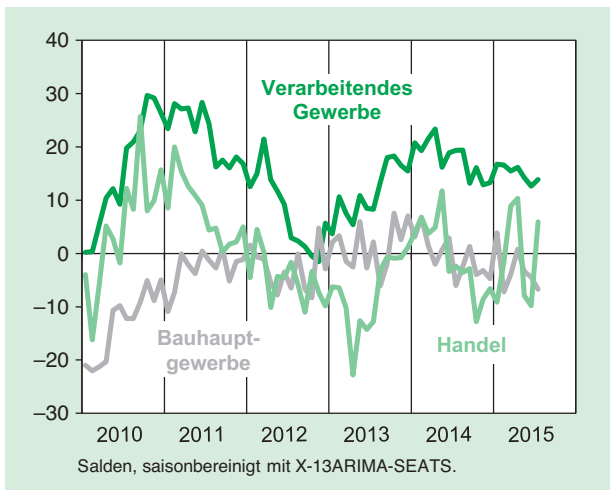
Quelle: ifo Konjunkturtest.

* Robert Lehmann ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

ifo Konjunkturtest in Sachsen

Für den Freistaat Sachsen fällt der Anstieg des Klimaindixators mit 2,6 Punkten merklich stärker aus als für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt. Der Index befindet sich im Juli auf einem Wert von 107,9 (vgl. Abb. 4). Ursächlich für diese signifikante Verbesserung ist die Lageeinschätzung der sächsischen Befragungsteilnehmer. Seit August 2014 waren sie mit dieser nicht mehr so zufrieden wie im aktuellen Befragungsmonat. Aber auch die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate werden nicht mehr so ungünstig eingestuft wie zuletzt. Die Wirtschaft in Sachsen findet mit großen Schritten auf ihren Wachstumskurs zurück.

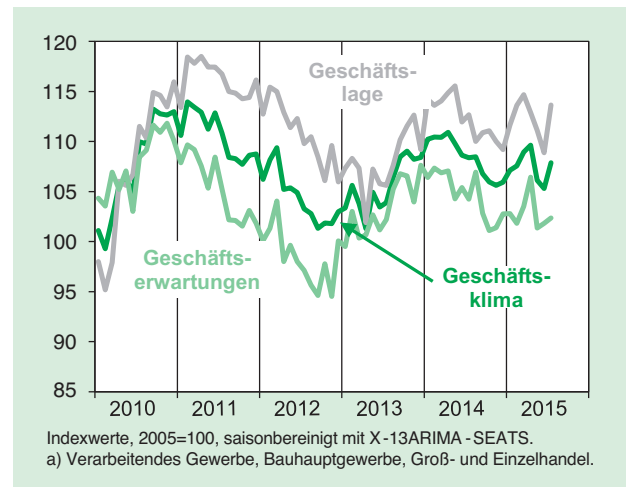
Abbildung 5: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der Gewerblichen Wirtschaft Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die ifo Konjunkturuhr für die sächsische Industrie verharrt auch im Juli im Quadranten „Boom“ (vgl. Abb. 6). Zwar hat die Zufriedenheit über die aktuellen Geschäfte etwas zugenommen. Jedoch erwarten die sächsischen Industriefirmen nicht mehr so günstige Geschäfte wie im Vormonat. Dennoch ist der Aufschwung in Sachsen weiterhin intakt.

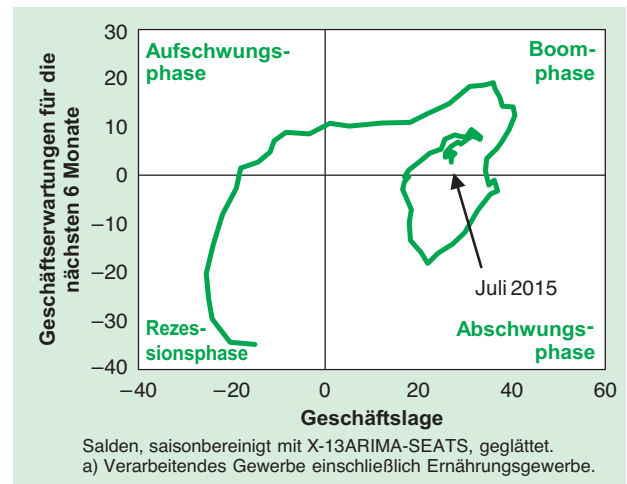
Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die Gewerbliche Wirtschaft^a Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

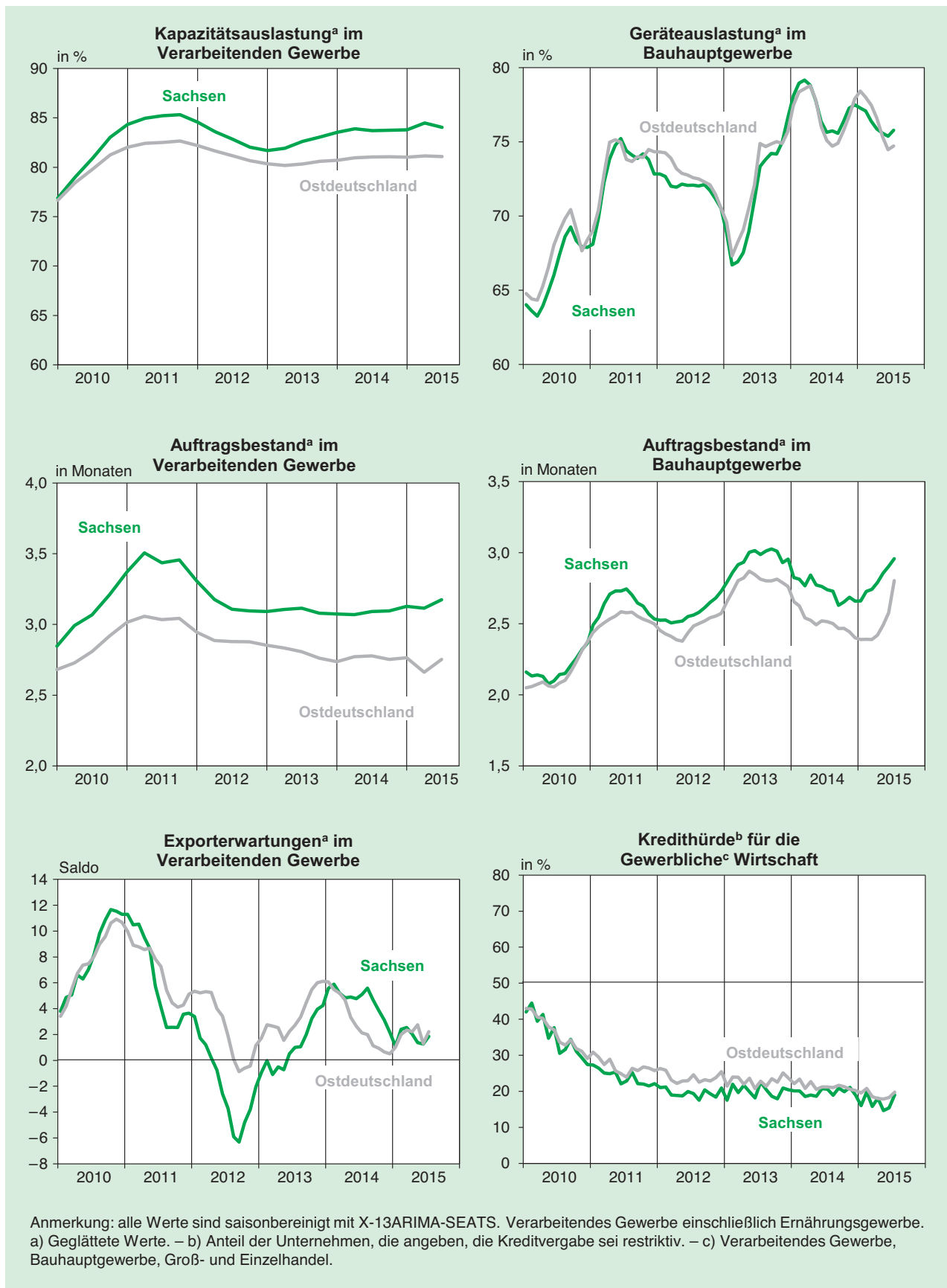
Wie der Handel bereits die vergangenen Rückgänge verursachte, so ist dieser Wirtschaftsbereich maßgeblich für die jüngste Verbesserung des sächsischen Klimaindixators verantwortlich (vgl. Abb. 5). Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe ist ein Anstieg des Geschäftsklimaindex beobachtbar. Analog zu Ostdeutschland hat sich die Stimmung im sächsischen Bauhauptgewerbe im Juli eingetrübt.

Abbildung 6: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 7: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Sommerflaute am Arbeitsmarkt

Michael Weber*

Zur Mitte des Jahres 2015 hat sich die Dynamik am sächsischen und am ostdeutschen Arbeitsmarkt abgeschwächt. Sowohl die Beschäftigung als auch die Arbeitslosenquote stagnierten saisonbereinigt auf ihren Frühjahrsniveaus. Auch für die kommenden Monate deuten die Frühindikatoren auf eine eher gedämpfte Dynamik am sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt hin.

Nach monatelangem Aufwärtstrend stagnierte die **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** im Freistaat Sachsen und in Ostdeutschland (mit Berlin) saisonbereinigt im April und im Mai. Nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT waren im Mai saisonbereinigt 1,523 Mill. Personen in Sachsen und etwa 5,731 Mill. Personen in Ostdeutschland (mit Berlin) sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Nicht saisonbereinigt stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Mai gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,0 % in Sachsen und um 1,2 % in Ostdeutschland (mit Berlin). Besonders kräftig expandierte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Vorjahresvergleich in der Arbeitnehmerüberlassung sowie im Gastgewerbe. Deutliche Rückgänge gegenüber dem Vorjahresmonat waren insbesondere in der öffentlichen Verwaltung und im Bereich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung zu verzeichnen. Mangels aussagekräftiger Daten muss an dieser Stelle offen bleiben, welchen Einfluss die Rente für besonders langjährig Versicherte („Rente mit 63“) sowie die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns auf die beobachtete Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hatten. Aber es ist vorstellbar, dass etwa in der öffentlichen Verwaltung auf Grund der dort üblichen langen, stabilen Beschäftigungsverhältnisse überproportional viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von der „Rente mit 63“ Gebrauch machen konnten, während im Gastgewerbe mindestlohnbedingt ehemals geringfügig entlohnte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt wurden.

Nach einer Wartezeit von sechs Monaten stehen nun erstmals endgültige Daten zur Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigung in Ostdeutschland zum Jahreswechsel zur Verfügung. Demnach sank die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten im Januar 2015 gegenüber Dezember 2014 um knapp 45.000 Personen bzw. 5,0 %. Das Saisonmuster der Jahre 2013 und 2014 hätte einen Rückgang von lediglich 1,5 % erwarten lassen. Die darüber hinaus gehende Abnahme um zusätzliche 3,5 Prozentpunkte ist wahrscheinlich auf die Einführung

des gesetzlichen Mindestlohns zurückzuführen. Seit diesem Sprung zu Jahresbeginn hat sich die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten nach noch vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT auf ihrem neuen Niveau stabilisiert und folgt nun tendenziell wieder demselben saisonbedingten Verlaufsbild, das auch schon in den Jahren 2013 und 2014 zu beobachten war. Damit waren im Mai in Ostdeutschland knapp 845.000 Personen geringfügig beschäftigt; dies sind 5,2 % weniger als im Vorjahresmonat. Von diesen waren knapp 622.000 Personen (–7,3 %) ausschließlich und 223.000 Personen (+1,2 %) im Nebenjob geringfügig beschäftigt.

Der Stagnation der Beschäftigung steht eine Stagnation der saisonbereinigten **Arbeitslosenquote** gegenüber. Nach ihrem langjährigen Abwärtstrend verharrt sie seit April 2015 unverändert bei 8,3 % im Freistaat Sachsen und bei 9,2 % in Ostdeutschland. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen stieg im Juli gegenüber dem Vormonat sogar leicht an, auf 177.000 Personen im Freistaat (+1,2 %) und auf 778.000 Personen in Ostdeutschland (+0,7 %). Der Anstieg fiel im Rechtskreis SGB III (in etwa: Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I) mit 2,0 % (Sachsen) bzw. 1,0 % (Ostdeutschland) stärker aus als im Rechtskreis SGB II (in etwa: Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II), wo er 0,8 % bzw. 0,6 % betrug. Der Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl könnte zum Teil darin begründet sein, dass die Arbeitslosenzahl aktuell weniger durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entlastet wird. Dafür spricht, dass die Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit, die neben den Arbeitslosen u.a. auch die Maßnahmenteilnehmer berücksichtigt, im Juli saisonbereinigt stagnierte (Sachsen) bzw. weiter gesunken ist (Ostdeutschland).

Ungeachtet der Stagnation bei den Arbeitslosen setzte sich die positive Entwicklung bei den **erwerbsfähigen Leistungsberechtigten** (dies sind neben den Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II unter anderem auch Erwerbstätige, die zusätzlich Leistungen aus der Grundsicherung beziehen) im Juli saisonbereinigt fort. Im Freistaat Sachsen belief sich die saisonbereinigte Zahl der erwerbsfähigen Personen mit Anspruch auf Leistungen aus der Grundsicherung im Juli auf 272.000 (–0,4 % gegenüber Juni); dies sind 11,1 % der Bevölkerung im Alter von 15 bis

* Michael Weber ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

unter 65 Jahren. In Ostdeutschland (mit Berlin) wurden saisonbereinigt 1,306 Mill. erwerbsfähige Leistungsberechtigte gezählt; dies sind 0,3% weniger als im Vormonat. Die Hilfequote belief sich in Ostdeutschland (mit Berlin) auf 12,6%.

Die gegenwärtig teils geringe Dynamik in den Bestandsgrößen sollte jedoch nicht über die erheblichen Bewegungsströme auf dem Arbeitsmarkt hinwegtäuschen. Nicht saisonbereinigt wechselten im Juli im Freistaat Sachsen etwa 32.800 Personen in die Arbeitslosigkeit und zugleich 30.800 Personen aus der Arbeitslosigkeit heraus; in Ostdeutschland waren es 157.000 bzw. 146.000 Personen. Von den gesamten Bewegungsströmen entfielen jeweils etwas mehr als ein Drittel auf **Übergänge** unmittelbar zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit.

Die **Arbeitsmarkttension** (vgl. Infobox 1) nahm im Juli abermals leicht zu. Im Freistaat Sachsen stieg die saisonbereinigte Zahl der bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT und den Jobcentern gemeldeten freien Stellen gegenüber dem Vormonat geringfügig um 0,3% auf 27.000. Die saisonbereinigte Vakanzquote verharrte bei 1,27%. In Ostdeutschland insgesamt waren im Juli saisonbereinigt 109.000 freie Stellen gemeldet. Dies sind 1,8% mehr als im Vormonat. Die saisonbereinigte Vakanzquote stieg auf 1,29%. Von den gemeldeten Stellen waren jeweils etwa 88% sofort zu besetzen. Abgemeldet wurden im Juli nicht saisonbereinigt 9.200 Stellen in Sachsen (+0,6% gegenüber dem Vorjahresmonat) und 33.200 Stellen in Ostdeutschland (-9,2%). Von den abgemeldeten Stellen waren jeweils über 90% vakant, d. h. zum Zeitpunkt der Abmeldung war der frühestmögliche Besetzungstermin bereits überschritten. Die durchschnittliche abgeschlossene Vakanzzeit (vgl. Infobox 2) stieg in Sachsen um 12 auf 73 Tage und in Ostdeutschland (mit Berlin) um 9 auf 75 Tage.

Infobox 1: Arbeitsmarkttension

Die Arbeitsmarkttension erfasst die konjunkturelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, indem sie sowohl die Angebotsseite (Arbeitslosenquote) als auch die Nachfrageseite (Vakanzquote) abbildet. Die Vakanzquote setzt den Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen ins Verhältnis zur Zahl der zivilen Erwerbspersonen. Steigt die Vakanzquote, während die Arbeitslosenquote fällt, befindet sich der Arbeitsmarkt im Aufschwung und die Anspannung am Arbeitsmarkt nimmt zu. Dies entspricht in der Abbildung einer Bewegung nach links oben. Sinkt die Vakanzquote, während die Arbeitslosenquote steigt, befindet sich der Arbeitsmarkt im Abschwung. Dies entspricht einer Bewegung nach rechts unten. Steigen sowohl die Vakanz- als auch die Ar-

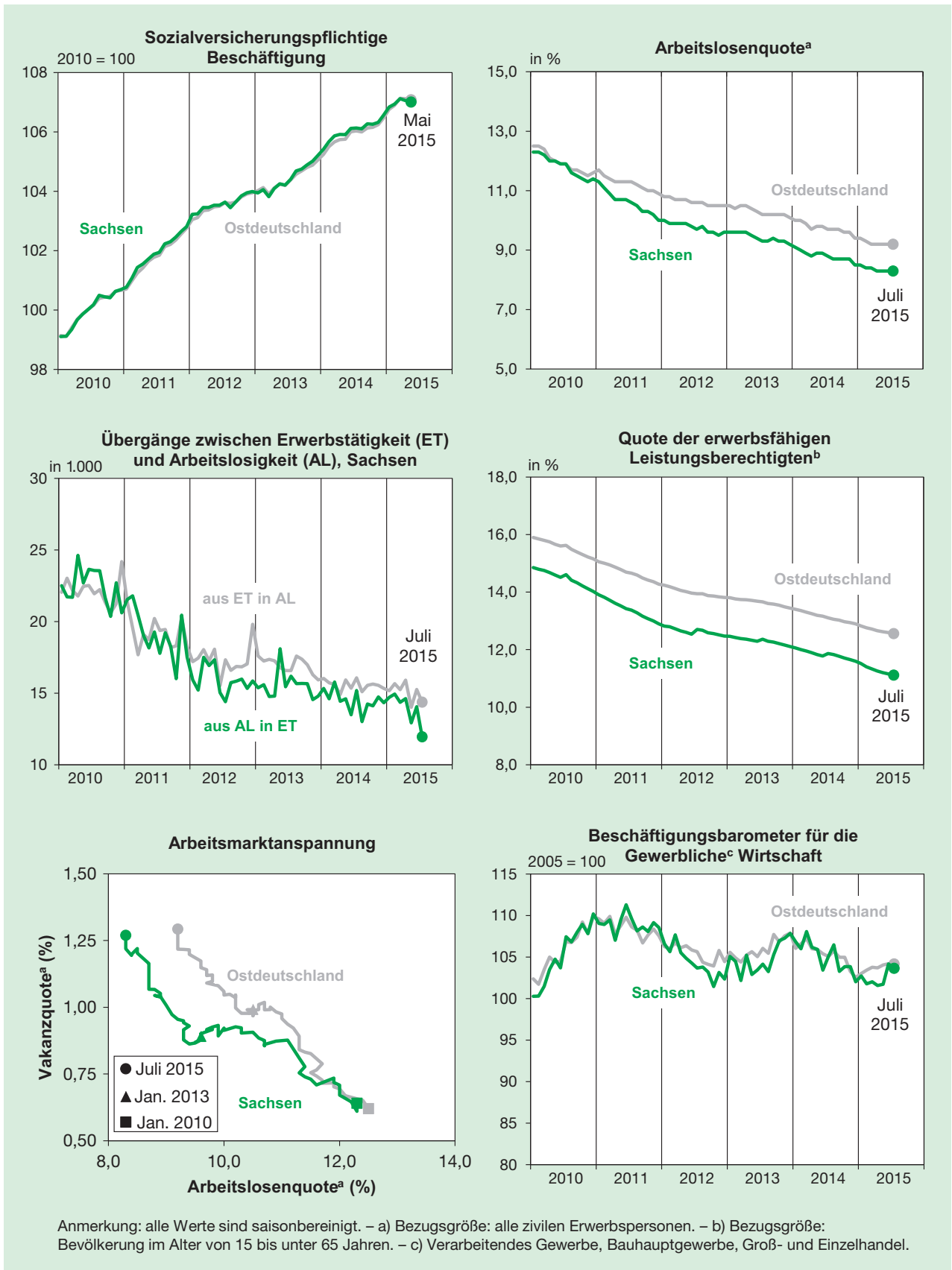
beitslosenquote über einen längeren Zeitraum hinweg – dies entspricht einer Bewegung nach rechts oben –, kann dies auf ein Qualifikationsproblem hindeuten: Die Qualifikationen der Arbeitslosen genügen dann nicht mehr den Anforderungen der gemeldeten Stellen. Bei der Interpretation der Vakanzquote ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Arbeitgeber nicht alle freien Stellen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT melden. Der Einschaltungsgrad steigt gerade in Zeiten des Aufschwungs. Im ersten Quartal 2015 wurden nach Berechnungen des INSTITUTS FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB) auf Basis der IAB-Stellenerhebung 53% aller freien Stellen am ersten Arbeitsmarkt der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldet.

Infobox 2: Vakanzzeiten

Die Vakanzzeit misst die Dauer zwischen dem ursprünglich geplanten Besetzungstermin einer Stelle und der Abmeldung der Stelle aus dem Stellenangebot der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT. Eine Zunahme der Vakanzzeit kann sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Ursachen haben: Je besser die Konjunktur, desto mehr freie Stellen werden gemeldet und desto länger dauert es für jede einzelne freie Stelle, bis sie besetzt wird. Bleiben jedoch in bestimmten Bereichen die Vakanzzeiten über den gesamten Wirtschaftszyklus hinweg hoch, deutet dies auf Schwierigkeiten hin, geeignete Bewerber für eine Stelle zu finden. Definitionsgemäß endet die Vakanzzeit, wenn die Stelle bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT abgemeldet wird. Hinter einer solchen Abmeldung steht in der Regel die Besetzung der Stelle; es ist aber ebenso möglich, dass der Besetzungsprozess erfolglos abgebrochen wurde.

Für die kommenden Monate deuten die Frühindikatoren auf eine weiterhin gedämpfte Dynamik am sächsischen und am ostdeutschen Arbeitsmarkt hin. Die saisonbereinigte Zahl der neu gemeldeten freien Stellen war im Juni und im Juli sowohl in Sachsen als auch in Ostdeutschland insgesamt leicht rückläufig. Zugleich ist das **ifo Beschäftigungsbarometer** für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens nach zwei Anstiegen in Folge im Juli in Sachsen geringfügig gesunken, während es in Ostdeutschland auf dem Niveau des Juni verharrte. Zwar haben sich die Beschäftigungserwartungen im Großhandel deutlich und im Verarbeitenden Gewerbe zumindest geringfügig verbessert, jedoch wollen die Befragungsteilnehmer aller Bereiche mit Ausnahme des Großhandels per saldo weiterhin Personal abbauen.

Abbildung 1: Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, ifo Konjunkturtest. Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

ifo Veranstaltungen

Vom **01. bis 04. September 2015** findet die **Tutzinger Sommerakademie** zum Thema „25 Jahre deutsche Einheit: Eine wirtschaftliche und soziale Bilanz“ statt. Die AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING führt diese Tagung in Kooperation mit der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS durch.

Am **10. und 11. September 2015** findet der **5. Workshop „Regionalökonomie“** in den Räumen der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS statt. Der diesjährige Workshop wird von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS und der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BRAUNSCHWEIG ausgerichtet. Es sind sowohl theoretische als auch empirische Arbeiten willkommen.

Am **08. Oktober 2015** veranstaltet die Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS eine **Tagung zum Thema „25 Jahre Deutsche Einheit: Wo stehen wir – wie geht es weiter?“** im Steigenberger Hotel de Saxe in Dresden. Am 03. Oktober 2015 wird der 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung gefeiert. Das Ende der Teilung hat große Chancen und neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet. Im Rahmen der wissenschaftlichen Tagung sollen wichtige Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern seit 1991 nachgezeichnet, Erfolge und Misserfolge auf dem jeweiligen Gebiet bilanziert und Perspektiven für die Zukunft aufgezeigt werden.

Am **19. und 20. November 2015** wird der **10. Workshop „Makroökonomik und Konjunktur“** in den Räumlichkeiten der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS durchgeführt. Der zweitägige Workshop wird gemeinsam mit der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG organisiert. Er soll ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Makroökonomik und Konjunkturforschung bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung von Nachwuchswissenschaftlern beitragen.

Am **27. und 28. November 2015** wird der **9th Workshop on Political Economy** in den Räumlichkeiten der ifo Niederlassung Dresden abgehalten. Auch in diesem Jahr wird die Veranstaltung von TU Dresden und ifo Dresden durch das Forschungsnetzwerk CESifo unterstützt. Mit **Geoffrey Brennan** (UNC-Chapel Hill & Duke University) und **Kai Konrad** (Max Planck Institute for Tax Law and Public Finance) konnten herausragende Wissenschaftler als Keynote Speaker gewonnen werden. Im Rahmen des Workshops werden sowohl theoretische als auch empirische Arbeiten auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie vor einem internationalen Teilnehmerkreis diskutiert.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Vorträge

Ragnitz, Joachim, „Perspektiven der Wirtschaft in Mitteldeutschland“, Podiumsgespräch der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG SACHSEN, **08.06.2015**, in Leipzig.

Ragnitz, Joachim, „Demographischer Wandel in Sachsen“, Vortrag anlässlich der ÖPNV-Fachtagung 2015, veranstaltet vom VERKEHRSVERBUND OBERELBE (VVO), **11.06.2015**, Radebeul.

Ragnitz, Joachim, „Zukunftschancen kleinerer Lausitzer Kommunen unter den Bedingungen des demographischen Wandels“, Öffentlicher Vortrag, **17.06.2015**, Proschim (Lausitz).

Ragnitz, Joachim, „Licht aus – Spot an!“, Vortrag und Podiumsdiskussion anlässlich einer Tagung des BUNDES-FORUMS MITTELSTAND zum Thema „Zukunft Lausitz: Licht aus oder Hoffnungsträger Mittelstand?“, **01.07.2015**, Cottbus.

Lehmann, Robert, „Where to Work in Germany? Foreign Employment at the District Level“, Vortrag im Rahmen der 8. Sommerkonferenz zur Regionalwissenschaft 2015, **02.07.2015**, Kiel.

Frei, Xenia und Felix Rösel, „The President and the Deficit – Do Direct Elections of Governments and Fiscal Supervisors Reduce Budgetary Distress?“, Vortrag im Brown Bag Seminar der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN, **20.07.2015**, Dresden.

Rösel, Felix, „How to Heal Hospitals? Regional Inequalities in Hospital Productivity in Germany, 1993–2013“, Vortrag beim Interdisziplinären Kolloquium Gesundheitsökonomie der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN, **21.07.2015**, Dresden.

ifo Veröffentlichungen

Lehmann, Robert (mit Henzel, Steffen und Klaus Wohlrabe) (2015): „Nowcasting Regional GDP – The Case of the Free State of Saxony“, in: Review of Economics, im Erscheinen.

Lehmann, Robert und Joachim Ragnitz (2015), „ifo Geschäftsklimaindex Ostdeutschland im Januar 2015: Ostdeutsche Wirtschaft setzt Erholung zu Jahresbeginn 2015 verhalten fort“, in: Wirtschaft + Markt, Heft 1–2/2015, S. 46.

Lehmann, Robert und Joachim Ragnitz (2015), „ifo Geschäftsklimaindex Ostdeutschland im März 2015: Kräftige Expansion der ostdeutschen Wirtschaft zum Frühlingsanfang“, in: Wirtschaft + Markt, Heft 3/2015, S. 35.

Lehmann, Robert und Joachim Ragnitz (2015), „ifo Geschäftsklimaindex Ostdeutschland im Mai 2015: „Arbeitskämpfe und Krisen setzen ostdeutsche Wirtschaft unter Druck“, in: Wirtschaft + Markt, Heft 4/2015, S. 34.

Ragnitz, Joachim (2015): „25 Jahre Deutsche Einheit: Eine Erfolgsgeschichte?“, in: Wirtschaftsdienst Heft 6/2015, S. 375–394.

Ragnitz, Joachim (2015): „Ostdeutschland im Schatten gesamtwirtschaftlicher Entwicklung – Kann die ‚Angleichung der Lebensverhältnisse‘ noch gelingen?“, in: Berliner Debatte Initial 26 (2015) 2, S. 5–16.

Ragnitz, Joachim (2015): „Sachsen-Anhalt: Ein unterschätztes Land“, in: Wirtschaft + Markt, Heft 1–2/2015, S. 42.

Ragnitz, Joachim (2015): „Mecklenburg-Vorpommern: Besser als sein Ruf“, in: Wirtschaft + Markt, Heft 3/2015, S. 32.

Ragnitz, Joachim (2015): „Brandenburg: Nicht auf Sand gebaut“, in: Wirtschaft + Markt, Heft 4/2015, S. 33.

Ragnitz, Joachim (mit Bernhard Wieland) (2015): „Produktivitäts- und Wachstumswirkungen von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen: Ein Überblick“, in: Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, Heft 1/2015, S. 1–46.

Rösel, Felix (mit Alexander Karmann und Markus Schneider) (2015): „Produktivitätsmotor Gesundheitswirtschaft: Finanziert sich der medizinisch-technische Fortschritt selbst?“, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, im Erscheinen.

Steinbrecher, Johannes (mit Matthias Efing, Harald Hau und Patrick Kamkötter) (2015): „Incentive Pay and Bank Risk-taking: Evidence from Austrian, German, and Swiss Banks“, In: Journal of International Economics, Vol. 96, Supplement 1, Juli 2015, S. 123–140.

ifo intern

Prof. Dr. Joachim Ragnitz, managing director der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS, wurde als Vertreter der Wissenschaft in die „Kommission zur umfassenden Evaluierung der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung“ der Sächsischen Staatsregierung berufen.

Am 12.06.2015 besuchte der Botschaftsrat und Leiter der Abteilung „EU und Wirtschaft“ der Britischen Botschaft, Herr Nick Leake, die Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS. Er diskutierte angeregt mit Herrn Michael Weber über die politische und ökonomische Entwicklung in der Europäischen Union, Großbritannien, Deutschland und Sachsen.

Prof. Marcel Thum, Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS, war im Juni und Juli zu einem Forschungsaufenthalt an der SIMON FRASER UNIVERSITY in Vancouver.

Am 15.07.2015 erhielt Johannes Steinbrecher, Doktorand der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS, den Förderpreis der DEUTSCHEN BUNDESBANK zur Unterstützung eines Forschungsaufenthalts im Ausland.

Call for Papers

10. Workshop Makroökonomik und Konjunktur 19. und 20. November 2015 in Dresden

Der zweitägige Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS und der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG organisiert. Er soll ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Makroökonomik und Konjunkturforschung bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung von Nachwuchswissenschaftlern beitragen.

Willkommen sind Vortragsangebote aus allen Teilgebieten der Makroökonomik. Bevorzugt behandelt werden Papiere aus dem Gebiet der Konjunkturforschung sowie Papiere mit empirischer Ausrichtung. Jeder Beitrag wird von einem anderen Teilnehmer des Workshops koreferiert.

Die Teilnahme ist auch ohne eigenes Vortragsangebot möglich.

Einreichungen:

Vortragsangebote können entweder durch Einreichung von Diskussionspapieren oder Kurzbeschreibungen (2–3 Seiten) erfolgen (jeweils in PDF-Format). Bitte senden Sie Ihre Angebote bis spätestens 30.09.2015 per E-Mail an die folgende Adresse:

workshopDD@ifo.de

Bei der Einreichung von Kurzbeschreibungen ist das vollständige Diskussionspapier bis zum 08.11.2015 nachzureichen.

Aktuelle Informationen unter:

<http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/events/academic-conferences/forthcoming.html>

ORGANISATORISCHES:

Konferenzsprache:

Deutsch

Ort:

ifo Institut
Niederlassung Dresden
Einsteinstraße 3
01069 Dresden

Zeit:

19. 11. 2015, 09:00 Uhr bis
20. 11. 2015, 14:00 Uhr

Teilnahmegebühr:

Keine

Unterkunft:

Die Organisatoren sind gerne bei der Suche nach einer Unterkunft behilflich. Übernachtungskosten, Reisekosten und die Kosten für das gemeinsame Abendessen müssen jedoch vom Teilnehmer selbst getragen werden.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Michael Berlemann
Michael.Berlemann@hsu-hh.de

Robert Lehmann
lehmann@ifo.de

Michael Weber
weber.m@ifo.de

ifo Institut
Niederlassung Dresden

ifo Dresden Studie 72

Öffentliche Infrastrukturinvestitionen: Entwicklung, Bestimmungsfaktoren und Wachstumswirkungen

*Alexander Eck, Joachim Ragnitz,
Simone Scharfe, Christian Thater
und Bernhard Wieland*

ISBN 978-3-88512-564-8
170 Seiten, München/Dresden 2015
15,-€, zzgl. Versandkosten.

Angesichts seit längerer Zeit rückläufiger öffentlicher Investitionen in Deutschland wird vielfach eine deutliche Ausweitung staatlicher Infrastrukturinvestitionen gefordert, um vermeintliche oder tatsächliche Wachstumshemmnisse zu beseitigen.

Vor diesem Hintergrund hat sich das ifo Institut in Zusammenarbeit mit Prof.

Dr. Bernhard Wieland (TU Dresden) in einer Studie mit der Frage beschäftigt, wie der zu beobachtende Rückgang der (öffentlichen) Infrastrukturinvestitionen zu erklären ist. Im Wesentlichen geht es um die Frage, ob es sich hierbei unter den Bedingungen einer hochentwickelten Volkswirtschaft um eine „quasi-natürliche“

Entwicklung handelt oder ob spezifische Einflussfaktoren in Deutschland hierfür verantwortlich zeichnen.

Im Kern der Studie steht eine Untersuchung zu den Wachstumswirkungen von Infrastrukturinvestitionen. Es zeigt sich, dass die (gesamtwirtschaftlichen) Wachstumseffekte häufig überschätzt werden. Anhand von zehn Thesen wird untersucht, welche Ursachen für den Rückgang der Infrastrukturinvestitionen in Deutschland in Frage kommen. Dieser ist jedoch in Teilen Ursachen geschuldet, die kein direktes politisches Eingreifen erfordern. Aus der Bewertung der einzelnen Thesen werden schließlich politische Handlungsoptionen abgeleitet.

ifo Institut
Niederlassung Dresden

